Dienstag, 29. Juli 1986 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 173 - 31.W.- Preis 1,20 DM - I H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL

Heute in der WELT

Energie durch Wasserstoff

Neben zahlreichen möglichen Alternativen zur umweltfreundlichen Energieversorgung spricht man immer häufiger über den Wasserstoff: Seine Vorräte sind praktisch unerschöpflich, und es entstehen bei seiner Verwendung keine Schadstoffe. Über die Vor- und Nachteile einer Verwertung des Gases als Träger einer zukünftigen Energieversorgung berieten 350 Experten auf der 6. Welt-Wasserstoffkonferenz in Wien. Seite 6

Die großen Boulevards

Die Avenuen und Boulevards der Metropolen, Attraktionen für Touristen und professionelle Weltenbummler, stellt die WELT in einer feuilletonistischen Serie vor: Heute „La Castellana" in Madrid, ein prachtvoller Korso, an den sich der Prado und das Ritz, die Nationalbibliothek wie die Hauptpost lagern, wo also Geschäftsalltag und Kunstpreziosen zu lässiger Begegnung ermuntern. Seite 15

POLITIK

Spanien: König Juan Carlos hat vor beiden Kammern des neugewählten Parlaments die dritte Legislaturperiode nach Einführung der demokratischen Verfassung eröffnet. Er rief zu gemeinsamen Anstrengungen auf, um den Terror, „diese Pest", auszurotten.

Philippinen: die 250 000 Mann starken Streitkräfte haben einen Treueeid auf die neue Verfassung geleistet. Auch drei Generale, die am 6. Juni an einem mißglückten Putsch gegen Ministerpräsidentin Aquino beteiligt waren, schworen auf die neue Verfassung.

China: Peking hat Taiwan zur Teilnahme an den 8. Asiatischen Tischtennis-Meisterschaften im Oktober eingeladen. Ein Sprecher des Organisationskomitees gab gestern bekannt, die chinesische Führung garantiere die Sicherheit der taiwanesischen Mannschaft. 34 Nationen nehmen teil.

Flucht: Nur in Unterhemd und Turnhose ist ein 20jähriger Angehöriger der „DDR"-Grenztruppen nach Schleswig-Holstein geflohen. Er konnte die Sperranlagen im Raum Ratzeburg unverletzt überwinden. Waffe und Uniform hatte er zurückgelassen.

Drogen: Die Bundesrepublik will auf der nächsten Weltdrogenkonferenz in Wien ein Konzept zur Drogenbekämpfung einbringen. Damit sollen die Erzeuger- und Transitländer zur intensiven Bekämpfung der Rauschgift-Kriminalität verpflichtet werden.

Asyl: Der innerdeutsche Handel soll nach Bonner Auffassung kein Druckmittel in der Asylfrage werden. Regierungssprecher Norbert Schäfer: „Generell ist nicht an Maßnahmen gedacht, die die Rechtsgrundlage des innerdeutschen Handels berühren". (S. 8)

Partner: Der Deutsche Städte- und Gemeindebund hat an die „DDR" appelliert, mehr innerdeutsche Städtepartnerschaften zu ermöglichen. Spontane Kontakte zwischen den Menschen müßten möglich sein, Partnerschaften als Funktionärstreffen würden abgelehnt. (S. 7)

Immunität: Die Staatsanwaltschaft hat beim Bundestag beantragt, die Immunität des CDU-Abgeordneten Warrikof aufzuheben. Unerlaubtes Betreiben einer kerntechnischen Anlage wird dem Geschäftsführer der Hanauer Fabrik Alkem vorgeworfen. (S. 4)

WIRTSCHAFT

Gute Chancen: Die Bedingungen für Existenzgründungen sind so günstig wie seit langem nicht mehr. Zu diesem Urteil kommt eine Analyse des Bundeswirtschaftsministeriums. Rund 1,16 Mio. neue Unternehmen seien seit 1982 gegründet worden.(S. 9).

Kernenergie: „Sofortabschalter haben in den Kommunen keine Chance", erklärt der Präsident des Städte- und Gemeindebunds, Bernrath. Ein Sofortausstieg wäre „katastrophal". (S. 9)

Börse: Bei geringem Auftragsvolumen gingen die Kurse an den Aktienmärkten wieder zurück. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 253,25 (255,60). BHF Rentenindex 107,016 6107,002). BHF Performance Index 105,905 (105,862). Dollarmittelkurs 2,1379 (2,1486) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,60 (349,40) Dollar.



KULTUR

Saisonbilanz: Das deutsche Theater auf dem Prüfstand. Knapp 50 Vorstellungen in 15 Städten wurden in der vergangenen Saison kritisch begleitet, Schauspieler, Autoren und Regisseure unter die Lupe genommen. Das Fazit: Vom Härtest bis zur Volksbildung wird fast alles geboten. (S. 15)

Plastiken: Leicht schmuddelig wirken die Großskulpturen von Bruce Nauman, die jetzt in der Basler Kunsthalle ausgestellt sind. Die Plastiken aus Glasfiber, Roheisen oder Gips sollen so etwas darstellen wie Fundsachen aus dem Bauch der Erde und Platz für Mythen schaffen. (S. 15)

SPORT

Fechten: Die 17 Jahre alte Anja Fichtel aus Tauberbischofsheim gewann bei den Fecht-Weltmeisterschaften in Sofia die Goldmedaille gegen ihre Mannschaftskameradin Sabine Bau. (S. 8)

Fußball: Das Benefizspiel zwischen einer Welt-Auswahl und einer Amerika-Mannschaft brachte einen Erlös von 250 000 Dollar für die Unicef. Amerika gewann nach Elfmeterschießen mit 4:3. (S. 8)

AUS ALLER WELT



Antarktis: Pinguine (Foto) sind die einzigen Lebewesen, die die deutsche Forschungsstation an der Antarktis umgeben. Das neunköpfige Expeditionsteam arbeitet dort bei minus 35 Grad. Neun Monate sind sie von der Außenwelt abgeschnitten. (S. 16)

Oktoberfest: Erstmals darf in diesem Jahr auf dem Münchner Oktoberfest auch alkoholfreies Bier gezapft werden. Um Irrtümer auszuschließen, wird es dem Zecher nicht in den üblichen Glaskrügen, sondern in althergebrachten Steinkrügen kredenzt. (S. 16)

Gorbatschow stellt Rückzug aus Afghanistan in Aussicht

In Wladiwostok eine Geste in Richtung Peking / Für „Aussöhnung" in Kabul

cgs/DW. Wien/Moskau

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat in der Hafenstadt Wladiwostok an der sowjetischen Pazifikküste eine spektakuläre Geste der Annäherung gegenüber China vollzogen. Gorbatschow kündigte an, die Sowjetregierung werde bis Ende dieses Jahres sechs Regimenter – darunter ein Panzerregiment – aus Afghanistan abziehen. Gorbatschow erklärte, der weitere Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan könne beschleunigt werden, sobald eine politische Einigung erzielt werde.

Wie eine solche Einigung aussehen solle, sagte Gorbatschow nicht. Er beschränkte sich auf die Formulierung, Moskau wolle einen „neuen politischen Impuls" geben. Die Sowjetunion unterstütze „voll den Kurs der nationalen Aussöhnung und der Ausweitung der sozialen Basis der April-Revolution bis hin zu einer Regierung, an der auch Kräfte teilnehmen, die sich im Ausland befinden".

Bei den von Gorbatschow erwähnten sechs Regimentern handelt es sich um ein Panzerregiment, drei Flugabwehrregimenter und zwei Panzergrenadierregimenter. Ihre Stärke wird von westlichen Beobachtern mit etwa 7000 Mann angegeben. Die Gesamtstärke sowjetischer Truppen in Afghanistan beträgt zur Zeit etwa 115 000 Mann. Westliche Militärexperten weisen darauf hin, daß die wichtigsten sowjetischen Kampftruppen, die in Afghanistan gegen die Aufständischen im Einsatz sind – nämlich die Luftlandeeinheiten – sich nicht unter den abziehenden Verbänden befinden werden. Gorbatschow sagte, die sechs Regimenter würden an ihre sowjetischen Standorte zurückgebracht, und zwar so, daß alle, die sich dafür interessierten, sich davon leicht überzeugen könnten.

Eine weitere spektakuläre Ankündigung betraf die Stationierung sowjetischer Truppen in der äußeren Mongolei – also an der Grenze zu China. Moskau berate, so der Parteichef, gegenwärtig mit der Mongolischen Volksrepublik über den Rückzug eines „substantiellen Teils" der sowjetischen Truppen aus diesem Land. Zugleich versicherte Gorbatschow, daß die Sowjetunion ihre aus Europa abgezogenen Mittelstreckenraketen keinesfalls in Asien – also gegen China oder gegen Japan – aufstellen, sondern die Waffen wirklich vernichten werde.

Die sowjetisch-chinesische Grenze solle, so Gorbatschow, ein „Gürtel der Freundschaft" werden. Der Parteichef bot den Chinesen eine weitgehende Kooperation im wirtschaftlichen sowie wissenschaftlich-technologischen Bereich an. So will Moskau den Chinesen eine Zusammenarbeit im Weltraum und sogar die Ausbildung chinesischer Kosmonauten im sowjetischen Weltraumzentrum offerieren.

Als Krönung seiner „Friedensoffensive" in Richtung Asien schlug der sowjetische Parteichef die Einberufung einer Sicherheitskonferenz – analog zur KSZE – vor, und zwar in Hiroshima.

Das Antwortschreiben Präsident Reagans werde, so Gorbatschow, daraufhin abgeklopft, ob die Vorschläge Aussicht auf konkrete Abkommen böten. Moskaus Reaktion hänge zum Teil davon ab, welchen Kurs die USA in der SDI-Frage steuern werden.

DER KOMMENTAR

Angebot nach Osten

CARL GUSTAF STRÖHM

Michail Gorbatschow hat in Wladiwostok ein Fenster in Richtung Osten aufgestoßen. Er kündigte einen – wenn auch nur symbolischen – Abzug von sechs Regimentern der Sowjetarmee aus Afghanistan an. Er sprach von einer möglichen Verminderung sowjetischer Einheiten in der mongolischen Volksrepublik, also vor den Toren Chinas. Er machte den Chinesen Angebote wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Zusammenarbeit.

Die Motive dieser neuen Friedensoffensive in Richtung Asien liegen, ähnlich wie die weniger spektakulären Offerten für Westeuropa, in der sowjetischen Innenpolitik. Gorbatschow muß versuchen, das sowjetische Über-Engagement in der Weltpolitik ebenso zu reduzieren wie die astronomischen Rüstungslasten, die eine Reform oder gar Gesundung der maroden sowjetischen Volkswirtschaft unmöglich machen. Ähnlich wie Lenin und später Chruschtschow strebt er eine „Atempause" (Peredyschka) an. Darin treffen sich seine Interessen zweifellos mit jenen der chinesischen Führung.

Aber die sowjetischen Angebote für Asien sind in mehrfacher Hinsicht zweischneidig. Da ist einmal die Tatsache, daß Konzessionen, selbst wenn sie mehr propagandistischer als substantieller Natur sind, den Appetit der Gegenseite nicht vermindern, sondern erhöhen. Die Sowjetunion ist in Asien – von Iran über Afghanistan bis in den Fernen Osten – mit Nationen konfrontiert, die nicht von des Gedankens Blässe angekränkelt sind wie manche Westeuropäer.

Zum anderen ist aber für Gorbatschow auch das innere Kräfteparallelogramm eine große Unbekannte. Werden die Militärs, die sich von Chruschtschow nicht hineinreden ließen, so ohne weiteres akzeptieren, daß sowjetisches Blut in Afghanistan „umsonst geflossen" ist, weil Gorbatschow jetzt anderes im Sinn hat? Das sind schicksalhafte Fragen an den Generalsekretär.

Geißler: Pinochet fördert Kommunisten

„Eine Protestwelle könnte Chile helfen" / WELT-Gespräch mit dem CDU-Generalsekretär

GÜNTHER BADING, Bonn

Der chilenische Militärdiktator General Pinochet versucht nach Ansicht von CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, mit einer „Politik der Polarisierung" die Chilenen zu entzweien. Sie sollten damit „vor die Wahl gestellt werden, sich entweder für die Fortdauer seines Regimes oder aber für den Kommunismus und damit das Chaos zu entscheiden."

Geißler, der in Chile an einer von der Regierung verbotenen Kundgebung zum 29. Gründungstag der chilenischen Christdemokratischen Partei (PDC) teilgenommen hatte, erklärte in einem Telefonat mit der WELT, Pinochet „fördert direkt und indirekt diese Polarisierung. Das geschieht dadurch, daß er die Menschenrechte unterdrückt, aber auf der anderen Seite den Kommunisten die Möglichkeit gibt, ihre Aktivitäten zu entfalten und Terror auszuüben."

Geißler: „Wir brauchen eine internationale Protestwelle gegen die Menschenrechtsverletzungen hier in Chile. Und ich glaube, daß neben den demokratischen Kräften im Lande auch jene Bestrebungen in der Militärjunta und der Regierung unterstützt werden müssen, die den Übergang zur Demokratie befürworten."

Zu den geradezu konspirativen Umständen, unter denen er sich mit seinen christdemokratischen Parteifreunden in Chile treffen mußte, sagte Geißler: „Das Schlimme ist, daß auf der einen Seite die Parteiveranstaltung der PDC in Valparaiso verboten wurde. Auf der anderen Seite wurde an demselben Versammlungsort, in einem Gewerkschaftshaus, der Kommunistischen Partei Chiles erlaubt, eine Versammlung abzuhalten."

Die chilenischen Christdemokraten hätten eine klare Position bezogen. Sie wollten nicht mit den Kommunisten zusammenarbeiten. „Sie sind der Auffassung, daß Pinochet und die Kommunisten in ein Lager gehören, denn beide verletzen die Menschenrechte und beide sind bereit, Gewalt anzuwenden." Die Rückkehr zur Demokratie sei nur über freie Wahlen möglich. Allerdings sei die PDC bereit, eine für das Militär akzeptable Übergangslösung zu suchen. „Allerdings ist dieses Angebot zum Dialog von der Militärjunta, genauer gesagt von Pinochet, bisher abgelehnt worden. Er weigert sich, mit demokratischen Kräften überhaupt zu sprechen."

Kritik übte Geißler an Äußerungen des Militärattachés an der deutschen Botschaft. Der Oberstleutnant habe bei einem Abschiedsbesuch zwar die Verletzten unter der chilenischen Bereitschaftspolizei bedauert, allerdings kein Wort zu den Opfern der Repression durch die chilenische Militärdiktatur verloren. Als Vertreter der deutschen Regierung dürfe der Offizier keine so einseitigen Stellungnahmen abgeben. In den vergangenen Wochen seien viele junge Leute von der Sicherheitspolizei festgenommen und gefoltert worden. Ein Mann und eine junge Frau seien mit Benzin übergossen und angezündet worden. Dazu aber habe der Militärattaché kein Wort gesagt.

Syrien hinter dem Anschlag von Beirut?

Diplomaten vermuten Zusammenhang mit der Nahost-Reise von Vizepräsident Bush

lim. Bonn

Das jüngste Attentat im vorwiegend von Christen bewohnten Beiruter Viertel Ain Rummaneh bestätigt die Befürchtung westlicher Diplomaten in Beirut, Paris und Bonn, daß die Gewalt in Libanon wieder gefährlich und möglicherweise unkontrollierbar eskaliert. Der Anschlag wurde gestern morgen zur Hauptverkehrszeit in der stark frequentierten engen Straße Wadi Naim verübt. Die Explosion eines mit rund 230 Kilogramm TNT bestückten Mercedes 230 vor einem Milchgeschäft forderte mindestens 34 Tote und mehr als hundert Verletzte. Für den christlichen Teil von Beirut war es der achte und blutigste Anschlag in diesem Jahr.

Bereits am Sonntagabend hatten erneut heftige Artilleriegefechte über die Trennungslinie in der libanesischen Hauptstadt eingesetzt. Im Süden Libanons wurden Stellungen der israelischen Armee und der mit Israel verbündeten südlibanesischen Armee unter Beschuß genommen, und zwar von Gebieten aus, die von Syrern kontrolliert werden.

Ein Sprecher der libanesischen Christen machte gegenüber der WELT die Führung in Damaskus für das gestrige Attentat verantwortlich. Er nannte keine Beweise. Neutrale politische Beobachter gehen jedoch ebenfalls davon aus, daß Damaskus die Eskalation der Gewalt betreibt. Es läge im Interesse der Syrer, sowohl den Christen in Libanon als auch ausländischen westlichen Mächten zu zeigen, daß eine Friedenslösung im Nahen Osten ohne Syrien nicht möglich sei. In der Tat haben die Syrer wiederholt gerade dann Kämpfe in Libanon entfacht, wenn westliche Politiker die Region besuchten.

Durch die Reise des israelischen Premierministers Peres zu König Hassan von Marokko und auch durch die zwölftägige Nahost-Tour des amerikanischen Vizepräsidenten Bush sei wieder Bewegung in das nahöstliche Krisengebiet gekommen. Syrien drohe die Isolierung, auch wenn der jordanische König, der derzeit einzige namhafte Verbündete der Syrer, sich ostentativ zurückhält. Hussein trifft noch in dieser Woche mit Bush zusammen. Damaskus gehört nicht zu den Stationen der Bush-Reise. Das Signal des syrischen Präsidenten Assad an König Hussein könnte lauten: Attentate wie in der Straße Wadi Naim sind auch in Amman möglich.

Syrien hat ferner in Libanon erhebliche Schwierigkeiten, seine dominierende Rolle zu behaupten. Der Sicherheitsplan für das muslimische West-Beirut, den die syrischen Truppen garantieren sollen, wird von kleineren schiitischen Gruppen nicht akzeptiert. Sie sträuben sich gegen die Stationierung syrischer Truppen in ihren Wohngebieten. Auch die Christen haben betont, daß sie sich einem Vormarsch syrischer Verbände notfalls mit Waffengewalt widersetzen würden. Gegen Attentate jedoch sind die libanesischen Gegner der Syrer kaum gefeit, denn Damaskus verfügt, wie die Aufklärung früherer Anschläge zeigt, über zahlreiche Spitzel und Helfershelfer auf beiden Seiten.

Loch in die Mauer gesprengt

DW. Berlin

Im Berliner Bezirk Kreuzberg unweit des Grenzüberganges „Checkpoint Charlie" haben Unbekannte in der Nacht zum Montag ein etwa ein Quadratmeter großes Loch in die Mauer gesprengt. Durch die Detonation wurden auch zahlreiche Fensterscheiben und Kraftfahrzeuge beschädigt. Der Staatsschutz vermutet Rechtsextremisten hinter der Tat. Zur Aufklärung des Anschlages bemüht er sich auch um Kontakte zur „DDR".

Seite 4: Rechtsradikale?

Trauerfeier für Opfer von Straßlach

DW. München

Bei den Trauerfeierlichkeiten für die Opfer des Anschlags von Straßlach hat Bundesforschungsminister Riesenhuber in München den ermordeten Siemens-Manager Beckurts einen „einzigartigen Wissenschaftler" genannt. Er habe sich als Fürsprecher der Kernenergie immer wieder den kritischen Fragen Andersdenkender gestellt und Forschung und Technik unserer Zukunft mitbestimmt. Auch in der Umweltforschung habe er sich große Verdienste erworben.

Seiten 2 und 4: Weitere Beiträge

Wahl in Thailand stärkt Gemäßigte

DW. Bangkok

Bei den Wahlen in Thailand hat die gemäßigte „Demokratische Partei" ihre Mandatszahl fast verdoppelt (101 von 344 Sitzen). Die früher stärkste „Soziale Aktionspartei" fiel auf den dritten Platz zurück (43 Sitze). Zweitstärkste Fraktion ist jetzt die rechtsgerichtete „Chart Thai" (62 Sitze). Diese Parteien werden wahrscheinlich eine Koalition unter dem bisherigen parteilosen Ministerpräsidenten Prem Tinsulanonda bilden.

Seite 2: Eine ruhige Wahl

Doch kein Streit Thatcher–Queen?

DW. London

Der Privatsekretär der britischen Königin Elizabeth II., Heseltine, hat Berichte über kritische Äußerungen der Queen über den Regierungsstil von Premierministerin Thatcher dementiert. In einem Brief an die Londoner „Times" schreibt Heseltine, die umstrittenen Zitate in der „Sunday Times" stammten zwar vom Pressechef der Königin, Michael Shea. Dieser sei aber über die Meinung der Queen nicht informiert gewesen.

Seiten 2 und 5: Weitere Beiträge

Scharmützel am WAA-Bauzaun

DW. Burglengenfeld

Nach dem Ende des friedlich verlaufenen Anti-Wackersdorf-Festivals in Burglengenfeld ist es in der Nacht zum Montag am Bauzaun der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) zu leichten Zwischenfällen gekommen. Kernkraftgegner hätten wiederholt versucht, Zaunstäbe durchzusägen, Baumsperren zu errichten und kleine Brände zu legen, berichtete die Polizei. Bei dem Festival seien 78 Personen festgenommen und 3000 Gegenstände sichergestellt worden.

Jaruzelski trifft den Papst in Rom

KNA, Rom

Der polnische Staatschef Jaruzelski wird im Herbst zu einem Staatsbesuch in Rom erwartet. Bei einer Audienz im Vatikan wird er dem Papst eine offizielle Einladung der Regierung für dessen dritte Polenreise überbringen und die Programmpunkte sowie die Etappen der Visite erörtern. Der polnische Primas, Kardinal Glemp, hatte bereits in der vergangenen Woche mit dem Papst im Vatikan über den für Juni 1987 geplanten Polen-Besuch gesprochen.

Streit um die Energieforschung

DW. Bonn

Der Vorsitzende des „Bundesverbandes Solarenergie", Bernd Stoy, hat angekündigt, daß Firmen wie Siemens, Bosch, Dornier und Höchst ihre Forschung auf dem Gebiet der „erneuerbaren Energieträger" aufgeben müßten, wenn nicht die Bundesregierung ausreichende Fördermittel für die Firmen bereitstelle. Bei der Vorlage statistischer Zahlen in Bonn erklärte Stoy, daß die Förderung durch das Bundesministerium für Forschung und Technologie für die Jahre bis 1988 mit Ausnahme der Photovoltaik auf null gebracht werden soll. Grundlage für einen nennenswerten Beitrag der „erneuerbaren Energie" zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland könne aber nur eine langfristig angelegte Strategie in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Markteinführung sein. Eigenanteile an der Forschung von 50 Prozent seien aber unzumutbar.

Seite 8: Solarwirtschaft droht

Bonn widerspricht den Afrikanern

Co. Bonn

Die Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in den schwarzafrikanischen Staaten haben sich gestern in Demarchen gegen den Vorwurf gewandt, Bonn arbeite militärisch und nuklear mit Südafrika zusammen. Dieser Vorwurf war von den Außenministern der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) am Wochenende als Grund dafür genannt worden, daß sie die Bundesrepublik Deutschland zum erstenmal neben den USA, Großbritannien und Frankreich wegen ihrer Südafrikapolitik verurteilten. Über die Resolution wird endgültig auf der gestern in Addis Abeba eröffneten OAU-Gipfelkonferenz entschieden werden.

Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes äußerte die Hoffnung, daß die Resolution anders aussehen werde, wenn die beteiligten Regierungen von den deutschen Botschaftern über die Südafrikapolitik Bonns „aufgeklärt" worden seien.

„Unterhalt" für Otto John

E.N. Bonn

Bundespräsident von Weizsäcker hat dem 1954 durch einen spektakulären Übertritt nach Ost-Berlin bekanntgewordenen früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, durch Entscheid einen „jederzeit widerruflichen Unterhalts-Beitrag" zugesprochen. Der 77 Jahre alte John lebt im österreichischen Igls. Seit Jahren kämpft er um seine Rehabilitierung.

John war in Ost-Berlin als politischer Flüchtling aufgetreten. Später erklärte er, verschleppt worden zu sein. Nach seiner Rückkehr wurde er 1955 zu vier Jahren Gefängnis verurteilt und 1958 vom damaligen Bundespräsidenten Heuss begnadigt. Das Bundespräsidialamt betonte auf Anfrage der WELT, daß mit dem Unterhaltsbeitrag weder eine Rehabilitierung noch eine Beseitigung der Aberkennung der Beamtenrechte verbunden sei. Von einer „korrigierenden Gnade" könne keine Rede sein.

Bonn sucht neue Formen der Zusammenarbeit mit Moskau

Gorbatschow denkt an Gründung deutsch-sowjetischer Firmen

BERNT CONRAD, Bonn

Die Bundesregierung ist bereit, mit der Sowjetunion „neue, in die Zukunft gerichtete Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit" zu suchen. Darauf hat Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in einem Interview mit der sowjetischen Presseagentur Nowosti hingewiesen. Er betonte: „Wir haben verabredet, zu prüfen, inwieweit im Rahmen der bilateralen Wirtschaftskommission hierzu konkrete Ansatzpunkte erarbeitet werden können."

Dahinter steht ein Wunsch, den Parteichef Michail Gorbatschow am Montag vergangener Woche gegenüber Genscher in Moskau geäußert hat. Offensichtlich mit Blick auf die von ihm angestrebte Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft und unter Berücksichtigung der Moskauer Zahlungsschwierigkeiten aufgrund gesunkener Öl-Einnahmen meinte Gorbatschow, man sollte zu einer „neuen Struktur" in den beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen kommen. Als Beispiele nannte er Kompensationsgeschäfte und die Möglichkeit deutsch-sowjetischer Firmengründungen, sogenannter joint ventures.

Da Kompensationsgeschäfte anstelle von Barzahlungen im deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverkehr ohnehin schon verbreitet sind, dürfte sich Gorbatschows Bemerkung darüber nur auf neue Formen der Abwicklung solcher Projekte bezogen haben. „Joint ventures" nach dem Vorbild deutsch-ungarischer Firmen-Kooperationen hingegen hat es bisher mit sowjetischen Betrieben nicht gegeben. Gorbatschows Idee, hier Neuland zu betreten, würde in sein Modernisierungskonzept passen. In diese Richtung könnte auch die Erwägung zielen, wirtschaftliche Freizonen zu schaffen, in denen deutschen Firmen Gewinntransfer und Zollfreiheit garantiert würden.

Prinzipiell waren sich Gorbatschow und Genscher einig: „Wir sollten gemeinsame Interessen entdekken." Nach Ansicht von Experten liegt hier ein wesentlicher Grund dafür, daß Moskau wieder engere Kontakte mit Bonn anstrebt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Unbelehrbare Szene

Von Günter Zehm

Die Reden auf der Trauerfeier für den Siemens-Manager Professor Beckurts und seinen Fahrer Groppler trugen hörbar Sorge, vor allem die sogenannten privaten Qualitäten der beiden Terroropfer von Straßlach in Erinnerung zu bringen. Bei allem Lobpreis für Beckurts' wissenschaftliche und führungstechnische Leistungen dominierte der Blick auf den Familienvater, Freund und Kollegen, und das war gut so. Die Redeweise der Terroristen, daß Persönlichkeiten wie Professor Beckurts doch „nur Charaktermasken" oder „Funktionsmasken" seien, wurde Lügen gestraft. Hinter den öffentlichen Funktionen der Ermordeten erschien der Mensch, der unverwechselbar und nicht ersetzbar ist.

Man wünschte sich etwas vom Geist dieser Reden in den Verlautbarungen „bekehrter", durch Jahre der Haft „geläuterter" Ex-Terroristen. Aber alles, was man von dort hört (und man hört dank des Eifers gewisser Magazine zur Zeit wieder sehr viel von dort), erreicht nicht einmal den Vorhof einer bescheidenen, eigentlich selbstverständlichen Menschlichkeit.

Statt dessen wird doziert über die „geänderten Verhältnisse", die den „Kampf gegen einzelne Individuen" sinnlos gemacht hätten, über „Taktik" und „globale Strategie", allenfalls noch über die „Verzweiflung", die den Täter zur Zeit seiner Tat erfüllt habe. Kein Wort des Bedauerns dagegen, daß man als ideologischer Verblendung unwiderbringliches Menschenleben auslöschte, kein Wörtlein der Reue oder auch nur des Mitleids mit den Opfern.

Noch immer, so scheint es, hat die „Szene" ihre Lektion nicht gelernt. Noch immer glauben ihre Matadore, sich zwecks Verwirklichung irgendwelcher Utopien das Recht herausnehmen zu dürfen, Mitmenschen in Systeme zu pressen und gegebenenfalls zu „annihilieren", wenn nicht physisch, so doch wenigstens psychisch und semantisch. Die ruchlose Anmaßung, „im Namen von" irgend etwas zu handeln, das entfremdete Sprechen und die Mordlust aus „verzweifelter Einsicht" sind noch immer nicht aus der Welt. Und solange das der Fall ist, besteht leider auch noch ein guter Nährboden für skrupellose Bombenleger und Revolverschützen.

Wieder bei Craxi

Von Friedrich Meichsner

Bettino Craxi befindet sich nach der in Rom vorherrschenden Überzeugung auf der Zielgeraden. Mit der Beilegung der Ende Juni ausgebrochenen italienischen Regierungskrise wird für die nächsten Tage gerechnet. Wenn alles programmgemäß verläuft, werden sich die fünf Parteien der bisherigen Regierungskoalition substantiell auf ein Zweijahres-Regierungsprogramm bis 1988, personell auf eine Zwischenlösung bis zum kommenden Frühjahr einigen. Dann soll ein Christdemokrat Craxi als Ministerpräsident ablösen.

Das Verblüffende an dieser Regelung ist, daß sie schon vor drei Monaten, also vor Ausbruch der jetzigen Regierungskrise, von den fünf Koalitionspartnern vereinbart worden war. Warum es einer aufwendigen Krise bedurfte, um die Abmachung noch einmal zu bestätigen, weiß wohl nur der innere Kreis der römischen „Partitokratie". Dem Normalbürger erschien diese Krise von Anfang an künstlich und völlig überflüssig.

Offensichtlich hatte sie nicht einmal die Wirkung eines reinigenden Gewitters. Die gerade in den letzten Tagen wieder aufgeflammte Polemik zwischen Christdemokraten und Sozialisten läßt das befürchten. Daß sie in letzter Minute doch wieder alles in Frage stellen könnte, gilt zwar als unwahrscheinlich, nicht aber als ausgeschlossen.

So wenig innenpolitisch durch die Krise an Klärung bewirkt wurde, so unübersehbar sind gewisse Wirkungen im Ausland. Der nach dreijähriger Regierungszeit Craxis weithin aufgekommene Eindruck, daß Italien politisch doch stabiler sei als sein Ruf, hat sich wieder verflüchtigt. Wie man hört, soll selbst Michail Gorbatschow daraus die Konsequenzen gezogen und die Vorbereitungen für seinen für Oktober geplanten Rom-Besuch unterbrochen haben. Auch in Washington und in den EG-Hauptstädten lebt man aufs neue in Ungewißheit, wer der italienische Gesprächspartner der nahen Zukunft sein wird.

Wer auch immer sich hinter der Tarnkappe der parlamentarischen „Heckenschützen" verbergen mag, die das Kabinett vor einem Monat zum Rücktritt zwangen, er hat dem Land sicherlich keinen guten Dienst erwiesen – und sich selbst wohl auch nicht; soll doch letztlich alles beim alten bleiben.

Concern oder dismay

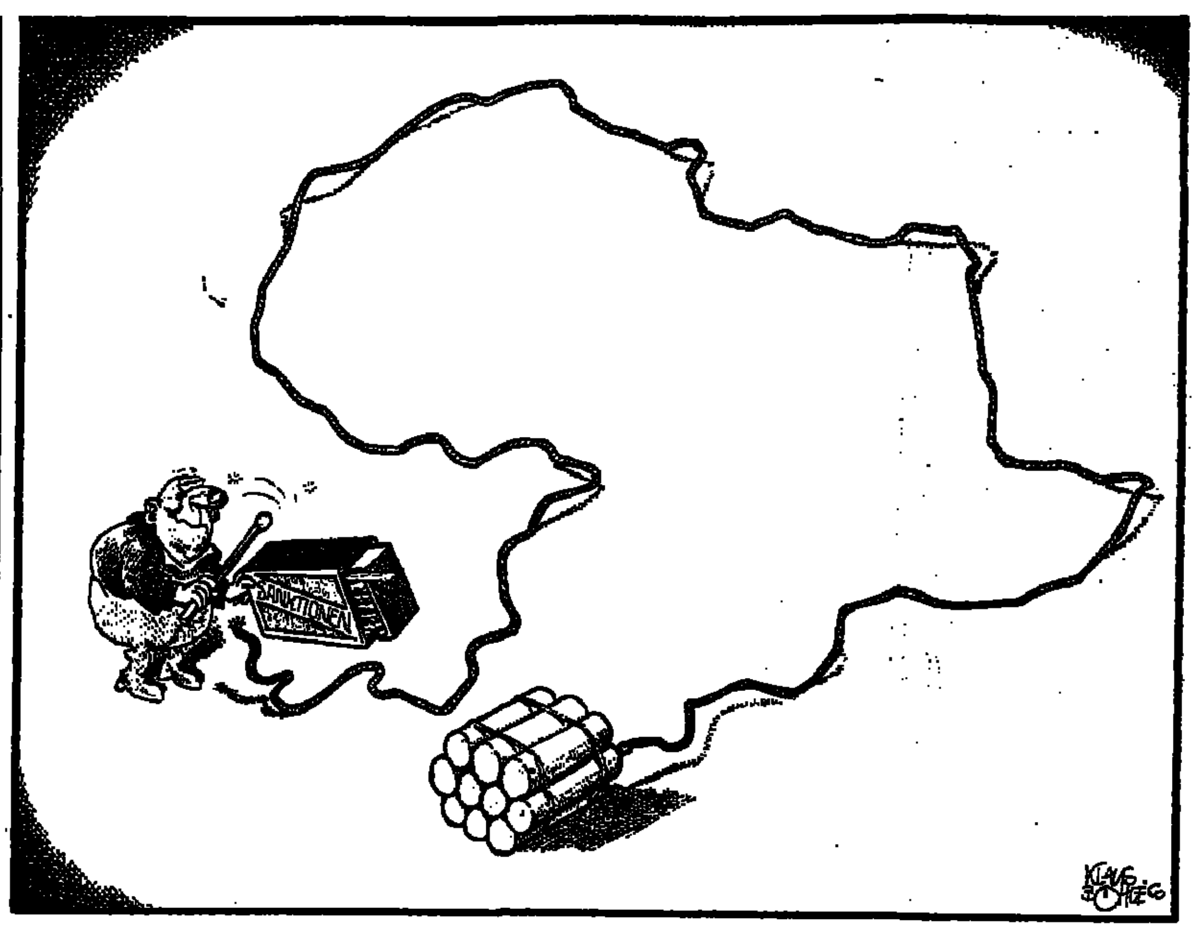
Von Reiner Gatermann

Was als „konstitutionelle Krise" und persönliche Aversion zwischen der Queen und ihrer Premierministerin Margaret Thatcher Schlagzeilen gemacht hat, erwies sich, wie erwartet, als peinliche Zeitungsente. Der Chefredakteur der „Sunday Times", Andrew Neil, schnupperte die Sensation hinter ganz normalen Gesprächsfloskeln, vermittelt von Michael Shea, dem Pressesprecher der Königin. „Ist die Queen besorgt über den Südafrika-Konflikt?" „Ja, selbstverständlich, es wäre wohl ungewöhnlich, wenn sie das nicht wäre." So ungefähr soll das „Hintergrundgespräch" zwischen „Sunday Times"-Journalisten und Shea verlaufen sein.

Natürlich ist die Queen besorgt über die Situation im Commonwealth, über die Arbeitslosigkeit im eigenen Land und das Wachsen der sozialen Klüfte. All das ist nicht neu. Die Königin kann in ihrer Position als politisch machtloses Staatsoberhaupt über vieles „besorgt" (concerned) sein; sie hat jedoch keine „Meinung" (view). Die darf nur ihre Regierung haben. Und bei Andrew Neil wurde aus der „Besorgnis" die Bestürzung (dismay). Vielleicht glaubte er diese Änderung in der Gewißheit vornehmen zu können, daß einige konservative Politiker einen solchen Worttausch begrüßen würden, um ihn als Druckmittel gegen Frau Thatcher einsetzen zu können.

Er hat sich jedoch kräftig verkalkuliert und wird große Anstrengungen unternehmen müssen, um die Glaubwürdigkeit seines Blattes wiederherzustellen. Es fällt auf, daß recht häufig Zeitungen über „concerns" der Queen berichteten; angeblich vermittelt von nicht namentlich genannten „engen Beratern". Davon gibt es offiziell nur drei. Falls Hofbeamte von früheren Gepflogenheiten abwichen und plauderten, dürfte damit nach den Shea-Erfahrungen Schluß sein. Vor allem die Königin wird dies begrüßen. Sie kennt nur zu gut ihre konstitutionelle Rolle im Vereinigten Königreich und weiß, daß diese Geschichten ihr nur schaden können.

Soweit allerdings Andrew Neil die Premierministerin in Schwierigkeiten zu bringen suchte, ist ihm dies trotz seiner Ente zumindest teilweise gelungen. Denn die Saat des Mißtrauens ist ausgelegt, und da helfen auch keine Dementis mehr.



KLAUS BÖHLE

Dormagen ist überall

Von Enno v. Loewenstern

Ist es denkbar, daß das Städtchen Dormagen am Niederrhein einst als Ausgangspunkt der geistigen Wende in unsere Geschichte eingeht? Man wagt nicht, es zu hoffen, man muß aber davon reden.

Wegen Dormagen droht die CDU von Nordrhein-Westfalen der SPD nicht nur eine Verfassungsklage, sondern auch ein Volksbegehren an. In Dormagen will der Düsseldorfer Kultusminister Schwier gegen den Willen des Stadtrats eine Gesamtschule errichten. Anscheinend auch gegen seinen eigenen Willen; er selbst räumt einen „verhältnismäßig massiven Eingriff in das Verfassungsrecht auf kommunale Selbstverwaltung" ein; auch, daß „das Prozeßrisiko nicht voll abschätzbar" sei. Aber ihm sitzt ein extrem linker Flügelmann namens Manfred Dammeyer im Genick.

Es mag sein, daß der Düsseldorfer SPD-Regierung zwar nicht das Prozeßrisiko, wohl aber das politische Risiko abschätzbar erscheint. Denn dieselbe CDU, die hier von einem Volksbegehren spricht, hat sich schon einmal damit in Nordrhein-Westfalen blamiert. Im Jahre 1978 weigerte sie sich, ein Volksbegehren gegen die „Kooperative Schule" zu unterstützen, weil sie sich den Sieg nicht zutraute. Daraufhin initiierten die Eltern das Volksbegehren selbst; es wurde die größte Bürgerbewegung auf westdeutschem Boden. Als die Millionen-Zustimmung sich abzeichnete, sprang die CDU auf den Zug auf – und verläpperte den sensationellen Erfolg und ihr eigenes Ansehen so gründlich, daß es zwei Jahre später zum bis dahin größten Wahlerfolg der SPD in Nordrhein-Westfalen kam. Derselben SPD, die eben noch eine so fürchterliche Absage ihrer Landespolitik um die Ohren bekommen hatte.

Seither hat die CDU sich speziell in der Schulpolitik schwach dargestellt. Ihre Grundhaltung war Anpassung: Die Gesamtschule sei nun mal da – gewiß sei sie schlecht, aber man könne doch nicht die Eltern damit kränken, daß man ihnen bescheinige, ihre Kinder auf Klippschulen zu schicken. Nun geht der Impuls allerdings wieder von erbitterten Eltern aus, aber wieder tastet die Landes-CDU angstvoll mit der Zehe ins kalte Wasser: ein paar Unbekannte reden vom Volksbegehren. Die Führung hält sich zurück und philosophiert vage über Anpassung bei Raketen, Kernkraftwerken und anderen Dingen, wo laute Minderheiten den Ton angeben und die schweigende Mehrheit demzufolge leicht übersehen wird.

Aber vielleicht begreift die Bundes-CDU endlich die Dimension des Schul-Beispiels. Die SPD, einst die Partei des Bildungsfortschritts, hat sich zur Vorkämpferin des Rückschritts entwickelt; im Saarland, in Bremen, in Hessen, allenthalben, wo sie das Sagen hat, wuchern Gesamtschulen oder Schlimmeres. Das mag damit zusammenhängen, daß ihr marxistisches Milieutheorie-Bild, wonach alle Kinder gleich begabt seien und Bildungs- und/oder Verstandesunterschiede nur auf bessere Ausbildung zurückgingen (wodurch „die Reichen" begünstigt würden), ihren heutigen Dogmatikern als Unsinn aufgegangen ist und diese deshalb die Gleichheit durch das Lernziel des niedrigsten gemeinsamen Nenners anstreben. Es mag auch sein, daß einer Funktionärsklasse „Leistung" schlechthin verdächtig, weil wesensfremd, ist – von jenem Dammeyer stammt die Aussage: „Wer Leistung fordert, muß ‚nach Ausschwitz' sagen, was er meint." Vor ihm verkündete Oskar Lafontaine, mit Helmut Schmidts „Sekundärtugenden" wie Pflichtgefühl und Standhaftigkeit „kann man auch ein KZ betreiben".

Nun ist die Dammeyer-Frage leicht zu beantworten. Leistung bedeutet nach Auschwitz dasselbe wie vor Auschwitz: ein gebildetes und tüchtiges Volk schaffen, das dank eigener Leistungsfähigkeit nicht in Not gerät und somit nicht politischen Verbrechern zum Opfer fällt, die Auschwitz oder GULag errichten. Die Union hat bis heute nicht darauf geantwortet; freilich war die intellektuelle Führung immer ihre Schwäche. Sie hatte große Propheten der Wirtschaftspolitik, der Außenpolitik, der Sicherheits-, Freiheits- und damit Friedenspolitik, aber sie hatte nie einen großen Bildungspolitiker, der die Menschen mitgerissen hätte, wie Adenauer sie ins westliche Bündnis, wie Erhard sie in Wiederaufbau und Wohlstand mitriß.



Gleichheit durch den niedrigsten gemeinsamen Nenner: Gesamtschule FOTO: KLAUS MEHNER

Die CDU sollte darüber nachdenken, daß man einen Staat noch so fest ins westliche Bündnis eingliedern und noch so wacker durch tüchtige Haushalts- und Geldmengenpolitik konsolidieren kann – er kann dennoch untergraben werden durch eine Un-Bildungspolitik, die nicht nur unwissende, sondern auch untüchtige, vergrämte, gegen Leistung und Selbstverlaß verhetzte junge Menschen erzieht. Denn der Staat lebt in erster Linie vom Geist seiner Bürger. Der föderalistische Staat aber beschert uns eine zwiegespaltene Republik, geteilt in Länder mit Bildung und andere Länder. Und wie schlechtes Geld das gute verdrängt, so verdrängen Klippschulländer à la longue die anderen; wie will ein Land einen hohen Standard durchhalten, wenn gute Schüler mit Note zwei zurückgesetzt werden gegen schlechtere Schüler mit Note eins? Wie will die Republik bestehen, wenn tüchtige Länder den Finanzausgleich für untüchtige Länder erhöhen müssen? Sage niemand, daß die „Bildungs"-Politiker der SPD dies nicht genau sehen.

Aber nicht der Föderalismus ist schuld; komme niemand mit der Forderung, ein einheitliches Bundesschulsystem einzuführen (was nach Artikel 79 III des Grundgesetzes ohnehin kaum zu machen ist). Vielmehr: Träte die Union mit einer geistigen Gegenoffensive an – und sie hat den Geist hinter sich, wohl alle Hochschullehrer von Rang würden sie unterstützen –, dann könnte die marxistische Verbildungspolitik nicht durchgehalten werden. Wünschen wir der Union so heftiges Dormagengrimmen, daß sie endlich diese vitale Führungsaufgabe begreift.

IM GESPRÄCH Nikolaj Lukonin

Der GAU-Leiter

Von Rose-Marie Borngäßer

Lukonin, Minister für Atomenergie – so tickerte Tass. Dieser dürre Satz gibt nichts von der Dramatik preis, die dieser neugeschaffene Posten in der Sowjetunion bedeutet. Denn einem GAU, dem schlimmsten aller ausmalbaren Reaktorunglücke, verdankt Nikolaj Fjodorowitsch Lukonin seinen Aufstieg ins grelle Rampenlicht der Politbühne. Mut hat er, Selbstvertrauen braucht er, denn die tragische Erinnerung an Tschernobyl wird lange wachbleiben.



Der erste Reaktor, die erste Katastrophe: Lukonin FOTO: TASS

Die Sowjetunion hat allen Grund, für ihr Ansehen als Atomkraftnation zu fürchten. Sie hat zwar im Jahre 1954 in Obninsk bei Moskau den ersten Reaktor der Welt in Betrieb genommen. Ihr ist aber erstmals in der Welt auch der denkbar schlimmste technische Defekt passiert: der Schmelzvorgang in einem Reaktorkern. Der Traum der Sowjets, die Dritte Welt für ihre Reaktoren zu begeistern, ist damit geplatzt. Lukonin, der Leninordensträger, soll nun wieder verlorenes Terrain gewinnen, Vertrauen in die sowjetische Kernenergie zu schaffen. Ein frustrierender Job, eine klassische Lebenslüge schlechthin: sowjetischer Minister für Atomenergie nach Tschernobyl zu sein. Einen Eindruck von diesem stämmigen, breitgesichtigen Russen und von seiner bisherigen politischen Kontur konnten nur seine engsten Mitarbeiter gewinnen. Für die Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung bleibt er ein Unbekannter.

Nicht zufällig – denn seine bisherige Laufbahn in Atomkraftwerken machte den diplomierten Elektro-Ingenieur zum Geheimnisträger. Nach Absolvierung der Hochschule für Elektronik in Odessa arbeitete er als Ingenieur. Seine Laufbahn war von Anfang an mit der Atomenergie seines Landes verbunden. So leitete der hochqualifizierte Lukonin von 1976 bis 1983 das Lenin-Atomkraftwerk in Leningrad, danach das Atomkraftwerk in Ignalinsk, nicht weit entfernt von Wilna in Litauen. Stutzig macht bei den dürren biographischen Angaben allerdings, daß Lukonin erst 1967, also im Alter von 39 Jahren, der Partei beitrat. Er ist also kein reiner Apparatschik.

Die Aufgabe dieses neu geschaffenen Ministeriums liegt darin, „die Ebene der Leitung und der Verantwortung für die Entwicklung der Atomenergie zu erhöhen sowie den Betrieb von Atomkraftwerken zu verbessern". Lukonin muß mit dem Widerspruch im Rechenschaftsbericht über Tschernobyl fertig werden. Denn die Kernthese lautet: Der Reaktortyp von Tschernobyl ist technisch in Ordnung – nur die Menschen dort haben versagt. Und der Techniker Lukonin wird auch immer das Schicksal seiner Vorgänger in der Atomenergie vor Augen haben: Sie wurden nach Tschernobyl aus ihren Ämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen und warten nun auf ihre Verurteilung. Dieser Posten – ein Himmelfahrtskommando, was man durchaus wörtlich nehmen darf.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NRZ NEUE RUHR ZEITUNG

Die Essener Zeitung meint zur Asyl-Frage:

Der Strom der Asylbewerber nach Westberlin reißt nicht ab. Mit der DDR muß endlich ernsthaft gesprochen werden. Statt dessen wird bisher in Bonn nur dahergeredet, gestritten, die schwierige Situation mißbraucht, um eine Änderung des Grundgesetzes zu verlangen, obwohl jeder weiß, daß es dafür keine Mehrheit gibt. Aber praktische Wege, den Asylbewerberstrom zu kanalisieren und im Nadelöhr Berlin zu stoppen, gibt es nicht.

Aachener Nachrichten

Sie gehen auf den Nahen Osten ein:

Der historische Mut des marokkanischen Königs, den Premierminister Israels zu empfangen, wird zwar realistischerweise nicht als Durchbruch gefeiert werden können, er zeigt aber doch, daß allen martialischen Tönen in einzelnen Hauptstädten der arabischen Welt zum Trotz die Vernunft noch nicht ausgestorben ist. US-Außenminister George Bush ... kann nun versuchen, Hilfestellung für die überaus mühsame Suche nach einem „wirklichen Frieden" in der von zahllosen Kriegen heimgesuchten Region zu geben. Weder damals Kairo noch jetzt Rabat haben in dem Kontakt mit Israel etwas anderes gesehen als die Einsicht in die unvermeidbare Notwendigkeit.

WIESBADENER KURIER

Er geht auf das Anti-WAA-Festival ein:

Wenn sich am Sonntag Vermummte am Bauzaun der WAA eingefunden haben, bestätigt dies zwar die Vermutung aus München, ein solches Riesenereignis werde auch die reisenden Chaoten anziehen. Deswegen jedoch den friedlichen Protest von 80 000 Menschen abzusagen, hätte jeder Definition von Verhältnismäßigkeit hohngesprochen. Wenn ein Grundrecht wie die Demonstrationsfreiheit ausgeübt wird, dürfen keine strengeren Maßstäbe angelegt werden als beispielsweise bei einem Fußballclub, der sich mancher ungebetener „Fans" trotz redlichen Bemühens nicht erwehren kann.

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt kommentiert Reagans Antwort auf Gorbatschow:

Im Prinzip stimmt aber auch Ronald Reagan einer Frist für die Kündigung des jetzt jederzeit kündbaren ABM-Vertrags und damit einem Einfrieren der Weltraum-Verteidigung zu. Eine Annäherung erscheint jedoch als möglich. Schon ist in Washington vom „großen Kompromiß" die Rede, nämlich einem Zeitraum von zehn Jahren, dem Moskau inoffiziell zugestimmt haben soll. Sollte dies zutreffen, dann würde auch der Weg frei für eine Einigung über eine allmähliche Verringerung der Mittelstrecken- und der Interkontinentalraketen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Er schreibt zur Geisel-Freilassung in Libanon:

Es ist klar, daß der syrische Präsident Assad einer der Hauptprotagonisten der geheimen Tauschhändel vor jeder Freilassung ist. Im Falle der beiden französischen Journalisten wie auch des amerikanischen Geistlichen hat Syrien schnell den Profit eingesteckt. Man braucht nur an die nachdrückliche Huldigung Pater Jencos an Assad und an den Dank der amerikanischen Regierung zu denken, den sie an diesem Wochenende dem syrischen Präsidenten übermittelt hat.

Eine ruhige Wahl in einem stabilen Land

Thailands Weg zur Demokratie wurde bestätigt / Von Peter Iseli

Das Ergebnis der thailändischen Wahlen von Sonntag ist: einmal eine „Demokratische Partei", die als klarerer Sieger aus den Wahlen hervorging, als viele erwartet hatten. Dann das Abschneiden der früheren Oppositionspartei „Chart Thai", die jetzt Einbußen hinnehmen mußte, aber trotzdem zweitstärkste Partei bleibt. Der Verlust fast der Hälfte der Parlamentssitze für den größten Koalitionspartner der bisherigen Regierung, die „Soziale Aktionspartei" (SAP) von Außenminister Siddhi Sawetsila; ferner eine neue Partei von Abtrünnigen aus der Regierungskoalition, die auf Anhieb 38 Sitze eroberte und damit bis auf 13 Mandate an die SAP herankam. Und daß zwei Parteien, die „Demokraten" und die seit jeher in Bangkok populäre Pracha Con Thai, in der Hauptstadt 32 von 36 Sitzen eroberten.

Ministerpräsident Prem Tinsulanonda hatte die Wahl durch vorzeitige Auflösung des Parlaments nach einer Abstimmungsniederlage am 1. Mai selbst herbeigeführt. Der Urnengang brachte zwar in Einzelheiten einige Überraschungen, bestätigte aber, wie weit Thailand – unter dem Schutzdach des Königshauses und der Streitkräfte – auf dem Weg zu einer stabilen Demokratie schon gekommen ist.

Der Wahlgang verlief im allgemeinen ruhig. Bei der Ermordung von fünf Stimmenwerbern im Verlaufe des Wahlkampfs ist bis heute unklar, ob politische Motive zugrunde lagen. Am Wahltag selbst kamen zwei Meldungen über gewalttätige Zwischenfälle: Beim einen griffen fünf Männer mit Schnellfeuerwaffen ein Wahllokal an und töteten zwei Menschen, beim anderen wurden ein Wahlhelfer und eine Begleitperson auf dem Weg zur Stimmabgabe erschossen. Die Polizei vermutet allerdings in beiden Fällen persönliche Rache.

An der kambodschanischen Grenze landeten einige mutmaßlich vietnamesische Artilleriegranaten in der Nähe eines Wahllokals, verletzt wurde aber niemand. Im übrigen beschränkten sich die Verletzungen der Wahlgesetze im wesentlichen auf Mißachtungen des Alkoholverbots am Samstag und Sonntag.

Wie geht es nun weiter? Die „Demokratische Partei" des bisherigen Vizeregierungschefs Bhichai Rattakul gewann landesweit 100 Sitze und konnte damit ihre Mandatszahl fast verdoppeln. Zur absoluten Mehrheit fehlen ihr aber über 70 Sitze. Es gibt deshalb keine andere Möglichkeit als eine Koalition. Um deren Zusammensetzung wird in Bangkok zur Zeit gerungen. Neben den „Demokraten" kommen die Chart Thai, die SAP und die Pracha Con Thai, aber auch einige kleinere Parteien in Frage. Der Ausgang ist zur Zeit noch völlig ungewiß. Vor der Einberufung des neuen Parlaments – nach Aussagen des bisherigen Präsidenten der Volksvertretung in etwa sieben Tagen – ist eine Prognose schwer.

Bleibt die Frage nach dem nächsten Regierungschef: Der Ruf nach einem Ministerpräsidenten aus den Reihen der gewählten Parlamentarier wurde in Thailand in letzter Zeit immer lauter vorgetragen. Der Führer der „Demokraten", Bhichai Rattakul, wäre dann eigentlich logischer Nachfolger Prems. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die „Chart Thai" damit einverstanden wäre – daß sich die Koalitionspartner überhaupt untereinander auf einen Mann einigen können. Bhichai hat zudem in den Streitkräften zu wenig Rückhalt. Diese aber bleiben ein wesentlicher Bestandteil der thailändischen Machtstruktur.

So ist es nicht unwahrscheinlich, daß, unabhängig von der parteimäßigen Zusammensetzung der Regierung, der ehemalige Oberkommandant der Streitkräfte, Prem, erneut gebeten wird, als neutrale Kompromiß- und Integrationsfigur die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Der seit sechs Jahren amtierende Ministerpräsident hat sich dazu noch nicht geäußert.

Die jetzigen Wahlen haben immerhin bestätigt, daß sich die Entscheidungsprozesse in Thailand immer mehr auf die politische Bühne verlagern, daß sich Politiker, Streitkräfte und Königshaus in einer einzigartigen thailändischen Form ergänzen und so die Stabilität des Landes garantieren.

Viele ehemalige Offiziere kandidierten. Die vom früheren stellvertretenden Armeechef General Thienchai gegründete „Rassadorn-Partei" gewann 18 Sitze und wird oft im Zusammenhang mit den Koalitionsverhandlungen erwähnt. Eine jüngere Offiziersgeneration unter dem neuen Armeechef General Chaovalit Iongchaiuth stellt sich immer stärker hinter die Auffassung, daß jede abrupte Zerstörung der innenpolitischen Stabilität dem Land sowohl wirtschaftlich wie auch in seiner Position gegen außen schweren Schaden zufügen würde, daß man sich einen Rückfall in die unruhigen siebziger Jahre nicht mehr leisten darf. Militärs als Garanten der Demokratie: Man kennt die Konstellation und wünscht ihr mehr Erfolg, als sie in manchen anderen Ländern der Dritten Welt hatte.

Das versunkene „Marseille des Ostens“: Odessa

Es ist nicht viel geblieben von dem, was einmal bewundernd das „Marseille des Ostens“ genannt wurde. Odessa, Rußlands „Fenster zum Süden“, einst bedeutender Handelshafen und Anziehungspunkt für Literaten und Musiker, hat viel von seiner Lebendigkeit verloren.

Von R.-M. BORNGÄSSER

„Parlez moi d'amour“, spielt die *Kapelle*. Schwermütig senkt sich die Melodie über den Saal des traditionsreichen Hotels „Krasnja“ in Odessa, pflanzt sich in den Séparées fort, breitet sich in den Säulengängen aus. Vergessen Tschernobyl, vergessen der harte sozialistische Alltag. Die zärtliche Musik verklärt für *kurze Zeit*, verwebt Gegenwart mit Vergangenheit. An den langen Tafeln der jüdischen Großfamilien verstummen die Stimmen plötzlich, auch die Kinder, die an diesem *späten Freitag* abend unter den Tischen tollen, sind still geworden. Nur die Alten sind jetzt auf der Tanzfläche.

Odessa ist auch heute noch eine Stadt, in der die Juden eine prägende Rolle spielen. An diesem Freitag abend geht es im Hotel-Restaurant fröhlich zu. Lachende Frauen mit großen dunklen Augen und molligen Hüften, Männer, die *ihre* Jacketts ausgezogen haben und nun über Geschäfte reden, dunkelhaarige Kinder, die um die Tische hopsen. An diesem Abend erstehen sie wieder, die Ge*schichten* Isaak Babels, seine bunte Welt der Händler und Spekulanten, der energischen Frauen und verzärtelten Kinder.

Noch 100 000 Juden leben in der Stadt

*Die Musik wechselt in einen stamp*fenden schnellen Rhythmus über. Nun drängen sich alle auf die Tanzfläche, auch die Kinder. Lebenslust schwingt auf, die anwesenden Russen und Ukrainer schauen irritiert auf diese stampfende fröhliche kleine Welt, fühlen sich scheinbar ausgeschlossen.

Noch heute leben *unter den 2,6 Mil*lionen Einwohnern in Odessa hunderttausend Bürger, deren Paß die Nationalität „Jude“ ausweist. Doch selbst im neuesten sowjetischen Stadtführer werden sie mit keiner Silbe erwähnt. Und auch vom alten Judenviertel Moldawanka ist heute kaum mehr als der nostalgische Name übrig. Wo einst die kleinen Häuser mit den verschachtelten *Hinterhö*fen und bröckelnden Fassaden standen, greifen Bagger, und langsam wachsen auch hier die eintönigen Hochhäuser empor. Die Intourist-*Führerin meint nur* wegwerfend, *hier* lebten einst „Banditen“, „mit Misthaufen vor den Türen“.

Kein Wort verliert sie darüber, daß die Juden, die Mitte des 19. Jahrhunderts die Hälfte der Stadtbevölkerung ausmachten, einst das kulturelle und wirtschaftliche Leben wie niemand sonst *prägten und Odessa als* „jüdische Stadt“ berühmt machten. Nach den Juden-Progromen von 1905 wanderten viele von ihnen aus. Die meisten nach New York, wo sie sich in Brooklyn ihr neues Odessa errichteten, eine kleine Scheinwelt.

Als nach 73tägigem erbittertem Widerstand gegen deutsche und rumä*nische Divisionen* Odessa *1941 in* deutsche Hände fiel, wurde die Verwaltung den mit Hitler verbündeten Rumänen übertragen. Vielleicht ist das der Grund, weshalb es in Odessa *nicht zu* jenen systematischen Juden-Ausrottungen gekommen ist wie etwa in Kiew oder im Baltikum.

Viele der Juden in Odessa überlebten in den Katakomben am Hafen. Hier hausten sie monatelang unter menschenunwürdigen Bedingungen. Eine Besichtigung der Katakomben heute wird mit der lapidaren Begründung, sie seien „zu kalt“, untersagt. Es bedarf auch vieler Fragen, ehe man die einzige, ärmliche Synagoge der Stadt findet, die fast nur von alten Männern besucht wird.

Odessa, einst eine weltoffene, pulsierende Stadt, bietet nur noch den Eindruck gepflegter Provinz. Staub und Wärme liegen in der Luft. Platanen und Akazien an den Rändern der Boulevards *spenden* Schatten. Die Menschen schlendern über die Straßen, die Cafés auf den Trottoirs sind überfüllt. Auf Holzbänken räkeln sich im Schewtschenko-Park die Jugendlichen, schauen auf den Hafen, wo die großen Schiffe anlegen, wo die Matrosen an Land vergeblich Spelunken und Kneipen suchen. Nichts von lärmender Hafen-Atmosphäre, sprudelndem levantinischen Leben. Milizionäre haben alles unter Kontrolle. Endgültig versunken ist das „Marseille des Ostens“.

Odessa ist eine recht junge Stadt: 1794 von der Zarin Katharina der Großen in der Nähe der einstigen antiken griechischen *Siedlung Odessos* gegründet, wurde es kurz darauf zum ersten Kriegshafen am Schwarzen Meer ausgebaut, wurde Rußlands „Fenster zum Süden“, ebenso wie jenes zum Westen, Petersburg, auf dem Reißbrett entworfen. Erster Verwalter der sich rasch entwickelnden Stadt wurde der französische Emi*grant Herzog* von *Richelieu*, ein Urneffe des berühmten Kardinals. Sein Denkmal krönt heute den Primorskij-Boulevard.

Später wurde Odessa zum Freihafen und damit zum Zufluchtsort für Flüchtlinge aller Völker, war Schmelztiegel und Asyl zugleich. Vor hundert Jahren lebten hier Russen, Deutsche, Franzosen, Italiener, Engländer, Griechen, Rumänen, Serben, Bulgaren, Tschechen, Armenier und Juden. Der Handel in jener Zeit lag meist in griechischen, jüdischen und deutschen Händen. Odessa blühte auf, entwickelte sich zum wichtigsten Getreide-Ausfuhrhafen des zaristischen Rußland, war der Vorposten zur ukrainischen Kornkammer, einer der bedeutendsten Weizen-Lieferanten der Welt.



Die Potemkin-Treppe: 192 Stufen aus Granit, die Eisenstein mit seinem Film „Panzerkreuzer Potemkin“ weltberühmt machte FOTO: KLAUS ABS

Von jenem Überfluß ist kaum etwas übriggeblieben: Im Gegenteil, im nahen Hafen von Iljitschowsk landen *jetzt sowjetische Handelsschiffe* Importweizen aus den USA und Kanada an. Mit der Aufhebung des privaten Unternehmertums zugunsten einer zähen Staatsbürokratie ist Odessa um viele Dimensionen ärmer geworden.

Nur selten noch blitzt Unternehmergeist auf

Nur noch mitunter blitzt etwas von dem *alten Unternehmergeist* auf, scheint er doch nicht ganz erloschen. So auf dem zentralen Gemüsemarkt, wo Jeans und Uhren verhökert werden. Oder man entdeckt bei Streifzügen in Seitenstraßen doch wieder ab und an Ware, die man weder in Moskau noch in Kiew finden kann. So hat sich zum Beispiel in einer kleinen Gasse ein Schuhladen etabliert, der die Modelle in eigener Fabrikation herstellt, wie der jüdische Besitzer stolz erklärt.

In dieser Stadt erblühte auch reiches kulturelles Leben. Das stolze Odessa war einmal die Wiege einer ganzen Generation von Literaten. Hier schrieb Isaak Babel seine prallen Kurzgeschichten. Hier wuchsen Katajew und Paustowskij auf. Gogol arbeitete hier am zweiten Teil seiner „Toten Seelen“, und die Autoren Ilf und Petrow feilten in Odessa an ihren satirischen Erzählungen. In seinem einjährigen Exil in Odessa schrieb Alexander Puschkin den größten Teil seines „Eugen Onegin“. Heute treffen sich am Puschkin-Denkmal die Liebespaare.

Glanz und Ausstrahlung sind nicht zu konservieren. Nur ab und an künden noch prächtige Bauten von der großen künstlerischen Tradition dieser Stadt. Das mächtige pompöse Opernhaus, das die Bewohner von Odessa als das schönste der Welt bezeichnen, steht für die reiche Musikkultur dieser Stadt. Hier dirigierte Peter Tschaikowsky einst die Uraufführung seiner Oper „Pique Dame“, und das jubelnde Publikum schenkte ihm *einen Taktstock mit der Inschrift* „Dem Unsterblichen von den Sterblichen gewidmet“. Hier spielte David Oistrach, der aus der bekannten Odessaer Geigen-Schule hervorging, *und hier sang der populäre Schalja*pin.

Die Stadt ist reich an Erinnerungen und Reminiszenzen. Das Bekannteste jedoch ist die Potemkin-Treppe, der Sergej Eisenstein in seinem legendären Film über den Matrosenaufstand auf dem Panzerkreuzer „Potemkin“ ein unvergleichliches Denkmal setzte.

Auf diesem breiten Parade-Aufgang mit 192 Granitstufen drehte er erschütternde Massenszenen, die die Filmwelt bewegten: meuternde Matrosen im Revolutionsjahr 1905, schwere Soldatenstiefel wuchten die Stufen hinunter, Panik bricht aus, Schüsse *peitschen* auf, eine Frau sinkt getroffen nieder, der Kinderwagen holpert haltlos die Treppe hinunter.

Jetzt sieht man hier junge Leute auf den Stufen in der Sonne hocken. Eine riesige Rolltreppe an der Seite macht dem ehrwürdigen Aufgang Konkurrenz. Die Treppe mündet auf den *„Morski Woksal“*, den Meeresbahnhof für Passagierschiffe. Schiffe aus Übersee, denen neugierige Touristen zum Landausflug entsteigen. Wehmütig scheinen die jungen Sowjetbürger *sie zu* betrachten, denn sie können nicht fahren, wohin sie wollen.

Die lange Spur des „Drakula“ in der Hamburger Unterwelt

Genau dort, wo die Köhlbrandbrücke in Hamburg den *Elbarm überquert, entsteht* 90 Meter unter dem Fluß der Welt tiefste Abwasserleitung. Ein Projekt mit besonderen Problemen, wie bei einem Besuch in dieser Hamburger Unterwelt zu erfahren war.

Von GISELA SCHÜTTE

Am Eingang geht es zu wie in einem Bergwerk. Wasser *tropft unaufhörlich in unsicht*bare Lachen. Im Kittel, mit Helm, Handschuhen und (viel zu großen) Stiefeln klettern wir ein paar hölzerne Stufen hinab in einen scheinbar bodenlosen Schacht. Dann geht es in einen Fahrstuhl mit gelochten Blechwänden, der quietschend und jaulend 90 Meter *hinunterrattert*, bis auf die Sohle des finsteren Schachtes mitten im Hamburger Hafengebiet.

Über Schienen, Kabel, Bohlen und Baustahlgewebe klettern wir im *Halbdunkel zu einem gelben Unge*tüm: Eine elektrische Eisenbahn für Baumaterial, Arbeiter und manchmal auch für Neugierige wie mich, 90 Meter unter der Erde, genau dort, wo die *elegante Köhlbrandbrücke bis zu* 52 Meter hoch den Elbarm überquert. Oben fahren Touristen im Schneckentempo, um das Hafen-Panorama zu genießen; im Untergrund entsteht die tiefste Abwasserleitung der Welt.

Es ist die 2227 Meter lange Hauptschlagader in einem dreistufigen Klärwerkssystem, dessen dritter Bauabschnitt im kommenden Jahr fertig werden soll. Rund 400 Millionen Mark kostet die Anlage, die zur Reinhaltung der Elbe beitragen soll und *die mit technischen und biologischen* Tricks 97 Prozent der Verunreinigungen aus dem Abwasser zaubern wird. Dort, wo sich die Elbe in einem Gewirr von Inseln spaltet, wird die dritte Klärwerksstufe von den beiden ersten durch den breiten Köhlbrand getrennt. Deshalb benötigt man die mächtige Verbindungsleitung mit einem Außendurchmesser von fast fünf Metern. Hier werden im kommenden Jahr vorgereinigtes Abwasser, und, in gesonderten Röhren, *Schlamm und* Brauchwasser hin- und hergepumpt.

Weil die Eiszeit an den Elbufern Kies, Geröll und dicke Findlinge hinterließ, mußten die Tunnelbauer tief in den Untergrund ausweichen. Hauptdarsteller des Bauvorhabens ist ein Untier namens „Drakula“, ein 6,5 Meter langer, 200 Tonnen schwerer „Maulwurf“ mit Eisenzähnen, der die Trasse in der Tiefe durch 40 Millionen Jahre alten Ton „gebissen“ hat. 60 Millionen Mark kostet die Leitung, die im Schildvortrieb angelegt wurde. Derzeit kleiden *Arbeiter die Röhre* aus, in 30-Meter-Abschnitten täglich. Jetzt ist Halbzeit.

Als der gelbe Zug, die wahrscheinlich unbequemste Eisenbahnverbindung der Welt, auf dem unterirdischen Bahnhof hält, machen die Ar*beiter gerade Frühstückspause*. Das quietschende Ungeheuer, das über die wenig kunstgerecht verschraubte Schienentrasse holpert und den Gratis-Fahrgast unsanft auf den schma*len Sitzbänken durchrüttelt, bringt* Baustahlgewebe zum Einsatzort mitten unter dem Köhlbrand.

Wir sind die ersten Tunnel-Touristen, die zu einer Unterwanderung des Elbarmes aufgebrochen sind, ein Marsch von 2,2 Kilometern durch die Dämmerung, von einer trüben Wandlampe zur nächsten, stets auf den Boden sehend, damit man nicht über Bretter *fällt* oder auf dem *Urzeit-Ton* ausrutscht. Es ist kalt wie in einem Schlachterladen. Seit dem Durchstich zieht es. Jedes Geräusch wird vervielfältigt.

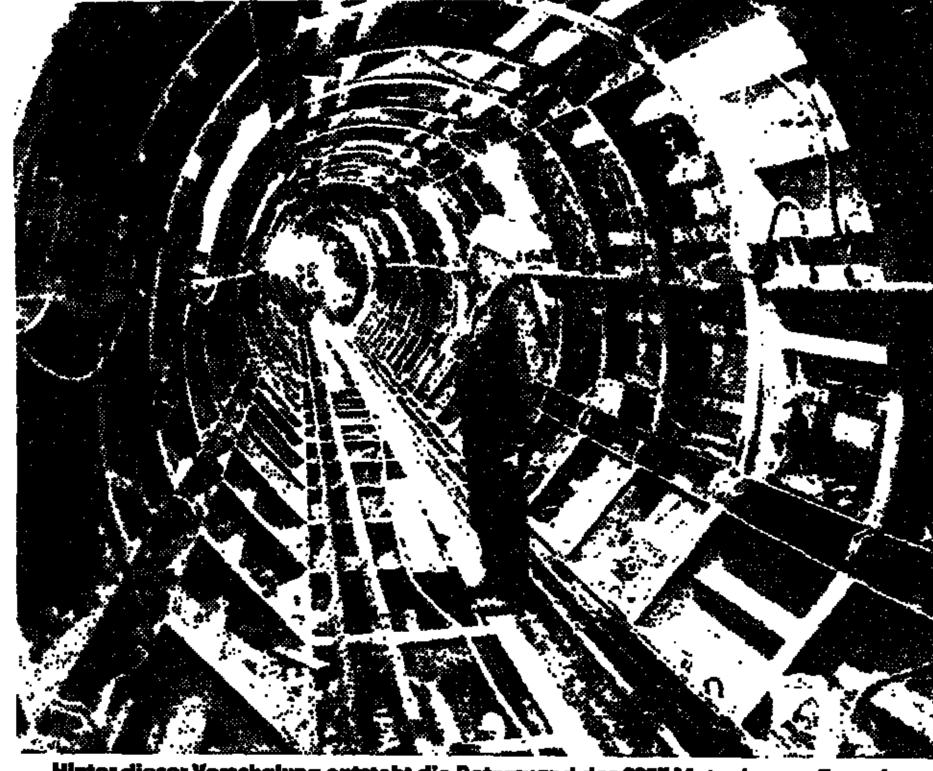
Zuerst geht es über ein Geflecht von Baustahlmatten, die zu einem kunstvollen Gewebe verbunden werden. Dann steigt man in die stählerne Schalung, eine Sonderanfertigung aus *zweimal* 30 Meter *langen* Elementen, die sich zusammenfalten lassen und auf ihrer eigenen Schiene im Tunnel weiterfahren. Wo der frische Beton hinter der Schalung hart wird, ist der Stahl heiß. Hier herrschen „sommerliche“ Temperaturen.

„Tunnelbau in den Alpen ist Regionalklasse, was wir machen, entspricht der Bundesliga“, preist Dieter Zander aus der Hamburger Baubehörde die Arbeit der Stadtentwässerungs-Abteilung. Es sei eben sehr viel einfa*cher, sich durch Stein zu bauen als* durch den unberechenbaren, schlammigen Untergrund. Deshalb brauchte man einen „Fachmann“ wie „Drakula“, der bei Wasser- oder Schlammeinbrüchen blitzschnell seine Schlitze an der Vortriebsfront schließen kann. Auch das Betonieren der Röhre sei rekordverdächtig, sagt Zander. „Betonmassen auf einen Fernsehturm zu pumpen, ist *keine Kunst*. Aber sie in die Tiefe rutschen zu lassen, das ist ein Problem.“ Denn sobald der dickflüssige Betonbrei, wenn er in die Tiefe rutscht, abreißt, *wird die Masse hart*.

Hinter der Stahlschalung sieht man *in einen Tunnel mit* dreieinhalb Metern Durchmesser. Ganz leicht steigt das Rohr an und verläuft in einer schwachen Kurve. Wieder spürt man den kühlen Luftzug. In der Ferne *kehrt ein Arbeiter Schlamm zusam*men. Das Knirschen von Steinen, das gleichmäßige Schrammen des Besens hallt unheimlich durch den Tunnel. Das ist kein Aufenthaltsort für *Menschen mit Platzangst. Es bedarf* keines furchtsamen Gemüts, um beklommen an den Strom 90 Meter über dem Rohr zu denken und an die Abwassermassen, die hier bald entlangrauschen werden. Die Schatten in der Ferne, das unheimliche Licht erinnern an den „Dritten Mann“, jenen berühmten Film mit Orson Welles, der zu einem großen Teil im Kanalnetz Wiens spielt.

Der Mann hinter der Kanalbiegung ist zwar nicht Orson Welles. Aber er scheint meine Gedanken gelesen zu haben, denn er pfeift die Zither-Melodie von Anton Karas. Ich gehe ein wenig schneller. Endlich sind wir am Ende des Kanals angekommen. Wasser tröpfelt *unaufhörlich. Hier* sind es nur 60 Meter bis zum Licht. Dafür gibt es weder Treppen noch Fahrstuhl. Einer der Begleiter ruft zu dem hellen Lichtquadrat hinauf. „Wir wol*len nach oben.“ Es dauert ein paar* Minuten. Dann meldet sich per Lautsprecher eine metallische Stimme. „Wir kommen.“

Wir – das sind zwei bleistiftdünne Stahlseile und eine löchrige Blechtonne, die von einem Kran in die Finsternis hinuntergelassen wird. Einsteigen, die Blechtür schließen. Die Tonne schwankt ans Licht, schaukelt über den Rand des Schachtes und landet auf einem Bretterquadrat. Es ist angenehm hell und warm hier. *Endstation eines Ausflugs in die* Hamburger Unterwelt.



Hinter dieser Verschalung entsteht die Betonwand des 2227 Meter langen Tunnels FOTO: ANDREAS LAIBLE

„DDR"-Bischof: Viele leiden unter der Mauer

epd/hrk, Berlin

Der Bischof der Ostregion der Kirche von Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, hat jetzt erstmals auch in der „DDR" öffentlich zum Jahrestag des Mauerbaus Stellung genommen. In der Wochenzeitung „Potsdamer Kirche" schrieb er: „Wir können uns über die durch unser Volk laufende Grenze nicht freuen, und wir sind traurig über das Leid, das durch sie entstanden ist."

Forck nahm in seinem Artikel nicht auf seinen kürzlich in West-Berlin publizierten Briefwechsel mit seinem westlichen Amtsbruder, Bischof Martin Kruse, über den Mauerbau Bezug. Die „DDR"-Presse durfte diesen Vorgang bisher nicht erwähnen.

Im Potsdamer Kirchenblatt nannte Forck als die eigentlichen Betroffenen des Mauerbaus diejenigen, „die durch die Befestigung der Grenze lange Zeit von ihren Angehörigen getrennt wurden". Forck bemerkt: „Sicher leiden auch nicht wenige darunter, daß sie durch die aufgerichtete Mauer in ihren Reisemöglichkeiten und in der Kontaktaufnahme zu Menschen der westlichen Welt eingeengt sind!"

Der Geistliche wiederholt in seinem Beitrag die von Regierungssprecher Friedhelm Ost kritisierte Version, der Westen habe vor dem Mauerbau „durch verlockende Angebote" möglichst viele „qualifizierte Bewohner der DDR herübergelockt". Diese Lesart, die auch von der amtlichen Ost-Berliner Geschichtsschreibung verbreitet wird, hatte Ost als „historisch falsch" bezeichnet. Forck schreibt, die „DDR" habe diesen Abwerbungen nicht tatenlos zusehen können. So sei es zum Bau der Mauer gekommen. Für die Leser drüben war ein gleichsam offizieller Hinweis von Forck auf die seit Februar 1986 großzügiger gehandhabten Reisemöglichkeiten neu. Forck schrieb: „Allmählich sind die Beziehungen beider deutscher Staaten zueinander normaler geworden. Die seit Februar praktizierten Reiseerleichterungen gehören dazu."

Funktionär Moskaus besucht den DGB

dpa, Düsseldorf

Aktuelle gewerkschaftspolitische Themen stehen im Mittelpunkt von Gesprächen, zu denen der Vorsitzende des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften, Stepan Schalajew, im Rahmen eines dreitägigen Deutschlandbesuchs am Mittwoch mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Düsseldorf zusammentrifft. Es sollen auch Probleme der internationalen Gewerkschaftsarbeit erörtert werden. Dabei werde seitens des DGB erneut die Existenz unabhängiger Gewerkschaften in Polen zur Sprache gebracht, heißt es in Düsseldorf. Nicht zuletzt davon werde es abhängen, ob man wieder zu gesamteuropäischen Gewerkschaftskontakten zurückkommen könne.

„Atomenergie ist auch ethische Frage"

KNA, Innsbruck

Das grundsätzliche Recht der Kirche auf öffentliche Stellungnahme auch in der Frage der Atomenergie hat der Innsbrucker Moraltheologe Professor Hans Rotter unterstrichen, zumal es „dabei auch um eine ethische Frage geht".

Anlaß für die Erklärung des Moraltheologen war ein am Wochenende in Österreich publizierter Brief des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß an die Verantwortlichen der katholischen und evangelischen Kirche in Bayern. Darin hatte Strauß „die Agitation kirchlicher Amtsträger und Gruppen" gegen die atomare Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf als „beängstigenden Mißbrauch von Kirche und Religion für demagogische Zwecke" kritisiert und die leitenden kirchlichen Amtsträger aufgefordert, der „Verwirrung und Verunsicherung der kirchentreuen Christen Einhalt" zu gebieten.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Asylanten: Den Haag für eine europäische Lösung

Bonn soll unterstützt werden / Liberal mit Einschränkungen

HELMUT HETZEL, Den Haag

Eine „gesamteuropäische Lösung" des derzeit vor allem in der Bundesrepublik so drängenden Asylantenproblems wird von der Haager Regierung vorgeschlagen. Wie der für Asylantenfragen zuständige Direktor des Haager Justizministeriums, Jan Suijver, jetzt in einem Fernsehinterview weiter ausführte, sei Den Haag grundsätzlich dazu bereit, der Bundesrepublik bei der Lösung des Asylantenproblems behilflich zu sein.

Man werde Bonn in der EG auch unterstützen, falls die deutsche Regierung die Asylfrage im Europäischen Rat zum Thema machen wolle. Die Niederlande wollen sich dann für eine „koordinierte europäische Asylantenpolitik" einsetzen. In Den Haag plädiert man ferner dafür, auf internationalem Niveau beispielsweise über die zuständigen Luftfahrtorganisationen bei den Fluggesellschaften vorstellig zu werden, die die Flüchtlinge massenweise nach Ost-Berlin befördern.

Im Haager Justizministerium, das als Zentralstelle für alle Frage der holländischen Asylpolitik zuständig ist, wird auch nicht ausgeschlossen, daß die niederländische Regierung sich in Kürze dazu bereit erklären könnte, künftig mehr Flüchtlinge in Holland als bisher aufzunehmen. Bislang beläuft sich die mit dem Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen vereinbarte freiwillige Flüchtlingsquote auf 250 Personen im Jahr.

Zur Zeit sei in Holland kein sprunghaftes Ansteigen des Asylantenstromes wie etwa in der Bundesrepublik festzustellen, hieß es weiter. Zwar sei die Zahl der Asylanträge in den vergangenen Jahren von 1100 (1980) auf 5600 (1985) gestiegen; doch sei diese relativ geringe Steigerung für die Haager Mitte-Rechts-Regierung derzeit kein Grund, die gängige – und wie man im Justizministerium betont – „liberale" Asylantenpolitik zu ändern.

400 Anträge pro Monat

Insgesamt gaben die Niederlande im letzten Jahr 1175 Asylanträgen statt. 1984 waren es 1212 Flüchtlinge, die in Holland Asyl erhielten. Die meisten der derzeit monatlich rund 400 eingehenden Asylanträge stammen von Iranern, Afghanen und syrischen Christen.

„Generell", so erläuterte der Sprecher des Haager Justizministeriums, Victor Holtus, in einem Gespräch mit der WELT die gängige niederländische Asylpraxis, „kann bei uns jeder Flüchtling Asyl erhalten, der zweifelsfrei nachweisen kann, daß er aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gründen in seinem Heimatland verfolgt wird und sein Leben dort in Gefahr ist". Die Niederlande unterscheiden bei der Anerkennung zwischen Asylanten, die einen A-, und Asylanten die einen B-Status erhalten. Flüchtlinge mit A-Status sind hundertprozentig asylberechtigt und werden – juristisch gesehen – einem niederländischem Staatsbürger gleichgestellt. Sie haben damit die gleichen Rechte wie jeder andere Holländer und dadurch auch gleichzeitig Anspruch auf eine finanzielle Unterstützung von rund 1400 Gulden für ein Ehepaar pro Monat.

Einer von 1300

Flüchtlinge mit B-Status dagegen „sind Personen, die Asyl aus rein humanitären Gründen erhalten, auch wenn sie – formaljuristisch gesehen – keinen Asylanspruch haben". Sie erhalten die niederländische Staatsbürgerschaft nicht und müssen – wie alle übrigen in Holland lebenden Ausländer auch – nach bestimmten Fristen ihre Aufenthaltsgenehmigung bei den dafür zuständigen Behörden jeweils neu beantragen.

Allerdings: Ganz so liberal wie man sich im Justizministerium in Sachen Asylgewährung gerne gibt, ist man in Holland nicht immer. Das zumindest beweist der Fall der Tamilen. Rund 3500 Angehörige der aus Sri Lanka stammenden tamilischen Minderheit kamen im letzten Jahr in die Niederlande. Die meisten von ihnen reisten übrigens via Ost-Berlin und die Bundesrepublik ein. Inzwischen haben 1300 von ihnen einen Antrag auf Asyl gestellt; aber nur ein einziger Tamile wurde bisher von den niederländischen Behörden als asylberechtigt anerkannt und erhielt den bei allen Flüchtlingen begehrten A-Status. 30 Tamilen nahmen die Niederlande bisher aus humanitären Gründen auf (B-Status).

Alle übrigen Anträge der Tamilen wurden abgewiesen. Der Grund: Es seien überwiegend wirtschaftliche Motive, weswegen diese tamilischen Flüchtlinge nach Westeuropa gereist seien, heißt es dazu im Haager Justizministerium. Sie könnten sich nach wie vor im Süden ihres Heimatlandes ohne Gefahr für Leib und Leben niederlassen.

Minister Riesenhuber würdigt die Verdienste des Terror-Opfers Beckurts



Gäste der Trauerfeier: von links Bundesforschungsminister Riesenhuber, Siemens-Vorstandsvorsitzender Kaske, Frau Beckurts, Siemens-Aufsichtsratvorsitzender Plettner, Frau Groppler mit Sohn Markus, Siemens-Gesamtbetriebsratsvorsitzender Mooshammer, Landtagspräsident Heubl, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, Syrbe, Innenminister Hillermeier und Peter von Siemens. FOTO: DPA

„Freund und Partner verloren"

PETER SCHMALZ, München

Bis zu jenem Morgen am 9. Juli, als bei dem Münchner Vorort Straßlach eine Terroristenbombe zwei Menschenleben auslöschte, war der Name des Professors Karl Heinz Beckurts weithin unbekannt. Erst allmählich wächst die Erkenntnis, daß es den Attentätern gelungen ist, mit diesem Siemens-Manager einen der fähigsten und hervorragendsten unter den deutschen Wissenschaftern aufzuspüren und durch einen mörderischen Anschlag zu töten.

So war es weit mehr als eine übliche Mitleidsfloskel, wenn Siemens-Vorstandsvorsitzender Karlheinz Kaske gestern bei der knapp zweistündigen Trauerfeier für Professor Beckurts und seinen Fahrer Eckhard Groppler in der Konzern-Niederlassung München-Neuperlach sagte, er sei zutiefst überzeugt, „daß der Verlust, den wir erlitten haben, unersetzlich ist". Professor Beckurts war, wie Kaske erwähnte, geprägt von der Erkenntnis, daß „das Wohl und Wehe einer modernen, technisch geprägten Gesellschaft die Beherrschung großer innovativer Systeme erfordert", und war überzeugt von der Ansicht, „daß eine Industrienation im internationalen Wettbewerb nur dann bestehen kann, wenn sie sich den großen Innovationsaufgaben stellt". „Ich wage nicht zu bewerten, welchen Beitrag er in den Jahren, die ihm genommen wurden, noch erbracht hätte", sagte Kaske über seinen ermordeten Kollegen.

In einer bewegten, von persönlicher Betroffenheit geprägten Rede hob Bundeswissenschaftsminister Heinz Riesenhuber den gesellschaftspolitisch orientierten Blick von Beckurts in die Zukunft hervor. Dieser Wissenschaftler habe immer gemahnt, daß die Frage, ob Techniken noch durchsetzbar und fruchtbar sind für unsere Gesellschaft, sich nicht nur an ihrer technokratisch ordentlichen Lösung und Bewältigung" entscheidet, sondern auch daran, „in welchem Maß die Verantwortlichkeit der Techniker einfließt in die Entscheidung über die Techniken selbst".

Er sei überzeugt gewesen, daß die Zukunft nicht gestaltet werde könne durch Ausstieg oder Verzicht, sondern nur durch den verantwortungsbewußten Umgang mit der Technik. Beckurts habe mit seinen Fähigkeiten eine enorme Reserve in der Industrie geweckt.

Riesenhuber erwähnte die große Sorge des hochangesehenen Atomwissenschaftlers, an der Kernenergie könnte eine Technikfeindlichkeit entstehen, und er zitierte aus dem letzten Aufsatz, den Beckurts kurz vor seinem Tod formuliert hatte und in dem die Warnung zu lesen ist: „Wir müssen uns hüten, aus der momentanen Stimmung heraus eine Entscheidung zu fällen, die der Bundesrepublik Deutschland als Industriestaat eine Zukunft verbaut."

Der Minister sprach von vielen gemeinsamen Diskussionen, die von dieser Sorge geprägt waren, und kämpfte mit den Tränen, als er sagte: „Wir haben einen guten Freund verloren, einen tüchtigen Partner." Von den Erinnerungen und der Trauer überwältigt, mußte Riesenhuber seine Rede beenden, ehe er den ebenfalls bei dem Attentat ums Leben gekommenen Fahrer Eckhard Groppler erwähnen konnte.

In einer ebenfalls sehr persönlich geprägten Rede sprach der Aufsichtsratsvorsitzende des Unternehmens, Bernhard Plettner, über den Terrorismus von einer „Art Krankheit, deren sich unsere freiheitliche Demokratie nicht oder kaum zu erwehren vermag". Professor Beckurts nannte er eine geborene Führungspersönlichkeit, die sich und anderen hohe, aber erreichbare Ziele zu setzen vermochte.

An der Trauerfeier im Vortragssaal des von Beckurts geleiteten Siemens-Zentralbereichs Forschung und Technik nahmen 200 geladene Gäste teil, darunter die Witwen der beiden Opfer, Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft, der in einer Gedenkrede Beckurts' wissenschaftliche Laufbahn würdigte, die Berliner Bürgermeisterin Hanna-Renate Laurien, Peter von Siemens jr., Wilfried Guth (Deutsche Bank), Eberhard von Kuenheim (BMW), Professor Werner Breitschwerdt (Daimler-Benz), WELT-Chefredakteur Manfred Schell, Carl-Horst Hahn (VW), Arbeitgeber-Präsident Otto Esser und Bayerns Landtagspräsident Franz Heubl. Ministerpräsident Franz Josef Strauß hatte wegen eines Termins im Bayerischen Wald abgesagt.

Antrag auf Aufhebung der Immunität

dg. Hanau

Mit neuen Komplikationen für ihr seit elf Jahren schwebendes Genehmigungsverfahren muß die Hanauer Nuklearfirma Alkem rechnen. Die Hanauer Staatsanwaltschaft hat im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren gegen vier Geschäftsführer der Firma und zwei leitende Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums jetzt die Aufhebung der Immunität des Geschäftsführers Alexander Warrikoff, der dem Bundestag seit drei Jahren als CDU-Abgeordneter angehört, beantragt. Wie Oberstaatsanwalt Albert Farwick laut dpa dazu erklärte, solle der Antrag freilich nicht bedeuten, daß automatisch Anklage gegen Warrikoff erhoben werde.

Die Ermittlungen waren durch einen Umweltschützer ausgelöst worden, der der Geschäftsleitung vorwirft, wesentliche Änderungen im Produktionsablauf der Plutoniumfabrik ohne atomrechtliche Genehmigungsverfahren vorgenommen zu haben. Dabei geht es insbesondere um Bau und Betrieb eines Spaltstofflagers mit zwei Meter dicken Stahlbetonwänden, der nach Auskunft von Firmensprecher Rainer Jend für die Lagerung des Plutoniums „unendlich mehr an Sicherheit gebracht" habe als die Einrichtungen davor. Mit dem Bau des Lagers sei die Lagerkapazität für Plutonium zwar von 460 Kilogramm auf 6,7 Tonnen erhöht worden. Die dafür erforderlichen Genehmigungen jedoch habe das Hessische Wirtschaftsministerium unter Aufsicht des Bundesinnenministers als Oberster Kontrollbehörde ausdrücklich erteilt.

Für den Betrieb der Firma Alkem könnte das schwebende Verfahren dann Auswirkungen haben, wenn das hessische Wirtschaftsministerium im Falle einer Anklage gegen Warrikoff die für die atomrechtliche Genehmigung vorgeschriebene persönliche und fachliche Zuverlässigkeit der Geschäftsführung bezweifeln sollte. Eine rot-grüne Expertenkommission hatte bereits vor mehr als Jahresfrist den Betrieb von Alkem für „nicht genehmigungsfähig" erklärt. Mit dieser von Börner und den Grünen akzeptierten Erklärung war das letzte Hindernis für das Zustandekommen der rot-grünen Koalition in Hessen beseitigt worden. Der Staatssekretär im hessischen Umweltministerium, Karl Kerschgens (Die Grünen), hatte Alkem erst vor wenigen Tagen aufgefordert, den Genehmigungsantrag zurückzunehmen.

Loch in die Mauer gebombt – waren es Rechtsradikale?

Unbekannte Täter sprengten in der Nacht zum Montag ein Loch von einem Quadratmeter in die Berliner Mauer nahe dem Kontrollpunkt „Checkpoint Charlie". Seite an Seite sicherten gestern mittag zwei US-Militärpolizisten und vier „DDR"-Grenzsoldaten die Bresche, die sich gegenüber einem Wachturm befindet. Staatsschutzchef Manfred Ganschow: „Bei dem Anschlag ist Industrie-Sprengstoff benutzt worden, was auf rechtsradikale Täter hindeutet." FOTO: AP

Neue Haftbefehle im Bauskandal

DW. Berlin

Im Berliner Bauskandal um den Münchner Unternehmer Bernd Bertram sind jetzt weitere Haftbefehle erlassen worden. Es handelt sich dabei um insgesamt vier Beschuldigte, die bereits alle im Berliner Untersuchungsgefängnis einsitzen. Das erste politische Opfer im Zusammenhang mit dem Berliner Bauskandal war der Finanz-Staatssekretär Günter Schakkow (CDU) gewesen.

Einer der neuen Haftbefehle betrifft wiederum den Münchner Bauunternehmer Bertram, der früher SPD-Abgeordneter und Geschäftsführer der gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft „Stadt und Land" war. Ein weiterer Haftbefehl wurde gegen Adolf Blasek, einen weiteren Geschäftsführer dieser Gesellschaft, erlassen. Außerdem erging Haftbefehl gegen ein 69jähriges Vorstandsmitglied der Augsburger Bauunternehmensgruppe WTB. Die neuen Vorwürfe umfassen den Verdacht der Untreue beziehungsweise der Beihilfe zu diesem Delikt in einem besonders schweren Fall. Es geht dabei unter anderem um Provisionen in Millionenhöhe.

Proteste gegen ‚Wort zum Sonntag'

idea, Hamburg

Die lutherische „kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis Nordelbien" hat bedauert, daß kein Protest seitens führender Vertreter der Kirchen gegen das „Wort zum Sonntag" am 19. Juli bekanntgeworden ist. Sowohl die katholische als auch die evangelische Kirche hätten sich von den „blasphemischen" Ausführungen des katholischen Pfarrers Norbert Blome aus Bremen im Ersten Programm distanzieren müssen. Die Sendung sei „skandalös" gewesen. Blome hatte nach der Erwähnung von Brokdorf und Wackersdorf erklärt, daß die Heiligkeit des Sonntags sowie die Sorge um die Zukunft des Menschen und der Schöpfung zusammengehörten: „Darum ist für mich eine Demonstration genauso zur Sonntagsheiligung zu zählen wie Gebet und Gottesdienst in der Kirche." Diese „Gleichsetzung" von Demonstration und Gottesdienst wurde von der Konferenz evangelikaler Publizisten (KEP) in Wetzlar als „unerträgliche Mischung von Evangelium und Ideologie" verurteilt. Für Samstag ist das nächste „Wort zum Sonntag" von Pfarrer Blome angekündigt.

Urlaubskürzung nach Abwesenheit?

DW. Kassel

Das Bundesarbeitsgericht in Kassel muß als letzte Instanz in einem Musterprozeß darüber entscheiden, ob deutsche Arbeitgeber türkischen Arbeitnehmern wegen der Ableistung des Wehrdienstes in ihrer Heimat den Urlaub kürzen dürfen. Den Modellprozeß hat ein in Nordrhein-Westfalen beschäftigter türkischer Arbeiter angestrengt, der durch Zahlung von 20 000 Mark an den türkischen Staat seinen gesetzlichen Wehrdienst von 18 Monaten auf zwei Monate verkürzt hatte. Für diese zwei Monate gewährte der deutsche Arbeitgeber ihm unbezahlten Urlaub und kürzte gleichzeitig den bezahlten Jahresurlaub anteilmäßig um fünf Tage. Der Mann verlangt dagegen den vollen Jahresurlaub. Während das Arbeitsgericht der Klage des Türken gegen seinen deutschen Arbeitgeber stattgegeben hat, wurde die Klage vom Landesarbeitsgericht in Hamm abgewiesen. Dagegen hat der Türke beim Bundesarbeitsgericht Revision eingelegt, über die nun der Achte Senat entscheiden muß.

(Aktenzeichen: Bundesarbeitsgericht 8 AZR 475/84).

CDU-Offensive gegen Börners „Zensur"

Bürgerinitiativen zur Durchsetzung der Medienfreiheit? / Union hat ein neues Thema

fac. Wiesbaden

Die hessische CDU möchte das spröde Thema der „medienpolitischen Verhinderungsstrategie" der Regierung Börner popularisieren, um so eine breite Protestbewegung in Gang setzen zu können. Der Vorsitzende ihrer Medienkommission, der Eschweger Bundestagsabgeordnete Dieter Weirich, rief gestern in Wiesbaden zur „Bildung von Bürgerinitiativen zur Durchsetzung der informationellen Selbstbestimmung in Hessen" auf. In der Verfassung sei die Informationsfreiheit ausdrücklich gewährleistet. „Die Bürger werden sich die absolutistische Manier des hessischen Ministerpräsidenten Börner und der rot-grünen Regierungspartei in Hessen nicht gefallen lassen", sagte Weirich.

Börner und seine Landesregierung haben bislang jeglichen Versuch, auch in Hessen private Rundfunkveranstalter zuzulassen, abgewehrt und statt dessen dem Hessischen Rundfunk die Garantie gegeben, alle neuen technischen Möglichkeiten nutzen zu können. Dem Frankfurter Sender aber heftet trotz seines von der CDU gewollten neuen Intendanten Professor Hartwig Kelm das Etikett „Rotfunk" an. Dieser Anstalt die neuen Frequenzen im UKW-Hörfunkbereich zu überlassen und dem HR somit die Möglichkeit der Ausstrahlung eines vierten Hörfunkprogramms zu geben, bedeutet nach Meinung der Opposition eine „unangemessene Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunkmonopols". Der Verzicht auf neue, „innovative Formen des lokalen Hörfunks" wird gleichzeitig als Verzicht auf ein Stückchen mehr Liberalität im Äther definiert. Die hessische CDU hat in vielen Wahlkämpfen bereits die Schul- und Kulturpolitik zu einem großen Thema gemacht. Sie möchte jetzt die geforderte „liberale Erneuerung" auf die Frage der Rundfunkfreiheit und -vielfalt ausdehnen.

Der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Einspeisung und Weiterverbreitung von Satellitenprogrammen stellt nach den Worten Weirichs ein „Privatfernsehverhinderungsgesetz" dar. Mit einem solchen Gesetz könne die „fortdauernde Verletzung" der in der Verfassung garantierten Informationsfreiheit nicht beendet werden. Es ist sogar von einer „Zensur" durch Börner die Rede. Weirich spielt damit auf die Tatsache an, daß bei der „Rangfolge der Einspeisung" von Rundfunkprogrammen in Kabelanlagen die Programme der öffentlich-rechtlichen Anstalten der Länder und des Bundes Vorrang haben. Private Rundfunkveranstalter werden „in unattraktive Sendekanalbereiche" verdrängt. Die hessische CDU besteht deshalb auf der Zurücknahme dieses Gesetzentwurfes.

Auch in der SPD, meint Weirich, wachse die Einsicht, daß die „Medienpolitik künftig weniger ein Thema eines Bundeslandes, sondern eine europäische und internationale Frage" sei. Während Rundfunkveranstalter in Italien, England und Frankreich im Zusammenhang mit der Entwicklung der Satellitentechnik „große Ambitionen auf dem deutschen Fernsehmarkt, der der größte Europas" sei, hätten, übe sich Hessen in „kleinkarierter Einigelungspolitik". Kein Land leiste sich eine „solche Medien-Tragikomödie" wie die Bundesrepublik Deutschland, und Hauptdarsteller des Komödienstadels sei Börner, der seinen Landeskindern vorschreibe, was sie sehen wollen.

Der neue Stil im Bremer Rathaus

Von WINFRIED WESSENDORF

Machtmonster und lüsterne Scheime trieben im altehrwürdigen Bremer Rathaus ihr Unwesen. Der eine und andere brave Staatsdiener zuckt in diesen Tagen erschrocken zusammen, wenn es hinter seinem Rücken schallt: „Du elender, versoffener Lügner!" Bremens Regierungschef, Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD), seit mehr als neun Monaten im Amt, hat einen neuen Stil geprägt und das 600 Jahre alte Rathaus wie im Mittelalter zu einem Domus theatralis umfunktioniert. So toben zur Zeit im Rahmen eines Sommertheaters Heinrich IV. und Heinrich V. sowie der windige Falstaff frei nach Shakespeare durch den Festsaal.

Auch begab sich der junge Bürgermeister (42) auf Reisen nach Mexiko, just während der Fußballweltmeisterschaft. Das war zwar nicht neu, aber der Zeitpunkt war ungewöhnlich. Schon seinem Vorgänger Hans Koschnick hatten die Oppositionsparteien übermäßige Reiselust bescheinigt. Der im September 1985 mit einem Überraschungscoup abgetretene Alt-Bürgermeister reist weiter, aber hat sich seitdem von den publikumswirksamen Podien der Hansestadt zurückgezogen. Dennoch bleibt er aktiv, empfängt Besucher, pflegt seine vielfältigen Kontakte zu Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Kirchen. Sein Amtsbereich ist ein Büro, das ihm die Sparkasse zur Verfügung stellt.

Eines liegt ihm besonders am Herzen: sein Mandat als stellvertretender Vorsitzender im Aufsichtsrat der Bremer Raumfahrtfirma MBB-Erno. Koschnick, der über ausgezeichnete Beziehungen im „Spacebusiness" verfügt, wurde von seinem Nachfolger gebeten, dieses Amt zu behalten. Das Mandat, an die Person gebunden, wäre mit Koschnicks Ausstieg für Bremen verlorengegangen, da der bayerische Mutterkonzern MBB verstärkt weiß-blauen Einfluß auch an der Weser wünscht. Das Raumfahrtzentrum paßt zudem auch gut zu den Bonner Plänen des Alt-Bürgermeisters. Nach heftigem Gerangel wurde er von der Wahlkreiskonferenz des Bremer SPD-Unterbezirks West zum Kandidaten für die Bundestagswahl erkoren. Koschnick, der nicht Auto fahren kann, steuert im Bundestag zunächst den Verkehrsausschuß an: „Das ist wichtig für Bremen", meint er mit Blick auf die Schiffahrt.

Koschnicks Wunsch-Nachfolger Wedemeier ging ebenfalls auf Tauchstation. Zu Beginn seiner Amtszeit im „roten" Rathaus kletterte er besonnen, jeden Eklat vermeidend, auf den Sessel des Regierungschefs. 15 Monate bleiben dem ehemaligen Juso-Chef, um sich weiter zu profilieren.

Aber schon zeigt der Bürgermeister die ersten Schwächen. In die Ruhe der politischen Front platzte die von Wedemeier mitgetragene Bombe: Bremen will künftig ohne Atomstrom auskommen. Dieses Ziel eint zunächst nur die oft zerstrittenen Genossen an der Weser. Die Kaufmannschaft, insbesondere die Handelskammer, ging auf die Barrikaden – das ist ungewöhnlich, macht aber die Brisanz des Themas deutlich.

Einen Ausrutscher leistete sich Bürgermeister Wedemeier, als er eine Woche lang zu Wirtschaftsgesprächen mit einer Delegation nach Mexiko flog. Daheim flogen die Fetzen wegen der heftigen Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie. Hatte Wedemeier sich noch vor der Abreise für verstärkte Abnahme von Atomstrom ausgesprochen, machte er jetzt eine Kehrtwende.

Tritt der junge und reiselustige Bürgermeister in die Fußstapfen des Alt-Bürgermeisters?


Väterliche Zuneigung für den Vertrauten: Cuadra (l.) und Pinochet
FOTOS: DIE WELT/CAMERA PRESS

In Chile geht nichts ohne Francisco Javier Cuadra

Der Mann hinter Pinochet: Jung, kühl und dogmatisch

Von FLORIAN NEHM

Von Anhängern der Junta als brillanter Ideologe und Interpret von Pinochets Willen respektiert, von der Opposition als Scharfmacher gefürchtet: Francisco Javier Cuadra. In Chile, wo sich Regierung und Opposition über kaum einen Punkt einig sind, gibt es zumindest in der Einschätzung der Schlüsselrolle des jüngsten und einflußreichsten Pinochet-Mannes Übereinstimmung. Seit 1984 ist der knapp 32jährige Jurist Präsidialminister im Kabinett von General Augusto Pinochet. Er gilt als dessen engster Vertrauter und Einflüsterer.

Nichts geht innerhalb der verchlossenen und disziplinierten Riege der Generäle und Regierungspolitiker, dem „Ghetto", ohne den feingliedrigen Mann mit dem blassen Antlitz. „Der zarte Junge aus Papier", so nennt ihn, in Anspielung auf den haltenlosen Jüngling einer schnulzigen Fernsehserie, der chilenische Volksmund und das Chile-Programm von Radio Moskau.

Die väterliche Zuneigung Pinochets, dessen eigene Söhne nach unvertuschbaren Skandalen das Land verlassen mußten, die Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit der Regierung und die strenge Überwachung der Medien, das sind die Stärken von Cuadras Einfluß. Cuadra zur WELT: „An manchen Tagen schließen der Präsident und ich die Türen hinter uns und sprechen über Philosophie und Religion."

Auch die Behandlung ausländischer Politiker wie Heiner Geißler, die Pinochet kathegorisch in Freunde und Feinde einteilt, bestimmt Cuadra mit. Korrespondenten, die bei Pinochet um ein Interview nachfragen, werden von dem höflichen und in einer kühlen Zurückhaltung eher unlateinischen Cuadra zu einem Testgespräch in sein Büro in der Moneda oder zu einen Ausflug in die Provinz gebeten. Erst wer diese Prüfung besteht, hat überhaupt Aussichten, zu dem 70jährigen General vorgelassen zu werden.

Deutliche Worte

Viel stärker als die wortreichen Stellungnahmen der Opposition beherrschen Cuadras Äußerungen zum anvisierten Übergang zur Demokratie die politische Diskussion Chiles. Auch gelegentlich von Pinochets Linie abweichende Äußerungen von Juntagenerälen verlieren ihre Wirkung, sobald Cuadra seine deutlichen Erklärungen dagegen setzt. Denn, so erleben es die Chilenen immer wieder, Gewicht haben nur die Worte des Präsidialministers.

„Der chilenische Übergang zur Demokratie bedeutet anders als in Argentinien oder Uruguay nicht gleichzeitig die Abgabe der Macht. Erstens weil hier die Macht nicht ‚gestohlen' wurde und zweitens weil unsere Streitkräfte weder eine Volksbefragung noch einen Krieg verloren haben, die Macht also schrittweise, freiwillig und im Sinne der Verfassung abgeben werden", das ist Cuadras zentrale These.

„Spanien kein Vorbild"

Der WELT gegenüber widersprach Cuadra der Ansicht, der spanische Übergang von Franco zu einer stabilen Demokratie sei als Erfolg zu werten. Weil in Spanien Pornographie und Scheidung zunähmen, der Einfluß der Kirche hingegen abnähme, sei Spanien, so Cuadra, eher ein abschreckendes Beispiel.

Cuadras Engagement und Detailkenntnis des Kirchenrechts und der Kirchengeschichte machen ihn zum streitbarsten Gegner der inzwischen mehrheitlich in die Rolle der Opposition geratenen chilenischen Bischöfe.

Die schärfsten Angriffe aber richtet Cuadra mit Vorliebe gegen die Christdemokratische Partei und ihren Führer Gabriel Valdés. Für Cuadra befindet sich diese größte Oppositionspartei nicht im Zentrum, sondern weit links unweit der Kommunisten, weshalb man ihr die Macht unmöglich überlassen könne. In seinen scharfen Reden, mit denen Cuadra nach eigenen Aussagen die Christdemokraten zwingen will, „dem Volk ihr wahres Gesicht zu zeigen", führt er immer neue Beweise für seine Einschätzung an. Allerdings bleibt Cuadra die Antwort auf die Frage, wie er bis 1989 erreichen will, was der Militärregierung an Orientierung der Parteien in den 13 Jahren seit dem Putsch nicht glückte, mit einem knappen Lächeln schuldig. Cuadra wird die Absicht zugeschrieben, die Christdemokraten mit unermüdlicher Polemik und Schürung der linksextremen Kräfte in die Spaltung zu treiben.

Cuadras Dogmatismus ist bei dialogbereiten Generälen ein weiterer Grund, über Pinochets Zukunft nachzudenken. An ihr hängt auch Cuadras Zukunft. Für die Zeit nach Pinochet strebt er einen Lehrstuhl an. Seiner eher introvertierten Ausstrahlung wegen wäre ihm als Parlamentspolitiker der Erfolg nicht unbedingt beschieden.

Die Queen läßt dementieren

Verfassungskrise beigelegt / Königliche Rüge für „Sunday Times": „Falsch wiedergegeben"

SIEGFRIED HELM, London

Der Londoner Buckingham-Palast hat auf ungewöhnliche Weise versucht, die „kleine Verfassungskrise" über angeblich divergierende politische Auffassungen zwischen Queen und Premierminister zu beenden. Der Sekretär der Queen, Sir William Heseltine, übte – und das ist für einen Hofbeamten seines Rangs ohne Beispiel – in einem Leserbrief für die „Times" scharfe Kritik an den journalistischen Methoden der „Sunday Times", die am 20. Juli Enthüllungen über kritische Bemerkungen der Queen an der Politik Frau Thatchers als angeblich gezielte Indiskretionen des Palastes veröffentlicht hatte und am vergangenen Sonntag trotz eines Dementis des Palastes bei ihrer Version geblieben war.

Da die Queen ihrem Premierminister zwar ihre eigenen politischen Ansichten erläutern kann, aber gehalten ist, den Inhalt von Gesprächen mit dem Regierungschef absolut vertraulich zu behandeln, waren die „Enthüllungen" der „Sunday Times" ein explosives Politikum. Dem Blatt zufolge hatte die Queen die harte Haltung der Regierung beim Bergarbeiterstreik kritisiert, Frau Thatchers Ablehnung von Sanktionen gegen Südafrika als Gefahr für den Zusammenhalt des Commonwealth gerügt und auch die Starterlaubnis für den Einsatz von US-Bombern von britischen Basen für Reagans Strafexpedition gegen Khadhafi verurteilt.

Sir William Heseltine gab zu, daß die „Sunday Times" mit dem Pressechef der Queen, Michael Shea, gesprochen hatte. Doch Shea seien die Ansichten der Queen zur Politik der Regierung nicht bekannt. Der Inhalt der Gespräche mit Shea sei außerdem „falsch wiedergegeben" worden. Die Zeitung habe den geplanten Artikel vor Veröffentlichung Shea vorgelesen, doch „die Kernsätze" dabei weggelassen. „Zu keinem Zeitpunkt hat der Chefredakteur versucht, jemandem im Buckingham-Palast zu kontaktieren, um nachzuprüfen, was in den Artikeln behauptet wurde", schrieb der Sekretär der Queen und fügte hinzu, die Behauptung der Zeitung, ihre Informationen von hohen Palastbeamten zu haben, sei „eine völlig ungerechtfertigte Verunglimpfung hoher Hofbeamter". Nachdem die Queen 34 Jahre lang an konstitutionellen Grundsätzen festgehalten habe, sei es „albern" anzunehmen, daß sie nun davon abgehe.

Andrew Neil, der Chefredakteur der solcherart öffentlich abgekanzelten „Sunday Times", steckte in einer Erklärung am Montag um keinen Zollbreit zurück. Er tat, was Stunden zuvor die Schwesterzeitung seines Blattes, die beide Ruppert Murdochs Pressekonzern gehören, mit der Wahl ihrer Schlagzeile „Queen-Mitarbeiter nennt Palast-Informanten beim Namen" getan hatte. Er triumphierte, diese Namensnennung sei ein „Durchbruch", zumal der Palast nun zugebe, daß es Gespräche gegeben habe. Neil betonte, dem Palast sei der volle Text der geplanten Veröffentlichung vorgelesen worden und unterstellte damit, daß der Palast die „Sunday Times" für eine gezielte Indiskretion benutzt habe.

Für Downing Street Nr. 10 ist der Brief des Privatsekretärs der Queen die verbindliche Version und die „Verfassungskrise" somit das, was man im Journalismus eine Ente nennt. Bei der „Sunday Times" ist seit einiger Zeit ein Trend zu Sensationshascherei in Wahl und Darbietung von Themen unverkennbar. Dennoch bleibt ein ungeklärter Rest, den der linksgerichtete „Daily Mirror" in einem Leitartikel auf die Formel brachte: Entweder der Pressechef der Queen geht, oder der Chefredakteur der „Sunday Times". „Einer lügt. Es liegt im Interesse aller, daß wir darüber unverzüglich Klarheit gewinnen." (SAD)

Namibia wünscht mehr Besuche

AP, Bonn

Ein Mitglied der namibischen Übergangsregierung (Demokratische Turnhallen-Allianz), Erik Staby, ist der Ansicht, daß die Namibia-Politik der Bundesrepublik Deutschland in jüngster Zeit realistischer geworden ist. In einem Interview mit dem Bonner Namibia-Pressedienst beklagte er jedoch zugleich eine Verzögerung bei der Realisierung von Entwicklungshilfeprojekten. Er regte an, daß mehr Politiker der SPD, der FDP und der Grünen Namibia besuchen sollten, um sich ein Bild von der Lage zu machen. Er verwies auf das ruhige politische Klima, das sich fundamental von der Situation in Südafrika unterscheide. Die Übergangsregierung versuche, Evolution statt Revolution zu betreiben und gewinne „wachsenden Rückhalt" in der Bevölkerung. Die Stärke der Swapo werde demgegenüber im Ausland häufig weit überschätzt. Ohne Zweifel müsse man sich jedoch mit der Swapo einigen, um einen dauerhaften Frieden in Namibia herbeizuführen.

Schlesiens Schätze werden zum Fluch

J.G. Bonn

Wenn ein Pole das Wort „Oberschlesien" hört, so denkt er gewöhnlich an Kohle und Stahl, Privilegien, gutes Einkommen, komfortable Wohnungen und eine bessere Warenversorgung. Ausgerechnet die polnische Vierteljahresschrift „Slask" (Schlesien) ersetzt nun diesen guten Glauben durch bittere Wahrheiten. Umweltverschmutzung, Grubenunglükke und Erdrutsche gefährdeten das Leben der Kumpels unter und über Tage derart, daß viele nicht einmal ihr Rentenalter erlebten. Auf eine Tonne geförderte Kohle, so rechnet das Blatt vor, komme ein Bergmannsleben, „das vorzeitig ausgelöscht" wird. Krebserkrankungen seien um 50 und Säuglingssterblichkeit um 13 Prozent höher als sonst in der Volksrepublik. Gifte jeglicher Art, eine Bevölkerungszusammenballung sowie eine veraltete Industrietechnik gehörten zu „den empfindlichsten Belastungen" der Bewohner. „Der Reichtum des Landes", so lautet der Schluß, sei eher „ein Fluch".

Intellektuelle mahnen Bogota

AFP, Bogota

Eine Gruppe kolumbianischer Politiker, Journalisten, Künstler und Schriftsteller – darunter der Nobelpreisträger für Literatur von 1982, Gabriel Garcia Marquez – haben sich mit einem gemeinsamen Appell an ihre Regierung gewandt. In der Erklärung heißt es: „Es gibt keine andere Alternative: Entweder wir stärken die Demokratie oder wir gehen in der Barbarei unter." Sie werfen der linksgerichteten Guerilla vor, das Land mit einer Welle der Gewalt überzogen zu haben. Zugleich äußern sie ihre Besorgnis über die politische Lage Kolumbiens vor dem Amtsantritt des liberalen Staatspräsidenten Virgilio Barco, der am 7. August die Nachfolge des konservativen Belisario Betancur antreten wird. Die Intellektuellen verteidigen die Rolle der Armee, kritisieren jedoch zugleich die Aktionen von „Todesschwadronen" und fordern von der Regierung die konsequente Einhaltung der Menschenrechte sowie die hartnäckige Ablehnung der Gewalt.

„SALT legalisierte die Aufrüstung"

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Starke Beachtung hat im Brüsseler NATO-Hauptquartier ein Artikel in der dem Bundesverteidigungsministerium nahestehenden Strategiezeitschrift „Europäische Wehrkunde" gefunden, in dem die SALT-Verträge für „tot" erklärt wurden. „Es hat eigentlich keinen Sinn, den Leichnam kosmetisch herauszuputzen, um ihm für eine Weile noch den Schein von Lebensfrische zu geben", schreibt das Blatt.

Der argumentativ geführte Beitrag erschien als Leitartikel der Juli-Ausgabe der „Wehrkunde" aus der Feder ihres Chefredakteurs, Oberst der Reserve Wolfram von Raven. Das löste Spekulationen aus, ob auf dem Umweg über die Publikation vom Verteidigungsministerium Ansichten vorgetragen werden sollten, die von bekannten Auffassungen in der Bundesregierung zum SALT-Vertrag abweichen. Der Artikel wurde in der NATO vervielfältigt und unter den Angehörigen ausländischer Vertretungen, von denen die Vorgänge in der Bundesrepublik gewöhnlich sorgfältig beobachtet werden, herumgereicht. Hervorgehoben wurde, daß die von der „Europäischen Wehrkunde" vertretene Ansicht der von Außenminister Genscher entgegengesetzt sei, der wiederholt, insbesondere an die Adresse Washingtons gerichtet, die Einhaltung des SALT-2-Vertrages gefordert hatte.

Nach einer Aufzählung der sowjetischen Verletzungen des SALT-Vertrages schreibt das Blatt: „Dürfen es die NATO-Partner Washington angesichts dessen verdenken, daß es sich weigert, Moskau sozusagen ein Monopol für die Mißachtung von Versprechen einzuräumen? Würde es die Glaubwürdigkeit der USA in den Verhandlungen nicht eher schwächen als stärken, wenn sie es mit milden Mahnungen an die UdSSR bewenden ließen? Warum zeigen sich die Europäer über die Absichten der Amerikaner überrascht, ja, erschreckt, da sie zuvor gar nicht daran dachten, deren vielfältige Warnungen an die Adresse der Sowjets zu unterstützen?"

Der Autor richtet an die „landläufige" Politik und Publizistik den Vorwurf, ihre „Kapazität" sei „mittlerweile erheblich überfordert", wenn sie strategische Potentiale nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ beurteilen sollen. Daraus habe sich eine Sperre gegen die Einsicht entwickelt, daß SALT in der Praxis die Aufrüstung legalisierte und nicht zur Abrüstung motivierte. (SAD)

Nigerias Ungereimtheiten im Kampf gegen Pretoria

Lagos betätigt sich wieder als Einpeitscher in der OAU

ACHIM REMDE, Lagos

Der Tinubu-Platz liegt im Herzen von Lagos und ist nach Madame Tinubu benannt, die die britischen Kolonialherren bekämpft hatte. Daß sie die größte Sklavenhändlerin ihrer Zeit war, will kein Nigerianer mehr wissen. Der Sklavenhandel wurde zwar von Weißen betrieben. Doch Schwarze spielten als Zwischenhändler eine hervorragende Rolle, und als Weiße den Menschenhandel einstellten, mußten sie es gegen den Widerstand der Zwischenhändler tun.

Viele Chancen vertan

Vor der Unabhängigkeit Nigerias war Schwarzen der Zutritt zur Insel Ikoyi verwehrt. Nur das Heer der schwarzen Dienstboten durfte allmorgendlich den einzigen Zugang passieren, um in dem Villenviertel – noch heute die beste Wohngegend in Lagos – ihre Arbeit zu verrichten. Trotz allen Luxus' ist kaum ein Weißer gerne hier. Man ist Schikanen und Belästigungen ausgesetzt, leidet unter Wasser- und Stromausfällen und vor allem unter der erschreckend brutalen Kriminalität. Im Ikoyi-Golfclub, einst eine Domäne der britischen Kolonialisten, sind heute 80 Prozent der Mitglieder Schwarze. Ist jetzt alles anders? „Bei einem Nigerianer würde ich niemals arbeiten", sagt Ambrose, ein 40jähriger Koch. „Man wird schlechter bezahlt und schlechter behandelt als bei Weißen."

Die nigerianische Regierung sieht sich seit Mitte der siebziger Jahre als Vorkämpfer gegen Apartheid und hat es erreicht, daß sie wie selbstverständlich den an Südafrika grenzenden sogenannten Frontline-Staaten gleichgestellt wird. Mit den Öleinnahmen, die damals unermeßlich erschienen, stieg auch das Selbstwertgefühl der mit rund 100 Millionen Einwohnern volkreichsten Nation Afrikas. Nigeria war nicht auf Entwicklungshilfe angewiesen. Der fallende Ölpreis hat die Lage entscheidend geändert und es war eine zeitlang relativ ruhig. Doch seit Bolaji Akinyemi Außenminister ist, ertonen wieder die alten Parolen der „dynamischen Außenpolitik", deren Kernstück die Beseitigung der Apartheid ist. Auch bei dem gestern begonnenen OAU-Gipfeltreffen afrikanischer Staatschefs in Addis Abeba tut sich Nigeria wieder als Einpeitscher im Kampf gegen die Apartheid hervor. Dem kleinen Professor, der höflich, aber bestimmt, wohl formuliert und ausgewogen redet, ist es allem Anschein nach ernst damit.

Doch wie ernst ist es den Nigerianern? Im Land herrscht Katzenjammerstimmung. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind düster. Der Durchschnittsnigerianer stöhnt unter der Last der Austerität. „Wir hatten alle Chancen", sagt Amos Odafe, ein Arzt, „denn Geld war in Hülle und Fülle vorhanden. Sehen Sie, was dabei herausgekommen ist: Nigeria ist ein kaputtes Land, politisch, wirtschaftlich und moralisch. Die Demokratie ist gescheitert, die Wirtschaft auf Jahrzehnte hinaus ruiniert, und wir sind eine Rasse von Menschen geworden, die Moral nicht mehr kennt, wenn es ums Geld geht. Glauben Sie, ein Nigerianer würde auf ein Geschäft mit Südafrika verzichten, wenn er die Möglichkeit dazu hätte?"

Ende der siebziger Jahre hatte es einen Skandal gegeben, als in einem Warenhaus Orangenmarmelade verkauft wurde, die – wie die Presse entdeckte – aus südafrikanischer Produktion stammte. Sie wurde im Meer versenkt. Der verantwortliche Manager – ein Schweizer – kam ins Gefängnis. Als die nigerianische Wirtschaft boomte und ausländische Firmen für Aufträge Schlange standen, versuchte die Regierung, diejenigen unter ihnen, die Niederlassungen in Südafrika unterhielten, zu boykottieren. Es blieb bei Worten. Die wirtschaftlichen Interessen wogen schwerer.

Doch die ständige Propagierung des Kampfes gegen Apartheid hat Spuren hinterlassen. „Es passiert immer wieder, daß schwarze Arbeiter, die wir wegen Faulheit, Unpünktlichkeit oder gar Diebstahl feuern wollen, ihren weißen Vorgesetzten rassendiskriminierendes Verhalten vorwerfen, und sofort haben sie die Behörden auf ihrer Seite", berichtet der britische Direktor eines Industrieunternehmens in Lagos.

Der Preis steigt

Unter den in Nigeria lebenden Weißen finden sich viele, die für das südafrikanische Apartheid-System Verständnis äußern. Glücklicherweise kommt es nur selten zu Vorfällen wie vor einiger Zeit im Volkswagen-Montagewerk in Lagos, als ein Kraftfahrzeugmeister einen renitenten nigerianischen Arbeiter mit der Spritzpistole weiß lackierte. „Wir sind nur hier, um Geld zu verdienen", sagt ein amerikanischer Ingenieur stelltvertretend für die meisten, „und je schwieriger es wird, Weiße zu finden, die noch bereit sind, nach Nigeria zu gehen, um so teurer müssen die Nigerianer unsere Leistungen bezahlen."

1988 Jahr der russischen Kirche?

DW. Frankfurt

Der russische Bürgerrechtler Nikolaj Serebrennikow hat an die Unesco sowie kirchliche Würdenträger verschiedener Länder appelliert, das Jahr 1988 zum „Jahr der russischen Kirche" zu erklären. Wie die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt mitteilt, begründet der Historiker und Religionswissenschaftler sein Anliegen mit der Tausendjahrfeier der Christianisierung Rußlands im übernächsten Jahr. Serebrennikow, der wegen bürgerrechtlicher Aktivitäten in psychiatrischer Zwangsbehandlung und wiederholt Repressionen ausgesetzt war, forderte Parteichef Gorbatschow in einem Brief auf, alle aus religiösen Gründen inhaftierte Menschen aus Anlaß der Tausendjahrfeier freizulassen.

Khadhafi nennt Hassan Verräter

rtr, Tokio

Der libysche Revolutionsführer Khadhafi hat den marokkanischen König Hassan II. einen „Verräter" genannt. In einem Interview des japanischen Fernsehens sagte er, wegen des Treffens mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres sei Hassan zuerst ein Verräter gegenüber dem marokkanischen Volk und dann gegenüber den anderen arabischen Staaten und den Palästinensern. In dem Interview, das in seinem zerstörten Gästehaus in Tripolis aufgezeichnet worden war, gab er bekannt, daß er nicht an einem geplanten arabischen Gipfeltreffen in Saudi-Arabien teilnehmen werde. Außerdem benutzte er die Gelegenheit, um den durch den amerikanischen Luftangriff vom 15. April angerichteten Schaden an seinem Haus zu beschreiben.

Der Stoff, aus dem die Träume sind

Die 6. Welt-Wasserstoff-Konferenz beriet über zukünftige Formen der Energieversorgung

Von KURT POLLAK

Was Jules Verne im Jahre 1870 in seinem Roman „Das Wasser ist die Kohle der Zukunft" als Vision darstellte, scheint nun nach über hundert Jahren Realität zu werden. Dieser Überzeugung waren jedenfalls die über 350 Teilnehmer der 6. Welt-Wasserstoff-Konferenz, die in der letzten Woche in der Wiener Hofburg tagte. Experten aus Wissenschaft, Technik, Wirtschaft und Politik diskutierten hier über die Verwertung von Wasserstoff als Träger einer zukünftigen Energieversorgung.

Die Tagung fand zu einem Zeitpunkt statt, wo sich erneut die Frage nach einer langfristig ausreichenden und umweltfreundlichen Energieversorgung stellt. Einerseits sind die Ressourcen der fossilen Brennstoffe wie Kohle, Öl und Gas begrenzt und die Biosphäre bereits heute durch ihre Verbrennungsrückstände bis an die Grenze belastet. Andererseits ist die Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie mehr denn je Streitpunkt der öffentlichen Meinung.

Der Wasserstoff bietet hierzu eine Alternative: Bei seiner Verwertung werden praktisch keine Schadstoffe, sondern ausschließlich reines Wasser gebildet. Seine Vorräte sind praktisch unerschöpflich. Da Wasserstoff immer wieder aus Wasser gewonnen werden kann, steht der Energiewirtschaft ein ökologisch sinnvolles Perpetuum mobile zur Verfügung, das durch Zufuhr von Primärenergie ein perfektes Recycling ermöglicht.

Auf der Wiener Tagung wurden sämtliche Bereiche einer Wasserstoff-Energiewirtschaft – Erzeugung, Speicherung, Transport – behandelt. Die nach dem heutigen Stand der Technik einfachste Methode der Wasserstoffgewinnung ist die Elektrolyse, die Aufspaltung des Wassers in Wasserstoff und Sauerstoff mit Hilfe des elektrischen Stroms. Allerdings ist diese Art der Gewinnung auch bei preiswertem Strom nicht wirtschaftlich. Sie wird deshalb vor allem in Ländern mit billiger Wasserkraft eingesetzt, wie Norwegen, Schweden und Kanada.

Kraftwerke in der Wüste

Am kostengünstigsten ist derzeit die Herstellung von Wasserstoff aus Erdgas. Besonders reizvoll erscheint es, die Sonnenenergie zur Spaltung des Wassers zu nutzen. Dies käme insbesondere für einstrahlungsintensive Regionen wie die Mittelmeerländer, Arabien und Afrika in Betracht. Denn hier wäre die zur solaren Erzeugung von Wasserstoff erforderliche Fläche klein, der Transport und die Nutzung aus heutiger Sicht technisch realisierbar. Das flüchtige Gas soll hierbei in großen Kraftwerken in der Wüste erzeugt und über Gaspipelines zum Verbraucher gebracht werden. Zur Deckung des gegenwärtigen Energiebedarfs der Erde mit Wasserstoff würden bereits 1,9 Millionen Quadratkilometer Ödland ausreichen, das entspräche der Fläche von Nordafrika.

Das Problem der Speicherung, insbesondere der von flüssigem Wasserstoff, und die Entwicklung von Wasserstoff-Kraftfahrzeug-Motoren interessiert im Zusammenhang mit der Anwendung in Kraftfahrzeugen. Beim Tanken saugt eine Legierung aus Eisen und Titan den gasförmigen Wasserstoff wie einen Schwamm auf. Unter Zufuhr von Wärme, die die heißen Abgase und das Kühlwasser liefern, setzt der Gasspeicher den Kraftstoff wieder frei. Unbefriedigend ist allerdings noch das hohe Gewicht der metallischen Gasspeicher.

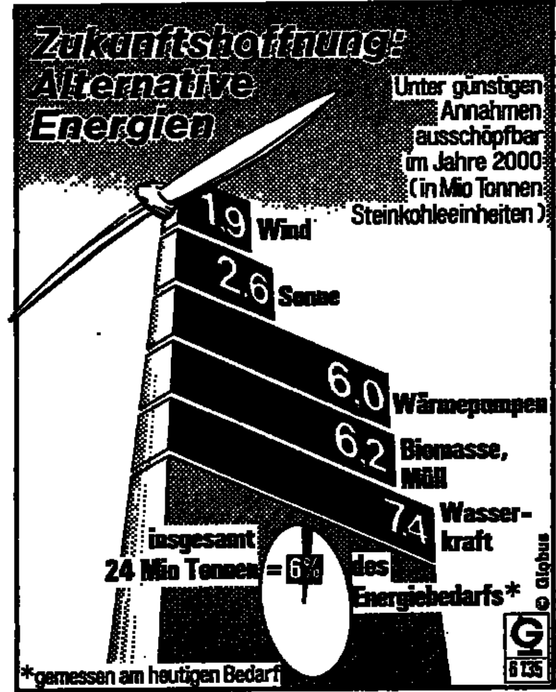
Wasserstoff kann grundsätzlich uneingeschränkt zur Wärme- und Stromerzeugung eingesetzt werden. Die Technik zur Nutzung des Gases, beispielsweise Brenner und Motoren, beruhen auf Prinzipien, die längst bekannt sind. Die Maschinen müssen allerdings an die höhere Belastung durch die heiße Wasserstofflamme angepaßt werden. Ein Problem, das sich aber leicht lösen läßt.

Neben der gewöhnlichen Verbrennung des Wasserstoffs erscheint die sogenannte kalte Verbrennung in Brennstoffzellen besonders attraktiv, da hierbei mit einem hohen Wirkungsgrad aus Wasserstoff und Sauerstoff Elektrizität gewonnen werden kann. Diese Technik bestand ihre Bewährungsprobe bei den Apollo-Flügen, da mit ihrer Hilfe die Astronauten mit Strom und Wärme versorgt worden sind. Die Brennstoffzellen bieten sich besonders für die dezentrale Stromgewinnung an.

Hohes Fassungsvermögen

Die Nachteile der Wasserstoff-Energie-Gewinnung bestehen vor allem darin, daß das Gas viel zu schnell verdampft. Für die Autoindustrie hätte das die Konsequenz, daß man den Wasserstoff in Spezialtanks mit doppelter Wandung unter Druck auf Temperaturen unter minus 250 Grad Celsius halten müßte, damit er flüssig bleibt. Außerdem müßten diese Drucktanks ein Fassungsvermögen von rund 120 Litern haben, damit ein Mittelklassewagen eine Fahrtstrecke von circa 500 Kilometern erreicht.

Aus Anlaß der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wandten sich die Delegierten, die aus 42 Ländern anreisten, unter anderem der Sowjetunion und China, mit einer umfangreichen Dokumentation an die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt einer Ausstellung auf dem Heldenplatz vor der Wiener Hofburg standen die ersten mit Wasserstoff betriebenen Autos namhafter deutscher Kfz-Hersteller.



Die Welt-Vorräte an Öl, Gas, Kohle und Uran sind begrenzt. Was wir von diesen Energieträgern jetzt verbrauchen, wird unseren Enkeln fehlen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat untersucht, welchen Beitrag erneuerbare Energieträger in absehbarer Zukunft spielen könnten. Obwohl intensiv an einer praktikablen Anwendung von Wasserstoff geforscht wird, spielt die Nutzung des fast unbegrenzt zur Verfügung stehenden Gases in den Köpfen der Planer noch keine Rolle.

Auf Spurensuche beim Umwelt-Krimi

Chemiker-Team ermittelt die Ursache einer Giftstoff-Kontamination bei Neckar-Fischen

Von KARL RAMMERSTEIN

Unter der ebenso sperrigen wie präzisen Überschrift „Aufklärung einer Kontamination von Neckarfischen mit Hexachlorbenzol, Oktachlorstyrol und Pentachlorbenzol: Entstehung bei einem industriellen Prozeß" publizierten kürzlich Mitarbeiter der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Offenburg eine Untersuchung, die erhebliches Aufsehen erregt hat. Die Autoren dokumentierten hier einen „Umwelt-Krimi", dessen Dramatik auch einem Laien nicht verborgen bleibt. Sachkenner bescheinigten dem Chemiker-Team, bei der Suche nach der sprichwörtlichen Stecknadel im Heuhaufen einen Volltreffer gelandet zu haben.

Das Unternehmen begann im Juni 1984 bei einer Routineuntersuchung diverser Fischsorten aus dem Oberlauf des Neckars als Indikatoren für eventuell verschmutztes Wasser. Der Befund: Aus etlichen Fischfiletproben filterten die Chemiker Spuren von Hexachlorbenzol (HCB), Oktachlorstyrol (OCS) und Pentachlorbenzol (PeCB) in einer die zulässige Toleranzdosis bis zum Zwanzigfachen übersteigenden Menge.

„HCB gehört ebensowenig wie OCS und PeCB in Lebensmittel", kommentiert der Offenburger Institutsleiter Dr. Peter Binnemann. HCB-belastete Fische dürfen also nicht in den Handel gebracht werden. Ebenso untersagt ist der Einsatz besagter Chemikalien bei der Erzeugung technischer Produkte. Konnte es sein, daß sich die regionale Industrie einen Deut darum schert und HCB etwa weiter als Weichmacher in Kunststoffen benutzt?

Nach umfangreichen Flußbettproben im Bereich der Stadt Offenburg nahmen sich die Analytiker die Klärschlämme sämtlicher lokaler Abwassereinleiter vor: mit dem Ergebnis, daß als Emittent die städtische Sammelkläranlage ermittelt wurde. Amtschef Binnemann: „Da standen wir nun vor unserem Heuhaufen". Über die Anlage entwässern außer den Industriebetrieben alle 8500 Rottweiler Haushalte, von denen theoretisch jeder als Verursacher in Frage kommen konnte.

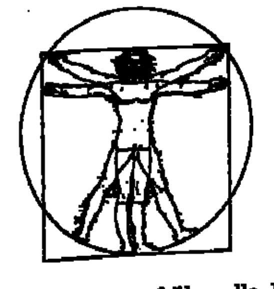
Nach einjähriger Suche (Betriebskontrollen, Produktionsstudien, Kontrolle von Lösungsmitteln, Schmierölen und Abwasserschlammproben) enthüllte sich des Rätsels Lösung: Die ungewöhnliche Chemikalien-Kombination war das ungewollte und unbewußte Nebenprodukt einer industriellen Fertigung. Es entstand bei der Behandlung von Aluminiumschmelze mit Chlorgas und gelangte dann mit dem Betriebsabwasser über die Kläranlage in den Fluß und somit in das Fischgewebe. Der Erfolg des Chemiker-Teams fand mit einem Zehnzeilenabschnitt im neuesten Jahresbericht der staatlichen Untersuchungsanstalt Erwähnung.

Das Offenburger Meisterstück hat zu der neuen Erkenntnis verholfen, daß bei bestimmten Schmelzvorgängen in Verbindung mit Chlorgas HCB entsteht, dessen 99prozentige Beseitigung in dem Rottweiler Betrieb jetzt durch eine Filteranlage sichergestellt ist. Der „Umweltkrimi" lieferte somit einen wichtigen Beitrag zur Aufdekkung unerkannter und unbeabsichtigter Umweltbelastungen. (dpa)

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Reparatur beendet

Schweinfurt (dpa) – Das nach einem Störfall abgeschaltete Kernkraftwerk Grafenrheinfeld bei Schweinfurt ist nach knapp einer Woche wieder in Betrieb. Nach Angaben der Bayernwerk AG ging der Reaktor bereits am vergangenen Samstag wieder ans Netz und er-



zeugt seit gestern früh volle Leistung. Der Störfall im nichtnuklearen Teil der Anlage, eine Undichtheit im Kühlwasserkreislauf des Generators, konnte mit einem neu entwickelten Reparaturverfahren beseitigt werden.

Mehr Raucherinnen

Hamburg (Reuter) – Immer mehr Frauen in der Bundesrepublik Deutschland greifen zur Zigarette. Nach einer gestern veröffentlichten Studie des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Verbands der Cigarettenindustrie hat sich die Zahl der Raucherinnen von 1965 bis 1983 von 4,7 Millionen auf rund 7,7 Millionen erhöht. Die Zahl der „qualmenden" Männer sank dagegen von 11,5 Millionen im Jahr 1965 auf schätzungsweise 9,6 Millionen.

Großes Fischsterben

Mainz (dpa) – Wie gestern das Mainzer Innenmisterium berichtete, ist in Saar und Mosel ein größeres Fischsterben festgestellt worden. Die Polizei von Saarburg fand Hunderte toter Brassen, Hechte und Rotaugen im Fluß und am Ufer. Auch in der Mosel in der Gegend von Schweich wurden tote Fische entdeckt. Aufklärung über das rätselhafte Fischsterben soll die Analyse von entnommenen Wasserproben ergeben.

Töne von der Laser-Harfe

Ein völlig neuartiges Musikinstrument kommt jetzt aus Frankreich: Die Laserharfe. Sie wird aus einem Bündel von 5-Watt-Lasern gebildet, die in 1/25 Sekunde von einer Öffnung zur anderen schwingen. Jeder Laserstrahl repräsentiert dabei eine bestimmte Note. Um nun einen definierten Ton zu erzeugen, unterbricht der „Musiker" den Laserstrahl mit der Hand und löst dabei einen photoelektrischen Sensor aus.



FOTO: FIZIT

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Raketenabwehr in Europa

„Wir brauchen eine Raketenabwehr in Europa": WELT vom 21. Juli

Der These des NATO-Oberbefehlshabers US-General Bernard Rogers möchte ich die Antithese entgegensetzen „Wir brauchen keine Raketenabwehr in Europa!"

General Rogers folgt in seiner Darstellung einer typisch militärischen Argumentation, daß man einem bestehenden Waffensystem des potentiellen Gegners mit einer Gegenwaffe begegnen muß. Dieser Denkansatz hat Jahrtausende lang die Strategien beherrscht. Häufig waren Abwehrsysteme nicht wirkungsvoll und selten haben sie Kriege vermieden.

Horst Jungmann, MdB, SPD

Zur Sicherheit gehört nicht nur die militärische Verteidigungsfähigkeit, sondern auch wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit für die Bevölkerung. Militärische Sicherheit wird nicht nur dadurch verstärkt, daß das eigene Potential erhöht wird, sondern auch dadurch, daß wir für Entspannung sorgen und rüstungskontrollpolitische Maßnahmen treffen. Beteiligung an kostspieligen Weltraumwaffen bringt die europäischen Staaten in die Gefahr, daß die Finanzen nicht mehr ausreichen, um das bewährte soziale Netz aufrechtzuerhalten. Viel ist auf diesem Gebiet schon geopfert worden, und das Risiko ist groß, daß wir es mit kostspieligen Investitionen in Weltraumwaffen total kaputtrüsten.

So notwendig es ist, daß die Politiker auf ihre militärischen Berater hören, so unabdingbar ist es auch, daß Oberbefehlshaber sich den übergeordneten politischen Zielen unterordnen und nicht immer wider den Stachel löcken und immer neue Forderungen aufstellen.

Das Gebot der Stunde ist nicht Aufrüstung, sondern Abrüstung! Selbst amerikanische Hardliner räumen ein, daß durch die Angebote Gorbatschows die Möglichkeiten zu einer kontrollierten Abrüstung noch nie so günstig waren wie heute. Wer in der Vielfalt aller Bemühungen um Entspannung, um vertrauensbildende Maßnahmen, um Reduzierung von nuklearen Waffen, um Ächtung der chemischen Kampfmittel und um Ausgewogenheit bei den konventionellen Waffensystemen mit neuen fantastisch dimensionierten Forderungen nach Waffensystemen querschießt, schadet der europäischen Sicherheit mehr, als daß er ihr gut tut!

Heftig widerspreche ich Rogers' Ansichten zu SDI (Weltraumwaffen) und dem frühen Einsatz nuklearer Waffen. Trotz aller Unkenrufe des NATO-Oberbefehlshabers ist ein Punkt hervorzuheben, bei dem er sich im Gegensatz zum deutschen Verteidigungsminister Wörner (CDU) befindet. Er sieht keine große Gefahr „in einem Angriff aus heiterem Himmel". In dieser Einschätzung scheint er sich in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu befinden!

Horst Jungmann, MdB, SPD
Stellvertretender Vorsitzender im Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik

*

Es ist dem NATO-Oberbefehlshaber General Rogers zu danken, daß er in dem Interview mit der Zeitung WELT erneut die Finger auf kritische Wunden legt. Zur Sicherung eines dauerhaften Friedens ist es erforderlich,

1. daß wir der aktuellen und künftigen Bedrohung durch die sowjetische Hochrüstung stets angemessen begegnen,

2. innerhalb des Bündnisses nicht zuzulassen, daß sich Zonen unterschiedlicher Sicherheit herausbilden,

3. daß Anstrengungen zur Abrüstung und Rüstungskontrolle mit den Staaten des Warschauer Paktes nicht die Säulen unserer Sicherheit unterminieren,



Willy Wimmer, MdB, CDU

4. daß wir gegenüber den Staaten des Warschauer Paktes die Eskalationsfähigkeit bewahren, um die Abschreckung zu erhalten beziehungsweise gegebenenfalls wiederherstellen zu können.

Wir teilen die Sorge des NATO-Oberbefehlshabers, daß sich eine neue Dimension der Bedrohung durch sowjetische Präzisionsraketen entwickelt.

Sorgen wir uns heute um die sogenannte nukleare Schwelle, so werden wir morgen erleben, daß diese sowjetischen Präzisionsraketen das Rückgrat unserer konventionellen Verteidigung so existentiell gefährden, daß bereits eine konventionelle Verteidigung per se unglaubwürdig ist und nicht verantwortet werden könnte.

Deshalb hat die Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auch mit Zustimmung der FDP und der SPD – in die Haushaltsberatung im Herbst 1985 den Antrag eingebracht, das Bundesministerium der Verteidigung mit der Erstellung eines entsprechenden Handlungskonzeptes zur Bekämpfung sowjetischer Präzisionsraketen zu beauftragen.

Was das Verbleiben amerikanischer Truppen auf dem europäischen Kontinent anbetrifft, können wir mit großer Zufriedenheit feststellen, daß wir den amerikanischen Bündnispartner in Europa in der Wahrnehmung seiner eigenen nationalen Interessen sehen. Daran dürfte sich auf Dauer nichts ändern.

Willy Wimmer, MdB, CDU
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Verteidigung

Kern der Sache

Enno von Loewensterns Betrachtung „Wahnwitz mit Methode" in der WELT vom 11. Juli ist hochaktuell: Vor allem der Zusammenhang von demagogischer Verführung und blutigem Terror.

Sein Hinweis auf Robert Jungk trifft den Kern der Sache. Dessen demagogisches Prinzip ist: „... daß wir eine neue Revolutionstheorie brauchen, daß wir neue Revolutionsstrategien brauchen, die sehr oft nicht mehr das direkte Angehen der Hindernisse, sondern deren Umgehung und die allmähliche Veränderung des Klimas, die allmähliche Durchsetzung neuer Gedanken bewirken.

Das ist nicht Reformismus, sondern das ist die Vorbereitung entscheidender Umbrüche. Revolution ist ein schrecklich abgebrauchter Begriff." (Qualität des Lebens, Band 8, EVA Frankfurt 1972).

Wer so leichtfertig von Revolution spricht und sie indirekt angehen will, der darf sich nicht darüber wundern, wenn man auch beim Kampf gegen den „Atomstaat" an die Revolution gegen unser gutes politisches System denkt.

Die Erinnerung an die dreißiger Jahre sollte uns vor allem dies lehren: Man darf nicht nachträglich die Kleinen hängen, sondern muß rechtzeitig den Demagogen auf die Finger klopfen!

Professor Dr. Karl Steinbuch, Ettlingen

Wort des Tages

» Endgültigkeit ist nicht die Sprache der Politik. «

Benjamin Disraeli, britischer Staatsmann (1804–1881)

Bundesaufsicht

„In Kartles Klauen": WELT vom 22. Juli

Sehr geehrter Herr Posny,

in Ihrem Bericht über die Prämienkalkulation in der Rechtsschutzversicherung ist ein Aspekt des Problems nicht hinreichend klar geworden.

Die Prämienkalkulation in der Rechtsschutzversicherung – wie in der Schaden- und Unfallversicherung allgemein – ist reine Unternehmersache; der Aufsichtsbehörde steht kein Recht zu, dabei mitzuwirken. (In der Lebens-, Kranken- und Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung ist das anders.) Das Amt ist da, wo es die Prämie nicht zu genehmigen hat, nur dann zum Handeln aufgerufen, wenn die dauernde Erfüllbarkeit der abgeschlossenen Versicherungsverträge nicht mehr gewährleistet erscheint.

Ein solcher Fall liegt derzeit erkennbar in der Rechtsschutzversicherung bzw. bei einzelnen Rechtsschutzversicherern nicht vor. Das Amt hat keinen Anlaß und auch kein Mandat, sich um die Details der Prämienkalkulation zu kümmern.

Wenn eine ganze Branche einheitlich kalkuliert oder zu praktisch einheitlichen Prämien kommt, dann ist der Konflikt dieser Branche mit dem Bundeskartellamt programmiert. Der Auftrag des GWB verbietet dem Bundeskartellamt, solche Fakten zu ignorieren. Es bringt pflichtgemäß das Verwaltungsverfahren in Gang und klärt den Sachverhalt. Im Bereich des Versicherungswesens kann die von ihm zu erlassende Mißbrauchsverfügung dann allerdings nur im Einvernehmen mit der Versicherungsaufsichtsbehörde ergehen.

Hätte im konkreten Fall das Bundeskartellamt beim Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen um das Einvernehmen zum Erlaß einer Mißbrauchsverfügung nachgesucht, das Einvernehmen wäre erteilt worden. Das Bundesaufsichtsamt hätte sich nicht „gewehrt", wie Sie irrtümlich schreiben. In diesem Bereich gibt es keine trennenden Gräben zwischen den beiden Ämtern.

Es ist selbstverständlich, daß sich jede seriöse Beitragskalkulation auf solide Statistiken über Risiken und Schäden stützen muß. Und es dürfte auch jedem einleuchten, daß zum Gelingen solcher Statistiken (fast) alle Versicherungsunternehmen einer Branche beitragen müssen.

Die Versicherungsaufsicht wird daher stets die Bestrebungen unterstützen, aussagefähige Branchenstatistiken zu erarbeiten und sie den Unternehmen als Kalkulationsgrundlage zur Verfügung zu stellen.

Was wäre, wenn nun das einzelne Unternehmen die Kalkulation seiner Beiträge in eigener Verantwortung ausführte, ohne daß ihm die Hand geführt wird? Würde nicht dann eine Situation entstehen, an der auch das Bundeskartellamt Gefallen finden könnte?

Mit freundlichen Grüßen
Horst Macht,
Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen, Berlin 15

Personen

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Dieter E. Lange**, Direktor der Klinik und Poliklinik für Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten und Leiter der Abteilung für Parodontologie der Universität Münster, wurde zum Mitglied der Kommission „Periodontal Health Services" der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gewählt.

*

Professor Dr. **Fritz Poustka**, Leiter der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie innerhalb der Psychiatrischen und Nervenklinik der Universität Münster, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Kinder- und Jugendpsychiatrie an der Johann-Goethe-Universität Frankfurt am Main erhalten.

*

Der wissenschaftliche Mitarbeiter der Firma Hewlett-Packard aus Palo Alto in den USA, Dr. **Gottfried Döhler**, ist zum Professor auf den Lehrstuhl für Technische Physik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg ernannt worden. Gleichzeitig wurde er zum Mitglied der Leitung des Instituts für Technische Physik bestellt.

KIRCHE

Aus Anlaß des 300. Todestages des dänischen Forschers und späteren Weihbischofs in Hamburg und Schwerin, Niels Stensen, begeht das Bistum Osnabrück am Samstag, den 23. August, in Lübeck den Nordischen Katholikentag. Der „kleine Katholikentag" wird mit einem Pontifikalamt eröffnet, das der Bischof von Osnabrück, **Helmut Hermann Wittler**, feiert. Schon am Vorabend will der Bischof von Kopenhagen, **Hans L. Martensen**, über das Thema „Niels Stensen – ein Forscher entdeckt die Kirche" sprechen. Das Katholikentreffen, bei dem der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), **Hans Maier**, die Hauptrede halten wird, soll die Diskussion um das Verhältnis zwischen Glaube und Naturwissenschaft sowie die Partnerschaft der katholischen Kirche in Hamburg und Schleswig-Holstein mit den skandinavischen Gemeinden beleben.

EHRUNGEN

Der Präsident des Europäischen Parlaments, der Franzose **Pierre Pflimlin**, wird als dritter Politiker Europas mit der „St.-Liborius-Medaille für Einheit und Frieden" ausgezeichnet. Das gab der Erzbischof von Paderborn, **Johannes Joachim Degenhardt**, der die Medaille 1977 stiftete, auf einem Empfang aus Anlaß der 1150-Jahr-Feier der Übertragung der Reliquien des Heiligen Liborius von Le Mans nach Paderborn bekannt. Als Erster erhielt der frühere belgische Premier- und heutige Außenminister **Leo Tindemans** die Medaille. Ihm folgte der Präsident des Vatikanischen Sekretariats für die Einheit der Christen, Kardinal **Jan Willebrands**. Der 79jährige Pflimlin wird die Medaille, mit der Persönlichkeiten ausgezeichnet werden, die sich um die Einheit Europas auf der Grundlage christlicher Prinzipien verdient gemacht haben, am 26. Oktober in Paderborn von Erzbischof Degenhardt überreicht bekommen.



Pierre Pflimlin

Die frühere WELT-Korrespondentin bei den Vereinten Nationen in New York, **Gitta Bauer** (66), erhält heute in der israelischen Botschaft in Bonn vom israelischen Botschafter **Yitzhak Ben Ari** die Medaille „Gerechte der Völker". Die gleiche Auszeichnung erhält ihre Schwester **Maria Schwelien** posthum. Gitta Bauer und Maria Schwelien haben diese Ehrungen von **Yad Vashem**, der israelischen Forschungs- und Gedenkstätte in Jerusalem, die sich mit dem Schicksal der Juden in Europa während des Zweiten Weltkrieges beschäftigt, verliehen bekommen. Die beiden Schwestern hatten 1944/45 in Berlin die damals 21jährige Jüdin **Ilse Baumgart** versteckt. Ilse Baumgart, heute verheiratete **Moslé**, die in Berlin lebt, wird an der Ehrung in Bonn teilnehmen.

Gitta Bauer

*

Kurt Schoop (65), langjähriger Vorsitzender der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH, heute Aufsichtsratsmitglied, ist von König **Baudouin I.** zum Ritter des Belgischen Kronenordens ernannt worden (Chevalier de l'Ordre de la Couronne). Überreicht wurde die Auszeichnung vom belgischen Generalkonsul in Nordrhein-Westfalen, **Vicher Clement Nijs-van Elsen**. Kurt Schoop wird damit für seine Verdienste um die Förderung der belgischen Wirtschaft geehrt. Belgien gehört zu den wichtigsten Besucherländern der Düsseldorfer Fachmessen.

GEBURTSTAGE

Der Vizepräsident der Ärztekammer Niedersachsen, Professor Dr. **Werner Stucke**, Arzt für Neurologie und Psychiatrie-Psychotherapie, feiert heute seinen 65. Geburtstag. Professor Stucke, der seit 1972 bis zum Monatsende die Nervenklinik Langenhagen der Stadt Hannover leitet, hat sich als Arzt, Wissenschaftler und Standespolitiker verdient gemacht. Seit 1954 ist er Mitglied des Landesvorstandes des Marburger Bundes und führt seit 1962 in ununterbrochener Folge als Landesvorsitzender den Landesverband Niedersachsen des Marburger Bundes.

*

Dr. **Dieter Claessens**, Professor für Soziologie, feiert am Samstag in Berlin seinen 65. Geburtstag. Claessens, der mit der Dissertation „Status als entwicklungssoziologischer Begriff" promovierte, lehrt seit 1960 an der Universität Münster und an der Freien Universität Berlin. Von 1974 bis 1978 war er Rektor der Berliner Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. „Rolle und Macht", „Kapitalismus als Kultur" und „Gruppenprozesse" sind nur einige Beispiele seiner zahlreichen Publikationen.

VERANSTALTUNG

Der Staatssekretär des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, **Ludwig A. Rehlinger**, eröffnet am Freitag im Foyer des Stadthauses Bonn eine Ausstellung über die Berliner Mauer. Sie wird anläßlich des 25. Jahrestages der Errichtung der Berliner Mauer gezeigt und ist bis zum 14. August zu besichtigen. Die Ausstellung vermittelt mit rund 100 Fotomotiven des Fotojournalisten **Uwe Gerig** einen nachdenklich stimmenden Eindruck vom heutigen Gesicht der Mauer in Berlin.

Städte markieren Grenzen bei den Partnerschaften

Kommunen der „DDR" können nicht selbständig handeln

HH, Bonn

Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath, hat an die „DDR" appelliert, Partnerschaftswünsche und freien Austausch der Bürger in breitem Rahmen zu ermöglichen. Sie solle freizügige Kommunalkontakte in der gleichen Weise zulassen, wie dies seit Kriegsende in nunmehr rund 5 600 Kommunalpartnerschaften in Westeuropa möglich sei.

Bernrath erklärte gestern auf einer Pressekonferenz in Bonn, daß rund 300 Städte, Gemeinden und Landkreise in der Bundesrepublik ihr Interesse „an partnerschaftlichen Beziehungen" durch entsprechende Ratsbeschlüsse dokumentiert hätten. Er erinnerte an die KSZE-Schlußakte, in der sich die Teilnehmerstaaten zum Ziel gesetzt haben, freiere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver Grundlage zu erleichtern.

Bernrath ließ in der Pressekonferenz Kritik an der Städtepartnerschaft zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis anklingen, die er allenfalls als „Anfang akzeptieren" könne. Die Bezeichnung „Pilotprojekt" begrüßte er ausdrücklich. Der Städte- und Gemeindebund wolle spontane und nicht reglementierte Begegnungen fördern. Nicht nur Funktionäre sollten reisen. Partnerschaften bestünden vielmehr im regen Austausch von Bürgern und bürgerschaftlichen Gruppen der miteinander verbundenen Städte.

Verträge der Gemeinden könnten diese Partnerschaft nicht ersetzen, sondern bildeten „nur einen hilfreichen Rahmen". Bernrath erinnerte in diesem Zusammenhang an die geringen Möglichkeiten der Städte und Gemeinden der „DDR". Sie seien, „keine selbständig handelnden Organisationsteile einer einheitlichen Staatsgewalt". Von der politischen Spitze in der „DDR" sei jedoch „keine Unterstützung zu erwarten". In Verhandlungen über den Abschluß von Partnerschaften werde zudem immer wieder der Verzicht auf Veranstaltungen in Berlin gefordert. Das stehe für den Städte- und Gemeindebund „nicht zur Debatte".

Den Städten und Gemeinden empfiehlt der Verband, deutsch-deutsche Kontakte von Jugendgruppen und Schülern zu fördern. Das diene auch der Vertiefung nicht nur der zwischenmenschlichen Beziehungen, sondern auch des Bewußtseins der Einheit der deutschen Nation.

Zeitverträge brachten mehr Arbeitsplätze

HH, Bonn

Die Änderung des Beschäftigungsförderungsgesetzes hat zur Schaffung neuer Arbeitsplätze geführt. Das ergab eine Umfrage der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, an der sich 2 264 Unternehmen mit 1,7 Millionen Beschäftigten aus 16 Wirtschaftszweigen beteiligt haben. Fast drei Viertel der Betriebe haben bis Ende vergangenen Jahres von der seit dem 1. Mai 1985 bestehenden Möglichkeit Gebrauch gemacht, Arbeitnehmer befristet einzustellen. Fast die Hälfte der Arbeitsverträge auf Zeit habe der Vergrößerung des Personalbestands gedient.

Hauptmotive für derartige Verträge seien zeitlich begrenzter, zum Beispiel saisonaler Arbeitskräftebedarf (60,5 Prozent) und die Ungewißheit künftiger Entwicklungen (33,6 Prozent). Die Betriebe, so der Verband, „haben das Beschäftigungsförderungsgesetz also in dem Sinne genutzt, mehr Arbeit nicht durch Überstunden, sondern durch Einstellungen zu bewältigen". Zusätzlich öffne die Befristung auch das Tor zu einem Dauerarbeitsverhältnis. Schon zum Zeitpunkt der Befragung beabsichtigten die Betriebe, ein Viertel der befristeten in unbefristete Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Im Gesamtschulstreit nimmt die CDU den Kanzlerkandidaten Rau ins Visier

Staatssekretär Pfeifer zur WELT: Ministerpräsident beugte sich dem Druck der Linken

CHRISTIAN GEYER, **Düsseldorf**

Die Radikalisierung der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen ist nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bildungsministerium, Anton Pfeifer (CDU), als „ein deutliches Zeichen der Schwäche" von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) zu werten. Rau habe sich dem Druck bestimmter Kreise in der SPD-Landesfraktion gebeugt, als er auf der jüngsten Sondersitzung des Schulausschusses in Düsseldorf die „Kehrtwendung zum aggressiven Gesamtschulkurs" mitvollzog. Das lasse auch Rückschlüsse auf das politische Durchsetzungsvermögen Raus als Kanzlerkandidat zu, sagte Pfeifer gegenüber der WELT.

Volksbegehren

Rau hatte sich am Samstag hinter die verfassungsrechtlich bedenkliche Entscheidung von Kultusminister Hans Schwier gestellt, in Dormagen die Gesamtschule zu erzwingen. Gegen diese Entscheidung erwägt die CDU-Fraktion nunmehr die Unterstützung eines Volksbegehrens (WELT vom 28. Juli). Mit seiner Rükkendeckung für Schwier habe sich der Ministerpräsident gegen die Mehrheit der Eltern gestellt, selbst wenn er sich wie Schwier verbal als „Anwalt der Eltern" hinstelle, sagte Herbert Reul, der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Landtag. Mit der Einführung einer einzigen Gesamtschule, für die lediglich 112 Anmeldungen erforderlich seien, werde nämlich gleichzeitig hunderten von Eltern ihr Recht zur freien Schulwahl bestritten.

Gegenwärtig gibt es im Lande 81 Gesamtschulen, von denen 64 noch im Aufbau sind. In den nächsten fünf Jahren sollen nach Schätzung der CDU noch einmal so viele Gesamtschulen hinzukommen. Das aber bedeute bei sinkenden Schülerzahlen die Vernichtung von 500 Schulen des gegliederten Systems. Damit würde die Gesamtschule die drei bestehenden Schultypen nicht mehr, wie ursprünglich vorgesehen, „ergänzen, sondern ersetzen".

Die Konsequenz sei, so Reul, daß etliche Schulkinder zu einem weiteren Schulweg gezwungen würden und zahlreiche Lehrer zwangsversetzt würden. Entscheidend seien jedoch die inhaltlichen Bedenken, für die immer mehr Eltern sensibilisiert seien. Statt den Kindern beizubringen, „mit Leistung umzugehen", würden die leistungsfähigen Schüler in der Gesamtschule unterfordert, die schwächeren jedoch überfordert.

Als besonders „kinderfeindlich" wertete Reul die Utopie der wertneutralen Erziehung. Das pädagogische Konzept der Gesamtschule verzichte unter der Fahne des gesellschaftlichen Pluralismus auf Werte, „ohne die unsere pluralistische Gesellschaft jedoch zum Scheitern verurteilt ist".

Erzwungene Entscheidung

Bestimmte Werte, die überdies verfassungsrechtlich geschützt seien, hätten Gültigkeit „unabhängig von der Pluralität der Meinungen". Dieser Gesichtspunkt komme bei der pädagogischen Ausrichtung der Gesamtschule von vornherein zu kurz.

Im übrigen habe der Fall Dormagen einmal mehr gezeigt, daß Schwier in seiner Partei die traurige Rolle einer „Marionette" spiele. Er werde von radikalen Bildungspolitikern im Umfeld von Manfred Dammeyer (SPD) zu Entscheidungen gedrängt, die seiner persönlichen Auffassung „offensichtlich widersprechen", wie beispielsweise aus der Kabinettsvorlage zum Dormagener Beschluß deutlich werde (WELT v. 26. 7.).

Veba-Chef: Kalkar und Wackersdorf ohne Zeitdruck

dpa, **Bonn**

Mit der Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar und mit dem Baubeginn in Wackersdorf sollte bis nach den Bundestagswahlen im Januar gewartet werden. Dafür hat sich der Chef des Energiekonzerns Veba, Rudolf von Bennigsen-Foerder, ausgesprochen. Zur Frage der künftigen Energieversorgung brauche man einen „breiten Konsens" in Politik und Gesellschaft, sagte er der Zeitschrift „Bonner Energie-Report". Bei den Entscheidungen für oder gegen eines dieser Projekte stehe man nicht unter Zeitdruck. Wenn die grundsätzliche Frage Pro und contra Kernenergie ausdiskutiert werde, sei „eine gewisse Verzögerung sicherlich zu verantworten". Der Chef der Veba – sie ist zweitgrößter Atomstromproduzent der Bundesrepublik Deutschland – sagte, durch Tschernobyl habe „die Glaubwürdigkeit der Atomindustrie gelitten". Die Energiewirtschaft habe jedoch schon in der Vergangenheit den Fehler gemacht, „Totschlagargumente" wie „sonst gehen die Lichter aus" zu benutzen. Sie müsse nun verdeutlichen, daß der Weg in die Kernenergie technisch, sozial und ethisch zu verantworten sei. Allerdings habe die Kernenergie „wie jede Technologie irgendwo ihr Ende", sobald bessere Alternativen vorlägen.

FDP: Sanktionen sind kein geeignetes Mittel in der innerdeutschen Politik

Auch Bundesregierung will die „DDR" nicht über den Ost-Handel unter Druck setzen

dpa/rtr, **Bonn**

Die Freien Demokraten haben den Überlegungen innerhalb der Union, Ost-Berlin durch Wirtschaftssanktionen zu einer Änderung seiner Haltung in der Asylantenfrage zu veranlassen, eine Absage erteilt. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann erklärte gestern, derartige Maßnahmen könnten kein Mittel der Außenpolitik und erst Recht nicht der innerdeutschen Politik sein. Auch gegenüber der „DDR" gelte die grundsätzliche Haltung der FDP, daß der Erfolg von Wirtschaftssanktionen fraglich sei und diese zudem die Gefahr in sich trügen, die Falschen zu treffen.

Auch die Bundesregierung denkt nach Angaben von Regierungssprecher Norbert Schäfer nicht daran, den innerdeutschen Handel als Druckmittel in der Asylfrage einzusetzen. Kohl habe zwar von einem unhaltbaren Zustand gesprochen. Schäfer fügte jedoch hinzu: „Generell ist nicht an Maßnahmen gedacht, die die Rechtsgrundlage des innerdeutschen Handels berühren."

Der deutschlandpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Eduard Lintner, konkretisierte gestern im Deutschlandfunk (Köln) die vom Fraktionsvorsitzenden Alfred Dregger in der WELT angekündigten „geeigneten Gegenmaßnahmen". Dregger habe in erster Linie an Bereiche gedacht, wo keine vertraglichen Verpflichtungen vorlägen, so an die Quasi-EG-Mitgliedschaft der „DDR" und die Mehrwertsteuervergünstigung.

Lintner präzisierte auch den Vorschlag des Vorsitzenden der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, der sogar Verträge zwischen beiden deutschen Staaten infrage gestellt hatte. Waigel habe an die „Vielzahl von Verträgen gedacht, die uns zu Zahlungen an die DDR verpflichten", wie das Transitabkommen.

Der CSU-Politiker räumte zugleich ein, daß bei einer Einschränkung der wirtschaftlichen Vorteile aus der Quasi-EG-Mitgliedschaft der „DDR" politische Probleme entstünden, da man ja weiterhin von einer deutschen Staatsangehörigkeit ausgehe. „Da müßte ein Ausweg gefunden werden, der einerseits den grundsätzlichen Standpunkt wahrt... und andererseits diese Vergünstigung zumindest zeitweise für die DDR zur Disposition stellt." Lintner fragte auch, ob mit derartigen Maßnahmen der Zustrom von Asylbewerbern über die „DDR" in die Bundesrepublik tatsächlich unterbrochen werden könne.

Das Bundeswirtschaftsministerium in Bonn denkt nach den Worten seines Sprechers Dieter Vogel nicht über wirtschaftliche Sanktionen gegen die „DDR" nach. Er verwies darauf, daß die Handelsbeziehungen mit Ost-Berlin vertraglich geregelt seien. Dies gelte insbesondere für die Praxis, den innerdeutschen Handel als Binnenhandel zu betreiben, für den es beispielsweise keine Zölle gebe.

Auch die Möglichkeit der „DDR", auf dem westdeutschen Markt mit anderen EG-Ländern in gleichberechtigte Konkurrenz zu treten, ist nach den Worten Vogels vertraglich festgelegt. Ein entsprechendes Protokoll sei Bestandteil des EWG-Vertrages, dessen Änderung nicht nur Monate dauern würde, sondern von Bonn auch nicht gewünscht werde.

Vogel verwies im übrigen auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der „DDR", in dem es heiße, daß der Handel mit der „DDR" im Zuge der Fortentwicklung der innerdeutschen Beziehungen kein Außenhandel werden dürfe. Er hob auch hervor, daß mit der „DDR" ein Vertrag über den zinslosen Überziehungskredit im innerdeutschen Handel (Swing) abgeschlossen worden sei.

EKD: Schnelleres Asyl-Verfahren

idea, **Berlin**

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) lehnt eine Grundgesetzänderung im Zusammenhang mit der Asylantenfrage ab. Dem Mißbrauch des Asyls müsse aber gewehrt werden, heißt es in einer Stellungnahme des Rates der EKD. Der Rat, das oberste Leitungsgremium der EKD, tritt für eine Beschleunigung und „administrative Straffung" der Anerkennungsverfahren ein, damit „Asylbewerber, die keinen Rechtsgrund zum Verbleiben haben, unverzüglich in ihre Heimatländer zurückkehren". Um zu verhindern, daß Menschen aus „asylfremden" Gründen eingeschleust werden, sollten „alle rechtlichen und politischen Mittel ausgeschöpft werden". Der Rat der EKD warnt ferner vor einer „einseitig national orientierten Asylpolitik". Sie werde den weltweiten Flüchtingsproblemen nicht gerecht. Die Bundesrepublik Deutschland solle „ihren Einfluß geltend machen, um internationale Lösungsansätze voranzubringen und auch zwischen den europäischen Ländern zu einer gerechten Lastenteilung zu kommen".

Hessen plant Verbot verbleiten Benzins

dap, **Wiesbaden**

Hessen will im Bundesrat ein Verbot verbleiten Normalbenzins beantragen. Die rot-grüne Landesregierung werde voraussichtlich im August über eine entsprechende Vorlage von Umweltminister Joschka Fischer (Die Grünen) beraten, teilte Fischers Pressesprecher Georg Dick gestern in Wiesbaden mit. Für den Fall, daß die Verbotslösung nicht angenommen werde, komme auch eine zusätzliche steuerliche Begünstigung bleifreien Kraftstoffs in Betracht.

Dick begründete die hessischen Pläne damit, der Straßenverkehr sei die „größte Bleischleuder" in der Bundesrepublik. Die Motoren belasteten die Umwelt jährlich mit rund 3 500 Tonnen des Schwermetalls. Erschwerend komme hinzu, daß der Schadstoff in Atemhöhe von Menschen und Tieren ausgestoßen werde. Das bleihaltige Normalbenzin habe in der Bundesrepublik einen Anteil von 40 Prozent an allen verkauften Vergaserkraftstoffen. Ergänzend erklärte er, daß viele Kraftfahrer nach wie vor den bleihaltigen Treibstoff benutzten, obwohl ihre Autos auch den umweltfreundlicheren Sprit vertrügen.

Putschisten sollen vor Gericht

dpa, **Manila**

Die philippinische Regierung hat gestern bekanntgegeben, daß die Führer des mißlungenen Putschversuches gegen die Regierung von Präsidentin Corazon Aquino vom 6. Juli wegen Aufruhrs vor Gericht gestellt werden sollen. Präsidentin Aquino sagte, „die Grenzen wohlwollenden Regierens" seien erreicht. Zu den Putschisten gehören der ehemalige Außenminister Arturo Tolentino, fünf ehemalige Parlamentsabgeordnete und 15 hohe Offiziere. Tolentino hatte sich während des Aufruhrs zum „amtierenden Präsidenten" erklärt. Durch die angebliche Berufung von Verteidigungsminister Enrile in sein „Rebellenkabinett" hatte er für Aufregung gesorgt. Enrile, früher ein treuer Marcos-Anhänger, hatte sich wiederholt kritisch mit der neuen Regierungspolitik auseinandergesetzt, jedoch immer seine Loyalität zur Präsidentin betont. Unterdessen befahl Frau Aquino den Polizeibehörden, „Marcos-Loyalisten" festzunehmen, die während einer gewalttätigen Demonstration am Sonntag einen Parteigänger der Präsidentin gelyncht hatten.

Dithmarschen baut und betreibt ersten Windpark

HH, **Bonn**

Forschungsminister Heinz Riesenhuber hat gestern entschieden, den ersten deutschen Windpark vom Kreis Dithmarschen erbauen und betreiben zu lassen. Das Ministerium übernimmt 50 Prozent der Kosten. Insgesamt werden rund vier Millionen Mark für die erste Ausbaustufe kalkuliert. Die Energieerzeugungskapazität beträgt etwa ein Megawatt.

Riesenhuber will damit den Leistungsstand der deutschen Windtechnologie heben und das Vertrauen in die Zuverlässigkeit dieser jungen Technik verstärken. Im Januar wurde ein Förderprogramm für einen ersten deutschen Windpark veröffentlicht. An der Ausschreibung hatten sich zwanzig Bewerber beteiligt. Darin sieht der Forschungsminister das „hohe Interesse an dieser Energietechnik und die Bereitschaft der Energiewirtschaft, Innovationsrisiken einzugehen".

Die Auswahlkriterien bei der Entscheidung waren höchstmögliche Ausschöpfung der erzielbaren Wirtschaftlichkeit, windgünstiger Standort, zuverlässige Technik, günstige infrastrukturelle Bedingungen und gute organisatorische Einbindung in die Energiewirtschaft.

Windenergie sei eine „ernstzunehmende Möglichkeit, erneuerbare Energiequellen zu nutzen", betont Riesenhuber. Der großen Umweltfreundlichkeit stünden jedoch immer noch hohe Investitionskosten gegenüber. Für die Bundesrepublik Deutschland sei 1984 in einem wissenschaftlichen Gutachten ein wirtschaftliches Potential von etwa 12 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE), also rund drei Prozent des Primärenergieverbrauchs, errechnet worden. Davon könnten bis zum Jahre 2000 etwa 15 Prozent ausgeschöpft werden.

Der CDU-Abgeordnete Dietrich Austermann (Wahlkreis Dithmarschen-Süd) hat die Entscheidung Riesenhubers begrüßt. Dadurch erhalte die Westküste Schleswig-Holsteins die Chance, „beispielhaft mit deutscher Technologie zu werben und Entwicklungsland für eine noch zu entwickelnde Industrie zu werden". Austermann sieht darin auch einen „Hoffnungsschimmer für neue Arbeitsplätze". Er forderte, das Verstromungsgesetz zu ändern, damit die alternativen Energien nicht mit dem Kohlepfennig „bestraft" werden.

Solarwirtschaft droht mit Stopp der Energieforschung

Bundesverband beklagt mangelnde finanzielle Unterstützung

EBERHARD NITSCHKE, **Bonn**

Die im „Bundesverband Solarenergie" (BSE) zusammengeschlossenen deutschen Unternehmen wollen ihre Forschung auf dem Gebiet „erneuerbarer Energieträger" aufgeben, wenn die Bundesregierung ihr Interesse an Photovoltaik, Solarthermik, Umweltwärme, Windenergie, Biomasse und solarem Wasserstoff nicht durch hinreichende Fördermittel bekundet.

Dies erklärte in Bonn der BSE-Vorsitzende Bernd Stoy anläßlich der Vorlage statistischer Zahlen, die für die Jahre bis 1988 darlegen, daß die Fördermittel des Bundesministeriums für Forschung und Technologie in diesem Zeitraum mit Ausnahme der Photovoltaik (der direkten Umwandlung von Sonnenlicht in Elektrizität) und eines winzigen Restes bei der Solarthermik auf Null gebracht werden. Nachdem das Ministerium auf eine erste Beschwerde des Bundesverbandes im Juni auf einen Gesamtbetrag von 658 Millionen Mark verwiesen hatte, die als Fördermittel für diesen Sektor 1986 gegeben würden, stellte Stoy fest, daß das tatsächliche Finanzierungsvolumen von 157 Millionen Mark im Jahre 1982 jetzt auf 85 Millionen Mark abgerutscht sei. Dies gehe auch aus einer Aufstellung hervor, die das Forschungsministerium am 23. Mai veröffentlicht habe.

Es habe allerdings den Anschein, daß jetzt Forschungsminister Riesenhuber „unter dem Eindruck der öffentlichen Diskussion" nach der Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk Tschernobyl wieder mehr Mittel bereitstellen wolle, vor allem aber die Markteinführung alternativer Energien durch steuerliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit anderen Ministerien unterstützen wolle.

Kontinuierliche Strategie

Grundlage für einen „nennenswerten Beitrag" der erneuerbaren Energie zur Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland „und in sonnenreichen Ländern" könne nur eine langfristig angelegte, kontinuierliche Strategie in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Markteinführung sein. Selbst Firmen wie Siemens, Bosch, Dornier oder Hoechst müßten aber die Segel streichen, wenn ihnen Eigenanteile von 50 Prozent auf diesem Felde zugemutet würden.

Der Bundesverband Solarenergie fühle sich in seinen grundsätzlichen Überlegungen unterstützt, zumal sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Helmut Kohl für eine stärkere Berücksichtigung der erneuerbaren Energieträger ausgesprochen hätten.

Nach den Vorstellungen des BSE müßten bis 1992 rund drei Milliarden Mark aufgewendet werden, damit bis zum Jahr 2000 etwa neun bis zwölf Prozent des Energiebedarfs der Bundesrepublik durch „erneuerbare Energien" gedeckt werden könnten.

Photovoltaik unterstützen

Besonders notwendig sei die Forschungsunterstützung bei der Photovoltaik, wo die USA 50 Prozent und Japan 38 Prozent des Weltmarktanteils (bei bis zu 120prozentigem Jahreswachstum) innehätten. Zur Markteinführung verwiesen Sprecher des BSE auf Schweden, wo durch Steuernachlaß und den Energiepreis rund 20 000 Heizungs-Wärmepumpen pro Jahr neu installiert würden, während die Vergleichszahl für das Bundesgebiet bei nur 2000 bis 3000 liege.

Im Gegensatz zu der Beschwerde des Bundeverbandes hat der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Lenzer, darauf hingewiesen, daß verschiedene Projekte der erneuerbaren Energiequellen, die der BSE gefördert sehen wolle, Techniken umfasse, die erforscht seien, wozu vor allem die Wärmepumpe gehöre. Von der Bundesregierung sei zu ihrer Markteinführung eine 7,5prozentige steuerliche Zulage für die gewerbliche Wirtschaft eingeführt worden. Lohn- und Einkommensteuerpflichtige hätten die Möglichkeit, zehn Jahre lang jährlich zehn Prozent von den Investitionskosten steuerlich geltend zu machen. Hinzu kämen noch Zuschußmöglichkeiten in einzelnen Bundesländern. Vergleichbare Beiträge seien bisher von seiten der Energieversorgungsunternehmen nicht geleistet worden.

Der Parlamentarische Staatssekretär im Forschungsministerium, Albert Probst, stellte zu der Diskussion fest, im Bereich der Kernforschung gebe es eine spezielle steuerliche Förderung der Nachfrage nicht, „weil die entwickelte Technologie längst ihren wirtschaftlichen Durchbruch erreicht hat".

FECHTEN / Deutsche Erfolge bei der Weltmeisterschaft in Sofia: Gold- und Silbermedaille

Anja Fichtel und Sabine Bau – zwei Teenager mit 17 Jahren schon am Ziel aller Träume

ANDREAS SCHIRMER, **Sofia**

Die Medaillen hängten sie über das Bett, um beim Aufwachen gewiß zu sein, daß es kein Traum war. In Zimmer 1215 des Nobelhotels „Vitocha" löschten Anja Fichtel und Sabine Bau aber erst im Morgengrauen das Licht, rannten kreuz und quer durch die Flure und ließen sich bei prickelndem Sekt feiern. Kein Wunder, daß keine Müdigkeit trotz des anstrengenden und kräftezehrenden Turniers aufkommen wollte, denn die beiden Tauberbischofsheimer Teenager hatten am Sonntagabend die Fecht-Welt auf den Kopf gestellt und Gold und Silber gewonnen.



Das Glück der Freundinnen oder: Geteilte Freude ist doppelte Freude. Anja Fichtel (links) gewann Gold, Sabine Bau holte Silber. FOTO: DPA

„Ein Wahnsinn, ich bin Weltmeisterin", juchzte Anja Fichtel (17), die als jüngste Titelgewinnerin aller Zeiten in die WM-Geschichte eingehen wird, nach ihrem 8:3-Sieg über die gleichaltrige Sabine Bau. Sie ist nach der legendären Helene Mayer (WM 1928, 1929, 1931), Heidi Schmid (1960, 1961) und Cornelia Hanisch (1979, 1981, 1985) die vierte deutsche Weltmeisterin.

Schon gleich am Tag nach ihrem größten Erfolg richtete Anja Fichtel den Blick nach vorne: „Selbstverständlich werden mich jetzt alle schlagen wollen. Aber olympisches Gold in zwei Jahren in Seoul, das wäre schon Spitze."

Der Aufstieg von Anja Fichtel zur Weltklasse-Fechterin ist im Fechtsport ohne Parallele, und wie sie den WM-Titel erfocht erst recht. Denn ihr Halbfinalkampf gegen Olga Vochtchakina wird Eingang finden in das Kurositätenkabinett des Fechtens. Es begann mit einer Katastrophe für Anja Fichtel, die Treffer um Treffer kassierte und fast aussichtlos mit 1:7 zurücklag. Doch plötzlich fand auch die deutsche Florettdame mit ihrer Waffenspitze den Weg auf die Brokatweste der Sowjetrussin, holte bis 5:7 auf, profitierte von einem Straftreffer, den ihre Gegnerin erhielt, und gewann noch mit 8:6. „Ich hätte nicht geglaubt, daß ich gewinnen werde. Weitergefochten habe ich nur, um mich nicht zu blamieren", bekannte Anja Fichtel.

Seit ihrem neunten Lebensjahr trainiert sie unter der Regie von Olympiasieger Alexander Pusch. „Er muß ausgeflippt sein, als er von meinem Sieg hörte", berichtet Anja Fichtel. Degen-As Pusch erlebte den Triumph seiner Schülerin aus der Ferne, da er erst am Montag in Sofia eintraf. Pusch führte sie behutsam, aber rasant in die Weltspitze. 1979 bestritt die angehende Reisekauffrau ihr erstes Turnier, und bereits 1985 gewann sie die Junioren-Weltmeisterschaft und den Nachwuchs-Weltcup. Außerdem stand der stupsnasige Blondschopf schon im letzten Jahr an der Seite von Cornelia Hanisch im WM-Goldteam. „Sie könnte Connys Nachfolgerin werden. Aber sie wird nicht immer auf dem Thron sitzen", meint Damen-Bundestrainer Horst-Christian Tell.

Nicht minder spektakulär und sensationell ist die Vize-Weltmeisterschaft von Sabine Bau. „Ich bin so glücklich, Zweite zu sein", freute sich das 1,80 Meter große Florett-Talent, das in dieser Saison wie eine Rakete in den Fechter-Himmel geschossen ist. Ihre Erfolgsbilanz weist bisher nur eine Silbermedaille bei den deutschen Meisterschaften und einen fünften Platz beim Weltcup-Turnier in Göppingen auf.

Zum Fechten kam Sabine Bau erst, nachdem sie im Ballett und beim Turnen erste Bewegungserfahrungen gemacht hatte. Trainiert wird die Gymnasiastin von Ruth Osyczka, die sie auch treffend charakterisiert: „Sie ist ein träumerischer Typ. Allerdings, wenn sie aufwacht, kämpft Sabine wie eine Löwin." Dies will Sabine Bau auch in Zukunft tun. Den Fehdehandschuh hat sie ihrer Freundin Anja Fichtel hingeworfen: „Ich werde versuchen, mich zu revanchieren, wann immer es geht."

Das Teenager-Duo ist ein typisches Produkt der Tauberbischofsheimer Medaillenschmiede, dessen Renner zur Zeit die Florettdamen sind. „Wir haben noch eine ganze Reihe talentierter Mädchen", erklärt Chef-Bundestrainer Emil Beck. Anja Fichtel beschreibt das Erfolgsgeheimnis der Fecht-Firma „TBB" so: „Es wird keine Rücksicht darauf genommen, ob jemand 15, 17 oder 20 Jahre alt ist. Jeder muß sein Pensum erfüllen, das ist knallhart."

Die Titelprämie von 10 000 Mark will Anja Fichtel gerne sparen, Sabine Bau möchte ihre 7500 in ihr Hobby „Reisen" investieren. Sobald sie 18 ist, darf sie auch mit einem Auto rechnen, denn durch den Erfolg von Sofia winkt ihr die Optimalförderung der Sporthilfe, die Anja Fichtel bereits erhält. Witzelte Bundestrainer Emil Beck: „Normalerweise müßte Josef Neckermann bei unserer Rückkehr mit dem fertigen Vertrag am Frankfurter Flughafen auf Sabine warten."

Im Schatten von Sabine Bau und Anja Fichtel standen zwei andere deutsche Damen. Wieder einmal die große Verliererin war Sabine Bischoff, die im Duell um die Bronzemedaille an der Sowjetrussin Vochtchakina (3:8) scheiterte. Titelfavoritin Christiane Weber, die nach ihrem Weltcupsieg besonders ambitioniert nach Sofia flog, schied in der Direktausscheidung (21. Platz) aus. „Ich hatte die Nerven nicht im Griff und habe Angst bekommen", kommentiert die Offenbacherin ihr Abschneiden.

Gemeinsam mit ihren Mannschaftskameradinnen wollen sie sich doch noch eine Medaille ans Revers heften: „Es wäre toll, wenn wir unseren Titel auch noch verteidigen könnten."

MOTORSPORT / Rosberg und Prost hatten das Dilemma schon geahnt

Nach dem Sprit-Drama begab sich Porsche sofort auf die Suche nach den Ursachen

LEO WIELAND, **Hockenheim**

„Heute kann ich hier nicht gewinnen", hatte Keke Rosberg vor dem Start zum Großen Preis von Deutschland gesagt, „wir werden Probleme mit dem Spritverbrauch bekommen." Der Finne sollte recht behalten. Drei Kilometer vor dem Ziel ging seinem McLaren Porsche das Benzin aus. Bei seinem Teamkollegen Alain Prost (Frankreich) war erst 200 Meter vor dem Abwinken der Tank leer.

Im Training hatten die beiden McLaren zwar dominiert, hatten zum erstenmal in dieser Saison in der ersten Startreihe gestanden, doch dann mußten sie sich wieder dem Williams-Duo Piquet/Mansell und dem Lotus Renault-Fahrer Ayrton Senna schon im sechsten Rennen hintereinander geschlagen geben.

„Mein Computer hat wieder einmal verrückt gespielt", schimpfte Rosberg, „laut Anzeige müßten noch 1,9 Liter im Tank sein." Auch Alain Prost hatte nach seinem elektronischen Verbrauchsmesser noch zwei Liter Benzin an Bord. „Diese Zahlen entsprechen genau dem einen Prozent Abweichungstoleranz, die man dem Rechner zubilligen muß", kommentierte Porsche-Ingenieur Hans Mezger die Fahreraussagen, „eine hundertprozentig exakte Anzeige gibt es nicht, und darauf müssen sich die beiden eben einstellen." Der Leiter der Abteilung für die Motoren-Vorentwicklung wollte seine beiden Fahrer dann doch nicht zu hart kritisieren: „Alain Prost mußte halt versuchen, vorne mitzufahren, weil er seinen Titel verteidigen will, und Keke Rosberg hat in diesem Jahr noch kein Mal gewonnen."

Bei Porsche ist man derzeit damit beschäftigt, die Ursachen für dieses aufsehenerregende Sprit-Drama zu finden. „Was der genaue Grund war, können wir heute noch nicht sagen", betont Mezger, „wir müssen die genaue Untersuchung unserer Triebwerke abwarten." Die Modifikationen an den Wasser- und Ölkühlern, durch die die Porsche-Motoren in Hockenheim 15 Prozent mehr Leistung (etwa 1000 PS) brachten, haben laut Mezger mit dem Verbrauchsproblem nichts zu tun.

Nachdem Porsche in den vergangenen beiden Jahren vor allem den Standard der Zuverlässigkeit seiner Turbos erhöht hatte, stand in diesem Jahr, da der Tankinhalt erneut beschränkt wurde (195 statt 220 Liter) die Verbrauchsreduzierung ganz oben an. „Vor der Saison haben wir mit unserem Auftraggeber TAG (Technique d'Avant Garde) eine Entwicklungsstrategie erarbeitet und uns auf ein entsprechendes Budget geeinigt", sagt Hans Mezger, „unser Problem liegt eigentlich weniger beim Geld als bei unseren technischen Kapazitäten."

Bei Porsche ist die Zahl der für das Formel-1-Motorenprojekt zur Verfügung stehenden Prüfstände begrenzt. „Wenn wir alle unsere Anlagen dafür einsetzen würden, dann müßten wir auf andere Fremdaufträge verzichten, und die ganze Sache würde dann dreimal so teuer. Wir sind nämlich nicht Honda, die ohne Rücksicht auf die Kosten ihr technisches Potential voll ausschöpfen können", erklärt Mezger die aktuelle Problematik. Bislang hat sich nämlich TAG-Chef Mansour Ojjeh nicht zu notwendigen Mehrinvestitionen durchringen können.

Vor allem für 1987 aber wird Porsche den „Kunden-Turbo" mit großem Aufwand weiterentwickeln müssen. „Für uns ergeben sich im Hinblick auf 1987 folgende Möglichkeiten: Entweder beliefern wir weiterhin ausschließlich McLaren, daneben ein zusätzliches Team, oder wir hören auf", beschreibt Mezger die Zukunftsperspektiven. Persönlich hält er die weitere Zusammenarbeit mit McLaren in der bisherigen Form für am wahrscheinlichsten.

Auch Alain Prost befürwortete vor dem Rennen in Hockenheim die weitere Zusammenarbeit von McLaren und Porsche: „Der TAG-Porsche ist ein sehr guter Motor, und mit einem anderen Triebwerk müßten wir ganz von vorne anfangen." Doch erst seitdem der Franzose weiß, daß Honda 1987 Lotus und nicht McLaren als zweites Team beliefern wird, schlägt er gegenüber den Schwaben solch positive Töne an. Nachdem nun auch der erfolgreiche McLaren-Konstrukteur John Banard das Team in Richtung Ferrari verlassen will, hält Prost nicht mehr viel bei McLaren.

STAND ● PUNKT

Vergnügen

Wieviel Spaß es machen kann, einem Fußballspiel zwischen Könnern zuzusehen, wir hatten es angesichts vieler verbissener WM-Vorstellungen beinahe schon vergessen. Drei Wochen nach dem Finale von Mexiko zeigten nun zwei Mannschaften, bunt zusammengewürfelt aus Künstlern von Südamerika und Europa, im kalifornischen Pasadena, was sich mit einem Ball alles anstellen läßt, wenn Tricks und Technik beherrscht werden.

Einem guten Zweck diente das gut zweistündige Sport-Spektakel, das die Amerikaner, die längst dem alltäglichen Soccer nichts mehr abgewinnen, schier aus dem Häuschen brachte, auch noch. Das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen kassierte 540 000 Mark. Daß die von einem Diego Maradona in blendender Spiellaune geführten Südamerikaner nach Elfmeterschießen gewannen, war wohl eher Zufall.

Ohne den Wettkampfstreß um Punkte und Prämien ist Fußball immer noch ein Vergnügen für die Fans. Kein Wunder, daß die Vorstellungen der Altinternationalen hierzulande einen derart großen Zulauf verzeichnen können. MBG

FUSSBALL / Bayern München unaufhaltsam

Bremen will beim Kampf um Rudi Völler härtnäckig sein

sid/dpa, **Mönchengladbach**

Erst nach einem Elfmeterschießen gewann der deutsche Meister und Pokalsieger Bayern München das Turnier um den Casio-Cup in Mönchengladbach. Im Finale gegen Werder Bremen hatten die Münchener zunächst 0:2 zurückgelegen, bis zum Ablauf der regulären Spielzeit aber noch zum 2:2 ausgleichen können.

„Die anderen Klubs müssen sich unheimlich anstrengen, um auch nur in etwa mit Bayern München mithalten zu können," sagte Bremens Trainer Otto Rehhagel, der einen zusätzlichen Rückschlag hinnehmen mußte. Libero Bruno Pezzey erlitt einen Innenbandriß im linken Knie und wird möglicherweise bis Ende des Jahres ausfallen.

Am Rande der Veranstaltung deutete Münchens Manager Uli Hoeneß an, daß er Werder Bremen im kommenden Jahr personell weiter dezimieren will und bemüht ist, den Mittelstürmer Rudi Völler nach München zu holen. Sehr zum Verdruß seines Bremer Kollegen Willi Lemke. „Es wäre eine Katastrophe für den deutschen Fußball, wenn die komplette Nationalmannschaft künftig in München spielen würde", sagte Lemke. Und weiter: „Es wäre auch eine Katastrophe, wenn Rudi Völler zum FC Bayern geht."

Deshalb ist Lemke bestrebt, „mit allem Einsatz und aller Hartnäckigkeit" so schnell wie möglich den 1987 auslaufenden Vertrag mit Rudi Völler zu verlängern. Denn: „Ich zweifele nicht daran, daß Hoeneß Rudi Völler und den Frankfurter Thomas Berthold für fünf Millionen Mark nach München holen will." Dieses Vorhaben will Lemke nicht nur im eigenen Interesse verhindern. „Hoeneß und die Bayern, die sich mit ihren Transaktionen als Retter des deutschen Fußballs aufspielen, bewirken das Gegenteil. Denn die anderen Klubs bluten aus und können so keine Konkurrenz mehr sein."

Wahrscheinlich wird Lemke zunächst selbst noch einmal auf dem Transfermarkt tätig werden müssen. Denn mit Pezzey ist nach Burdenski, Meier, Neubarth und Kutzop schon der fünfte Stammspieler verletzt. Ein neuer Spieler ist notwendig. Doch Lemke hat ein Problem: „Ich sehe bei uns keinen auf dem Markt, für den sich eine Investition lohnen würde." Auch im letzten Jahr hatte Bremen große Verletzungsprobleme.

NACHRICHTEN

Gewinn für Unicef

Pasadena (sid) – Die Deutschen Felix Magath und Uli Stielike gehörten zu der Mannschaft „Rest der Welt", die in Pasadena gegen eine Südamerika-Auswahl mit Diego Maradona nach Elfmeterschießen mit 3:4 (2:2 nach 90 Minuten) verlor. Das Benefizspiel vor 60 000 Besuchern brachte dem Kinderhilfswerk Unicef einen Gewinn von 250 000 Dollar.

Michael Paul gestrichen

Düsseldorf (sid) – Bundestrainer Simon Schobel hat Michael Paul (Großwallstadt) aus dem Kader der deutschen Handball-Nationalmannschaft gestrichen. Der Rückraumspieler fehlte beim letzten Lehrgang unentschuldigt und war stattdessen in Urlaub geflogen.

Heider wird operiert

Nürnberg (sid) – Wegen einer Kapselverletzung im Schultergelenk muß Herbert Heider, Torwart des Fußball-Bundesligaklub 1. FC Nürnberg, operiert werden. Er fällt damit für die Hinrunde aus.

Hort in Führung

Biel (dpa) – Der für Wiesbaden spielende Vlastimil Hort hat beim Schach-Großmeister-Turnier in Biel die Führung übernommen. Während Hort den Australier Rogers besiegte, verlor Eric Lobron (Köln) gegen den Israeli Greenfeld und liegt jetzt auf dem zweiten Rang.

Falkenstein Meister

Bad Ems (GAB) – Deutscher Golf-Mannschaftsmeister wurde der Hamburg-Falkensteiner GC in Bad in einem bis zum letzten Schlag offenen Endspiel gegen den Titelverteidiger Hubbelrather GC mit 6,5:5,5 Punkten (Vierer 2:2 + Einzel 4,5:3,5). Die Rekordmeister gewannen den seit 33 Jahren ausgespielten „Clubpokal von Deutschland" nach einjähriger Unterbrechung schon zum 15. Mal. Dritter wurde der GC Hannover mit 8,5:3,5 Punkten gegen den GC Georghausen.

ZAHLEN

GOLF

Deutsche Mannschaftsmeisterschaft um den „Clubpokal von Deutschland", Klasse I in Bad Ems, Endspiel Hamburg-Falkenstein – Hubbelrath 6,5:5,5 Punkte, 3. Platz Hannover – Georghausen 8,5:3,5. – Absteiger Frankfurt und Hamburg-Walddörfer. – Klasse II in Wuppertal-Neviges: Aufsteiger Stuttgart-Solitude und Düsseldorf-Ratingen, Absteiger Hamburg-Ahrensburg und Bad Ems. – Klasse III in Hamburg-Ahrensburg: Aufsteiger Bremen-Vahr und Wuppertal-Neviges, Absteiger Aachen und Herzogenaurach.

FUSSBALL

Casio-Turnier in Mönchengladbach, Endspiel: Bremen – München 2:2 (1:0), 3:4 n. Elfmeterschießen; um Platz 3: M'gladbach – HSV 2:0 (2:0).

LEICHTATHLETIK

Commonwealth-Spiele in Edinburgh, Männer, 100 m: 1. Johnson (Kanada) 10,07 Sek., 2. Christie 10,28, 3. McFarlane (beide England) 10,35.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 7, 12, 17, 20, 21, 37, Zusatzzahl: 45. (Ohne Gewähr).

Dienstag, 29. Juli 1986
Nr. 173

WELT DER WIRTSCHAFT

Lieblingsplätze deutscher Touristen
Von je 100 Urlaubern haben eine besondere Vorliebe für

Mittelmeer, südlicher Atlantik 44
Inseln 32
Nordsee, Ostsee 27
Mittelgebirge 25
Seen 24
Hochgebirge 23
Flußlandschaften 15
Flachland 10
Städte 9
Mehrfachnennungen waren möglich
Quelle: Studienkreis für Tourismus

Das Meer unter südlicher Sonne – das bleibt das beliebteste Reiseziel der Deutschen. 44 Prozent haben sich auch in diesem Jahr wieder für einen Urlaubsort am Mittelmeer oder der südlichen Atlantikküste entschieden. Großstädte sind lediglich bei Kurz- und Wochenendreisen gefragt. QUELLE: GLOBUS

FÜR DEN ANLEGER

Devisenmärkte: Mit Spannung werden die Juni-Daten für die Handelsbilanzen der USA und der Bundesrepublik, erwartet. Frankfurter Händler rechnen mit einem deutschen Überschuß von fast 10 Mrd. DM.

Währungen: Der Dollar schwächte sich nach kurzer Erholung Ende letzter Woche auf 2,1379 (2,1482) DM wieder ab. Das Pfund blieb auf Talfahrt und erreichte mit 3,1490 (3,1990) DM einen neuen Tiefstand. Der Yen notierte mit 1,3600 DM unverändert.

Eurokredit: Die International Investment Bank in Moskau erhält von einem internationalen Konsortium einen Eurokredit von 250 Mill. Dollar. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre.

Bahn-Anleihe: Voraussichtlich im August wird die zweite kommen. Das Volumen wird auf rund 1,2 Mrd. DM geschätzt.

Sixt: Die zum Preis von 385 DM angeboten Inhaber-Vorzugsaktien von 4 Mill. DM waren bereits am ersten Verkaufstag überzeichnet.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 253,25 (255,60); Chemie: 147,52 (149,05); Elektro: 292,01 (293,71); Auto: 675,57 (675,27); Maschinenbau: 140,47 (141,45); Versorgung: 144,91 (146,02); Banken: 393,78 (396,12); Warenhäuser: 147,55 (148,03); Bauwirtschaft: 470,55 (470,47); Konsumgüter: 165,57 (166,91); Versicherung: 1354,24 (1348,33); Stahl: 148,67 (149,77).

Nachbörse: Nachgebend.

WELTWIRTSCHAFT

Opec: Nach knapp 90 Minuten haben sich die Erdölminister der 13 Förderstaaten gestern vertagt. Bisher habe es keinen Fortschritt gegeben, erklärte Saudi-Arabiens Minister Yamani.

Japan: Der Marktanteil ausländischer Automobile liegt immer noch bei nur 1,5 Prozent. Für 1986 wird mit über 60 000 Importwagen ein Absatzrekord der Ausländer erwartet. An der Spitze stehen die deutschen Hersteller BMW, VW, Daimler-Benz und Audi.

Baldrige: Der US-Handelsminister hat bei seinem Japan-Besuch Ministerpräsident Nakasone um Kooperationswillen gebeten. Tokio möge der US-Regierung behilflich sein, die im US-Kongreß vorherrschende protektionistische Tendenz abzuwenden.

Frankreich: Die Unternehmer schätzen die Konjunkturaussichten wieder optimistischer ein. Vor allem die Auftragslage der Konsumgüterindustrie hat sich stark gebessert. (S. 10)

MÄRKTE & POLITIK

Werberat: Eine Anzeige des privaten Bildungsinstituts „Sight und Sound" wurde öffentlich als „herabwürdigend und verhöhnend" gerügt. Das Anzeigenmotiv zeigt den vollbesetzten Flur eines Arbeitsamtes und die Schlagzeile: „Sitzen Sie gut?". (S. 10)

Veba: Weil ein breiter Konsens in Politik und Gesellschaft bei der Energieversorgung gebraucht wird, hat der Chef des Energiekonzerns, Rudolf von Bennigsen-Foerder, sich dafür ausgesprochen, mit der Inbetriebnahme des Schnellen Brüters in Kalkar und dem Baubeginn der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf bis nach den Bundestagswahlen Anfang 1987 zu warten.

Zeitarbeit: Etwa 2000 Arbeitskräfte-Verleiher bieten in der Bundesrepublik 70 000 Arbeitsplätze mit unkonventionellen Arbeitszeiten. Ihre Kunden können mit schnell verfügbarem Zeitpersonal Auftragsspitzen abfedern. (S. 11)



Schlußverkauf: Einen überdurchschnittlich guten Start meldeten die Warenhäuser (Foto). Viele Anbieter waren mit dem Auftakt zufriedener als im Vorjahr.

Ausbildung: Viele Jugendliche sind über Berufsaussichten und das breite Spektrum der Berufe unzureichend informiert, konnte die Deutsche Bank bei ihren regelmäßig stattfindenden Jugendforen feststellen. (S. 11)

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

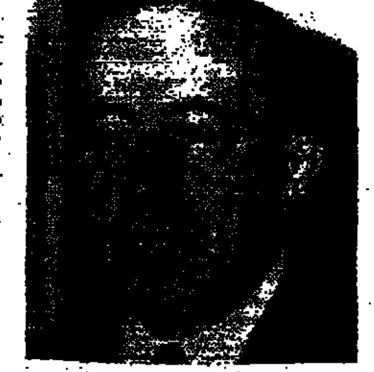
Bundeskartellamt: Der Erwerb von Triumph-Adler durch den italienischen Konzern Olivetti wird nicht untersagt. (S. 10)

Österreich: Die verstaatlichte Industrie schlittert immer tiefer in die Krise. Die Forderung nach weiteren Sanierungshilfen über mehr als vier Mrd. DM hat Finanzminister Lacina als reine Wunschziffer bezeichnet, die alle budgetären Möglichkeiten sprenge. (S. 10)

VW: Nach den Werksferien ist gestern die Produktion wieder voll angelaufen. Bis zum Jahresende sollen weitere 4000 Mitarbeiter eingestellt werden, bisher waren es 1986 schon 5700 Neueinstellungen.

US-Banken: Mit zwei weiteren Instituten, die am Wochenende geschlossen wurden, hat sich die Zahl der Insolvenzen in diesem Jahr schon auf 79 erhöht.

NAMEN



Expo '86: „Verkehr und Kommunikation dienen nicht nur der Begegnung und Verständigung von Menschen, sondern sind auch für Handel und Wirtschaftswachstum unverzichtbar", erklärte Bundesverkehrsminister Dollinger (Foto) vor der Abreise zur Weltausstellung in Vancouver. Er wird dort den „Deutschen Tag" eröffnen.

Eurasbank: Nach der Schieflage wurde nun das letzte Vorstandsmitglied bei der Tochter der Deutschen Bank ausgewechselt. Tjark H. Woydt wird Ende August als Direktor der Deutschen Bank nach Spanien gehen. Sein Nachfolger wird Karlheinz Albrecht, Filialdirektor der Mutter in Mannheim.

Ideologen sind Leute, die glauben, daß die Menschheit besser sei als der Mensch.
Dwight D. Eisenhower

Städte und Gemeinden lehnen den Ausstieg aus der Kernenergie ab

Die Wirkung auf das Finanz- und Sozialsystem käme einer Katastrophe gleich

HEINZ HECK, Bonn

„Sofortabschalter haben in den Kommunen keine Chance." Das erklärte der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hans Gottfried Bernrath, auf einer Pressekonferenz in Bonn zur Diskussion über den Ausstieg aus der Kernenergie. Die Wirkung eines Sofortausstiegs auf das Finanz- und Sozialsystem der Bundesrepublik hat für ihn den Charakter einer „Katastrophe".

Es sei nach gegenwärtiger Erkenntnis nicht möglich, durch Energieeinsparungen und optimale Energienutzung den Primärenergieverbrauch so drastisch zu senken, daß der Einsatz der Kernenergie mit rund 35 Prozent Anteil an der Stromerzeugung (rund zehn Prozent am Gesamtenergieverbrauch) entbehrlich wäre. Die energiepolitische Diskussion müsse daher zuverlässige Angaben machen, „ob und wie dieser Energieanteil durch andere Energien sichergestellt werden kann und welche Auswirkungen auf Strombezugs- und damit Arbeitsplatzkosten zu erwarten sind".

Bernrath hält es dagegen für möglich, daß die gegenwärtig in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke nach Auslaufen nicht mehr ersetzt werden (schwedisches Modell), sofern langfristig Alternativen gefunden würden. Zum Zeitraum eines solchen Prozesses wollte er auf Befragen allerdings keine Angaben machen.

Ein höherer Stein- und Braunkohleeinsatz kommt für ihn nicht in Betracht. Die jetzt schon erforderlichen Entschwefelungs- und Entstickungskosten seien „immens". Auch die viel diskutierte Kommunalisierung der Energieversorgung ist für ihn nur ein „Modewort". Eine Chance sieht er hingegen in der nunmehr gegebenen Möglichkeit, die Konzessionsverträge über den Strombezug der Gemeinden in kürzeren Abständen – alle 20 Jahre – zu überprüfen. Er rechnet damit, daß Anfang der neunziger Jahre nach Auslaufen zahlreicher Konzessionsverträge Veränderungen eintreten werden. Dabei müßten die Gemeinden immer auch die Finanzierbarkeit eines Wechsels (vor allem die Übernahme des Versorgungsnetzes) prüfen.

Die Beseitigung der sanierungsbedürftigen Altlasten gewinnt für die Gemeinden immer mehr an Bedeutung. Ohne finanzielle Beteiligung des Bundes sei sie nicht zu bewältigen, erklärte Bernrath. Er forderte die Landesregierungen auf, „gleichgerichtete Regelungen zu finden". Wenn jedes Land eigene Wege gehe, führe dies auch zu Wettbewerbsverzerrungen, vor allem bei Investitionsentscheidungen der Unternehmen.

Nicht jede Altablagerung sei allerdings für die Umwelt gefährlich und damit sanierungsbedürftig. Bernrath bezifferte deren Anteil auf schätzungsweise zehn bis 15 Prozent. Der Löwenanteil der Altlasten (etwa 80 Prozent) entfalle auf Nordrhein-Westfalen.

Eine allgemeine Verpflichtung der Kommunen zur Beseitigung von Altlasten sieht Bernrath nicht. Deren Finanzkraft lasse das auch nicht zu. Die Industrie sollte sich zu einem freiwilligen Finanzierungsbeitrag bereit erklären, meinte Bernrath. Wenn die kooperative Mitfinanzierung auf Länderebene nicht zu erreichen sei, müßten Bund und Länder die Lösung aus Steuermitteln bestreiten.

Das Verursacherprinzip ziehe hier nicht, da es sich um eine Gemeinlast handele. Für die Zukunft sei dies allerdings die bereits praktizierte Lösung. So müsse sich zum Beispiel das Unternehmen Rheinbraun schon heute zur Rekultivierung von Braunkohleabbaugebieten in 30 Jahren verpflichten.

Kandare für die Macht der Banken

CDU-Mittelstand will in der nächsten Legislaturperiode das Kartellrecht novellieren

hg. Bonn

Die Mittelständler in der CDU/CSU wollen in der nächsten Legislaturperiode die Macht der Banken an die Kandare nehmen und Barrieren gegen die Konzentration im Einzelhandel aufrichten. Hansheinz Hauser, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion und zugleich Vorsitzender des Diskussionskreises Mittelstand, stellte gestern in Bonn klar, daß er die Meinung der Monopolkommission nicht teilt, die in der gegenwärtigen Entwicklung keinen Grund zur Beunruhigung sieht.

Im Bankenbereich besteht nach Ansicht der Mittelständler Handlungsbedarf in zwei Richtungen: Erstens sei eine Höchstgrenze für die Beteiligung von Banken an Nichtbanken einzuziehen – Hauser: „Wir können nicht hinnehmen, wenn sie am Kartellgesetz vorbei Großunternehmen zu noch größeren Konzernen zusammenschmieden" – und zweitens müsse ein frischerer Wettbewerbswind dafür sorgen, daß Maßnahmen der Bundesbank, etwa eine Verbilligung der Refinanzierung, schneller als bisher beim Kunden ankommen. Ob derlei im Kreditwesengesetz zu installieren sei oder im Kartellrecht, wo der Bankensektor unter der Rubrik „Ausnahmebereiche" geführt wird, ließ Hauser einstweilen offen.

Der CDU-Politiker wiederholte seine Forderungen nach einer handelsspezifischen Fusionskontrolle, bei der das Eingreifkriterium „Marktmacht" anhand der Stärke des Unternehmens als Nachfrager definiert werden müsse – das geltende Recht sei viel zu sehr auf die Industrie und damit auf die Angebotsmacht zugeschnitten. Außerdem wollen die Mittelstandspolitiker die keiner Gegenleistung entsprechende Gewährung von überzogenen Rabatten durch Industrieunternehmen an mächtige Händler – zu Lasten der weniger mächtigen – endlich in den Griff bekommen. Hier müßten die Spielräume enger begrenzt und die Konditionen und Rabatte transparenter gemacht werden, um eine wirksame wettbewerbsrechtliche Kontrolle zu ermöglichen, meint Hauser.

Darüber hinaus will man das Verbot der unbilligen Behinderung kleiner und mittlerer Wettbewerber im Einzelhandel einfacher und praktikabler machen. Hier spielt der systematische Verkauf unter dem Einstandspreis eine Rolle; die Mittelstandspolitiker erwägen, „die gezielte Werbung mit systematischen Verkäufen unter Einstandspreis als gesetzlichen Beispielsfall einer unbilligen Behinderung ausdrücklich im Gesetz aufzugreifen." Allerdings wolle man den Verkauf unter Einstandspreis nicht generell verbieten.

Beim Baurecht fordern die Mittelständler eine Verschärfung der einschlägigen Bestimmung in der Baunutzungsverordnung, die die Ansiedlung von Verbrauchermärkten auf der grünen Wiese regelt.

Großhandel legt zu – Konsumgüter plus 5,3 Prozent

H. Wl. Bonn

Der Großhandel in der Bundesrepublik wird 1986 wieder stärker wachsen. Insbesondere in den Bereichen Maschinen, Bürokommunikation, Fahrzeuge, Bekleidung und Freizeitartikel ist mit überdurchschnittlichen Umsatzsteigerungen zu rechnen. Zu diesem Ergebnis gelangt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in seiner jüngsten Studie.

Wie es weiter heißt, werde das Wachstum 1986 im gesamten Großhandelsbereich mit durchschnittlich vier Prozent doppelt so stark ausfallen wie im Vorjahr, wobei der Konsumgütergroßhandel mit einem Zuwachs von 5,3 Prozent im ersten Quartal eine bereits über dem Durchschnitt liegende Entwicklung vorweise. Positionsverluste gebe es allerdings in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie, bei Holz und Baustoffen sowie bei der Gruppe Brennstoffe und Mineralöl.

Die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Großhandels belegt das Institut mit der im Vergleich zum Wachstum des Bruttosozialprodukts im Durchschnitt der Jahre 1962–85 gleich starken Zunahme der realen Großhandelsumsätze von 2,8 Prozent, bei allerdings seit 1971 zurückgehender Beschäftigung auf 1,1 Mill. 1985.

AUF EIN WORT



„Freiheit und Mobilität, wie wir sie uns vorstellen, schließt als Alternative zu hochentwickelten Verdichtungsräumen die Entscheidung ein, mit niedrigerem Einkommen und niedrigeren Lebenshaltungskosten, vielleicht nicht weniger glücklich, auf dem Dorf zu leben."

Berthold Leibinger, Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar. FOTO: DIE WELT

Der Bundesbahn drohen wieder höhere Verluste

dpa/VWD, Frankfurt

Die nachhaltige Verringerung des Defizits bei der Deutschen Bundesbahn (DB) ist offensichtlich an eine Grenze gestoßen. Nachdem es dem DB-Vorstand in den vorangegangenen drei Jahren gelungen war, den Jahresfehlbetrag zu reduzieren, geht die Schere zwischen Kosten und Erträgen in diesem Jahr inzwischen wieder auseinander. Das Ziel des Bahnvorstands, das Defizit zum zweiten Mal hintereinander unter drei Mrd. DM zu drücken, sei gefährdet, hieß es am Montag bei der DB-Hauptverwaltung in Frankfurt.

Erhebliche Ertragseinbußen im Güterbereich im ersten Halbjahr 1986 brachten der Bahn 135 Mill. DM weniger in die Kassen als im Vorjahreszeitraum. Wie aus einem Bericht des Vorstands an den Verwaltungsrat hervorgeht, muß bei gleicher Entwicklung für das Gesamtjahr sogar mit einem außerplanmäßigen Ertragsminus von etwa 400 bis 500 Mill. DM gerechnet werden. Gründe dafür seien der allgemeine Preisdruck auf den Frachtmarkt sowie die rückläufige Nachfrage nach Kohle und Stahl. Im Personenverkehr verzeichnete die Bahn bislang ein „leichtes Plus".

Wie es weiter heißt, werde der Jahresfehlbetrag voraussichtlich bei 3,05 Mrd. DM liegen.

Unsere teure Kohle

Von JOACHIM GEHLHOFF

Man darf schon den Atem anhalten bei dem, was der Verein deutscher Kohlenimporteure zu Hamburg dieser Tage zum besten gab: Um circa die Hälfte und damit auf reichlich sieben Milliarden Mark werden die Subventionen für den deutschen Steinkohlenbergbau 1986 steigen.

Nicht mitgerechnet sind dabei die milliardenschweren Zuschüsse zur Knappschaftsversicherung für Krankheit und Altersrente. Der da schon seit Jahren gewaltig gestiegene Zuschußbedarf resultiert vor allem daraus, daß die Zahl der Steinkohlen-Bergbaubeschäftigten seit Beginn der Kohlenkrise im Jahre 1957 von 604 000 auf 166 000 (Ende 1985) schrumpfte, kein Ausgeschiedener aber diesen besonders attraktiven Versicherungsschutz aufgegeben hat.

Auch ohne den Knappschaftszuschuß werden sich die Subventionen zur Aufrechterhaltung der seit 1957 von 150 Millionen Tonnen auf 82 Millionen Tonnen (1985) reduzierten Steinkohlenförderung 1986 auf durchschnittlich 44 000 Mark je Beschäftigten (Lehrlinge mitgerechnet) erhöhen. Eine atemberaubende Zahl. Billiger Spott könnte meinen, bei Totalverzicht auf heimische Steinkohlenförderung käme man auch mit großzügigster Sozialpolitik für die jetzt noch Arbeitenden deutlich billiger davon – Freibier auf Lebenszeit inbegriffen.

In rapidem Anstieg kommt die Subvention des Steinkohlenbergbaus 1986 auf 44 000 DM pro Beschäftigten. Die Belastungsgrenze der Volkswirtschaft wird überschritten. Die Kohlenpolitik muß neu formiert werden.

Abseits vom Spott zeigt die horrende Zahl, daß die demnächst dreißigjährige Kohlenkrise, während der diversen Ölpreisschocks seit 1973/74 wiederholt totgesagt, noch kräftig weiterschwelt. Sie wird trotz des gewaltigen Subventionsanstiegs ab 1986 weitere Kürzungen an Förderung und Kapazität der schon so radikal dezimierten, in den letzten zehn Jahren einigermaßen stabil gebliebenen Zechenlandschaft erzwingen. Die Vorboten dafür, zunächst mit Kurzarbeit, sind schon da.

Die im Subventionsanstieg so eklatante neuerliche Krisenverschärfung hat natürlich primär mit dem Verfall von Rohöl- und gesamten Primärenergiepreisniveau sowie mit der Dollarschwäche zu tun. Der Vorteil der zumeist dank viel günstigerer Lagerstätten mit bis zu zehnmal so großer Personalproduktivität wie hierzulande fördernden rund 4000 Kohlenproduzenten außerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist nun auch wieder im Produktpreis evident. Kraftwerkskohle kommt frei Nordseehafen jetzt zu kaum noch 120 Mark je Tonne an – mehr als die Hälfte unter dem heimischen Preisniveau und im Wärmepreis auch noch fast ein Drittel billiger als das schwere Heizöl für den deutschen Verbraucher. Beim Weltmarkt-Kokskohlenpreis ist es ähnlich.

Um die beiden weitaus wichtigsten Verbraucher heimischer Steinkohle (Strom- und Stahlerzeugung) bei der Stange zu halten, muß jetzt zwecks weitgehender Kompensation des deutschen Preisnachteils die Belastung der Stromabnehmer („Kohlenpfennig") um circa die Hälfte auf mindestens drei Milliarden Mark und die am Weltmarktpreis orientierte öffentliche Kokskohlenbeihilfe noch stärker auf gleichfalls etwa drei Milliarden Mark gesteigert werden. Vorbei die Zeit, da Bundeswirtschaftsminister Bangemann vor knapp zwei Jahren dank hohem Dollarkurs und entsprechend reduzierter Kokskohlensubvention sein Haus als tüchtigstes im allseits geforderten Subventionsabbau anpries. Das Eigenlob stand auf allzu kurzen Beinen. Ähnlich kurzbeinig wollen die Kohlenimporteure die Sache mit der fälligen Neubesinnung deutscher Energiepolitik zugunsten größerer Freiheit im faktisch eng kontingentierten Drittland-Kohlenimport nicht angehen. Den Kahlschlag daheim fordern sie nicht.

Aber sie verweisen denn doch darauf, daß angesichts der gerade auch im freien Teil der Welt und in vielen Ländern vorhandenen Jahrhundert-Vorräte an billiger Kohle das Argument der Versorgungssicherheit aus heimischer Quelle kein Gewicht hat. Die Stahlindustrie, die ihre zu teuren heimischen Erzgruben fast komplett zugunsten der Übersee-Importe schon vor Jahrzehnten dicht machte, hat das auch unter dem gleichen Sicherheitsaspekt nie bereut.

Übrig bleibt mithin nur ein sozial- und strukturpolitisches Problem des weiteren Bergbau-Rückzugs, zumal an Ruhr und Saar. Das wiegt schwer genug. Aber die Politik muß es zugunsten der Energieverbraucher wie der Steuerzahler lösen. Denn deren Kohlensubvention übersteigt nun die volkswirtschaftlich zumutbare Belastungsgrenze. Vor der Bundestagswahl wird da wohl nichts mehr korrigiert. Selbst relativ Harmloses, das auf dem Verordnungsweg zum liberaleren Bewahren wenigstens des heutigen Kohleimports geschehen könnte, bleibt in Bonn als heißes Eisen liegen. Aber nachdenken über die erforderliche neue Kohlenpolitik sollte man spätestens jetzt.

Mutige Gründer

Stü. – Daß der Bundeswirtschaftsminister sich freut, wenn die Zahl der Unternehmensgründungen die der Liquidationen weit übersteigt, ist verständlich. Ebenso wenig kann es überraschen, daß er den positiven Gründungssaldo auf die – maßgeblich von der Politik beeinflußten – günstigen Rahmenbedingungen zurückführt.

Doch die nackte Zahl neuer Unternehmen sagt wenig aus. Schließlich werden dabei Boutiquen, Kneipen, Ingenieurbüros und Industriebetriebe in einen Topf geworfen. Nicht berücksichtigt aber wird, welche Firmen nur dem Nebenerwerb dienen. Im Einzelhandel sind das immerhin schon 40 Prozent aller Gründungen. Und selbst von den Vollerwerbsbetrieben geht in den ersten Jahren nur ein bescheidener Beschäftigungseffekt aus. Deshalb ist es zu einfach, Neugründungen und Firmenlöschungen nur gegenüberzustellen. Zum einen müssen sich die Neuen erst mühsam erarbeiten, was bei manchem Zusammenbruch an Kapital und Arbeitsplätzen vernichtet wird. Zudem gibt es zwischen Gründungen und Insolvenzen einige schwer zu erfassende, aus gesamtwirtschaftlicher Sicht aber nicht unwichtige Wechselwirkungen. Dazu zählen die Einbußen, die etablierte Firmen im Wettbewerb mit jungen hinnehmen müssen, ebenso wie der Schaden, den die wachsende Zahl unseriöser Gründer anrichtet.

Trotz alledem bleibt unbestreitbar, daß der für eine lebendige Volkswirtschaft unerläßliche Mut zur Selbständigkeit deutlich zugenommen hat. Und die geringe Ausfallquote der öffentlich geförderten (und betriebswirtschaftlich geprüften) Gründungsvorhaben belegt: Wer ein gutes Konzept hat und es solide finanziert, hat auch eine gute Chance, erfolgreich zu sein.

Gründer haben jetzt gute Chancen

HH, Bonn

Das wirtschaftliche Umfeld für Existenzgründungen ist gegenwärtig so günstig wie seit langem nicht mehr. Zu diesem Ergebnis kommt das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) in einer Analyse über Insolvenzentwicklung, Existenzgründungen und deren öffentliche Förderung. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und die staatlichen Hilfen hätten bei vielen Bürgern „große Bereitschaft erzeugt, sich selbständig zu machen". Der seit Jahren anhaltende positive Gründungssaldo „trägt zur Zunahme der Beschäftigtenzahlen nennenswert bei", heißt es.

Seit 1982 hat die Zahl der Unternehmensgründungen erheblich zugenommen. Nach Angaben des Instituts für Mittelstandsforschung sind in der Bundesrepublik bis einschließlich 1985 rund 1,16 Millionen neue Unternehmen gegründet und im gleichen Zeitraum etwa 960 000 Unternehmen geschlossen worden. Damit verbleibe in vier Jahren ein positiver Saldo von über 200 000 Unternehmen.

Für den Wirtschaftsminister ist die in den letzten Jahren zu beobachtende Zunahme der Unternehmensliquidationen „für sich allein genommen von sehr beschränkter Aussagekraft". Sie müßten vielmehr im Zusammenhang mit der höheren Zahl neuer Unternehmen gesehen werden. Gesamtwirtschaftlicher Strukturwandel lasse sich positiv nur durch mehr Neugründungen bewältigen.

Von 1982 bis 1985 hat es rund 49 000 Insolvenzen gegeben. Ihr Anteil an den Firmenschließungen sei mit gut fünf Prozent relativ gering. Unternehmen zögen sich überwiegend aus anderen Gründen als dem der Zahlungsunfähigkeit vom Markt zurück. Gesamtwirtschaftlich sei nicht die Zahl der Insolvenzen von Bedeutung, sondern der damit verbundene Kapitalverlust.

Mit dem ERP-Existenzgründungs- und dem Eigenkapitalhilfeprogramm würden derzeit jährlich rund 17 000 Existenzgründungen gefördert. Von 1983 bis 1985 seien mit den BMWi-Gründungsdarlehen rund 250 000 Arbeitsplätze entstanden oder vor dem Verlust bewahrt worden. Bis Ende 1985 seien in fünfeinhalb Jahren nur 635 der mit dem Eigenkapitalhilfeprogramm geförderten Unternehmen gescheitert.

Die Ausfallquote sei mit weniger als zwei Prozent vor allem deshalb so gering, weil jedes Gründungsvorhaben vor der Bewilligung von Bundeshilfen betriebswirtschaftlich geprüft werde. Öffentlich geförderte Gründungen hätten etwa viermal so hohe Überlebenschancen wie die übrigen.

Strömen Dritte-Welt-Gelder in die Bundesrepublik?

SPD-Fraktion befragt Bundesregierung zur Kapitalflucht

dpa/VWD, Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion hat eine kleine Anfrage über das Ausmaß und die Wirkungen der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern an die Bundesregierung gerichtet. Ihr finanzpolitischer Sprecher, Hans Apel, erläuterte dazu, daß es einzelnen Personen oder Gruppen in den zum Teil hochverschuldeten Entwicklungsländern gelinge, riesige Vermögenswerte ins Ausland zu schaffen, die sie dringend für ihre wirtschaftliche Entwicklung benötigten.

Mit ihren Fragen bezieht sich die SPD auf Berechnungen der US-Bank Morgan Guaranty Trust Company of New York, wonach die Auslandsverschuldung Mexikos nur 12 Mrd. US-Dollar, Argentiniens 1 Mrd. und Brasiliens 92 Mrd. betragen würde, wenn es dort keine Kapitalflucht gegeben hätte. Die Bundesregierung solle zu der These der Bank Stellung nehmen, daß es ohne Kapitalflucht nicht zu der internationalen Schuldenkrise gekommen wäre.

Bei 18 von der Bank ausgewählten Entwicklungsländern habe die Kapitalflucht in den letzten zehn Jahren fast 200 Mrd. Dollar betragen, während deren Auslandsverschuldung um 450 Mrd. gestiegen sei. Die Bonner Regierung solle Auskunft geben, inwieweit die Bundesrepublik und deren Banken Zuflucht für das Auslandskapital aus solchen Ländern geboten hätten und für welche Maßnahmen sie sich in den internationalen Organisationen einsetzen wolle.

Italiens Bahnen machen Tempo

Der unrentable Verkehrsbetrieb soll attraktiver werden

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Mit der zwischen den Verkehrsministern Italiens, Österreichs und der Bundesrepublik Deutschland in Rom unterzeichneten Vereinbarung über den Bau des Brenner-Basistunnels ist ein lang ersehnter Traum der Bayern und Österreicher in Erfüllung gegangen: irgendwann um das Jahr 2000 herum über eine schnellere Bahnverbindung von und nach Italien zu verfügen. Damit ist jedoch erst eines der vielen Probleme der italienischen Staatsbahnen einer Lösung näher gerückt.

Die italienischen Staatsbahnen sind seit Anfang dieses Jahres nicht mehr eine Abteilung des Verkehrsministeriums, sondern eine selbständige staatliche Gesellschaft. Zweck dieser organisatorischen Neuordnung ist es, die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber anderen Verkehrsträgern zu erhöhen und die Kosten zu senken, die den Staatshaushalt mittlerweile unerträglich belasten. Im Jahre 1985 mußte der italienische Staat bereits mehr als 9000 Mrd. Lire (gut 13 Mrd. DM) in seine Bahnen stecken, um deren Fehlbetrag auszugleichen.

Während 1971 immerhin noch 37 Prozent der Ausgaben der Staatsbahnen durch die Einnahmen im Güter- und Personenverkehr gedeckt wurden, sind es inzwischen nur mehr 15 Prozent. Um dieses Mißverhältnis abzubauen, wurden die Staatsbahnen von der Regierung autorisiert, im Laufe der nächsten Jahre ihre Tarife stufenweise anzuheben. Die italienischen Bahntarife sind seit Jahren die niedrigsten in Westeuropa.

Außerdem wurden die Staatsbahnen mit dem Finanzgesetz des Jahres 1985 verpflichtet, einen Teil der unrentablen Strecken zu schließen. Auf diesen insgesamt 5000 Kilometer langen Strecken wurden im vergangenen Jahr pro Kilometer durchschnittlich nur 5 Mill. Lire eingenommen, aber 27 Mill. ausgegeben. Insgesamt verfügt Italien über ein Schienennetz von etwas über 15 000 Kilometern, dessen Auslastung aber sehr unterschiedlich ist.

Nicht einmal ins Auge gefaßt wurde bisher die Möglichkeit, den Personalbestand zu reduzieren. Gegenwärtig haben die italienischen Staatsbahnen immerhin noch 220 000 Beschäftigte. Das sind 14 Beschäftigte pro Kilometer Gesamtstrecke; genau doppelt so viel wie im übrigen westeuropäischen Durchschnitt.

Infolge der hohen Defizite wurden in den letzten 20 Jahren die Investitionen sträflich vernachlässigt. Erst seit ungefähr fünf Jahren, dank des eigens dafür verabschiedeten staatlichen Modernisierungsplans, haben die Staatsbahnen wieder begonnen, größere Beträge in Infrastrukturen und rollendes Material zu investieren. Bisher allerdings noch nicht mit durchschlagendem Erfolg.

Zwar kostet beispielsweise der Güterwagentransport von Mailand nach Catania nur 0,8 Mill. Lire gegenüber 2,2 Mill. Lire im T. I. R.-Verkehr. Die Wirtschaft bevorzugt aber nach wie vor die Straßenbeförderung, weil sie schneller ist. Auch wenn – wie eine Untersuchung des Spitzenverbandes der italienischen Industrie nachgewiesen hat – die Transportkosten in Italien zwischen fünf und 30 Prozent der Gesamtkosten eines Industrieprodukts betragen gegenüber nur sieben bis 15 Prozent im westeuropäischen Durchschnitt.

Gegenwärtig entfallen auf die Schiene nur noch elf Prozent des gesamten italienischen Güterverkehrs, während die Straße daran mit 62 Prozent beteiligt ist. Entsprechend niedrig ist auch der Anteil des Güterverkehrs am gesamten Transportaufkommen der Bahn, nämlich nur 32 Prozent. Dafür nimmt die Zahl der beförderten Personen ständig zu: von 380 Mill. im Jahre 1980 auf beinahe 450 Mill. 1985. Und das, obwohl die Züge nicht nur unpünktlicher, sondern auch langsamer geworden sind.

Aber das soll sich bald ändern. Die neue Staatsbahngesellschaft hat sich vorgenommen, auf allen Strecken die Fahrzeit stufenweise zu vermindern. Parallel dazu besteht die Absicht, spätestens 1992/93 auch in Italien die ersten Hochgeschwindigkeitszüge in Dienst zu stellen.

Vorgesehen ist, diese 250 Stundenkilometer schnellen Züge zunächst auf der Strecke Turin–Venedig sowie auf der Strecke Mailand–Rom–Neapel einzusetzen. Nach den Plänen der Ferrovie dello Stato könnte damit nicht nur die Fahrzeit zwischen Mailand und Rom von jetzt über fünf Stunden auf nur noch 3:15 Stunden gesenkt, sondern auch das Beförderungsaufkommen von jetzt 4,5 Mill. Fahrgästen je Jahreskilometer auf sechs Mill. erhöht werden.

Privatisierung als einziger Ausweg?

Österreichs Staatsbetriebe schlittern immer tiefer in die Krise – Auftragstal bei Voest

W. FREISLEBEN, Wien

In eine ernsthafte Existenzkrise schlittert Österreichs verstaatlichte Industrie. Selbst der neue Finanzminister Ferdinand Lacina, zuvor sowohl als Staatssekretär im Bundeskanzleramt von Bruno Kreisky und zuletzt als Verstaatlichten-Minister gut zehn Jahre für das Schicksal der Verstaatlichten mitverantwortlich, rückt jetzt von den Staatsbetrieben ab. Den zuletzt angemeldeten Finanzbedarf von weiteren 30 Mrd. Schilling (knapp 4,3 Mrd. DM) während der nächsten drei Jahre bezeichnete Lacina schlichtweg als Wunschziffer, die alle budgetären Möglichkeiten sprenge. Sollten die Unternehmungen nicht imstande sein, ihre Sanierung durch entsprechende Eigenleistungen sicherzustellen, bliebe als einziger Ausweg nur die Privatisierung.

Zu dieser für den früheren Gemeinwirtschaftstheoretiker Lacina ernüchternden Aussage war es gekommen, nachdem der Generaldirektor der Verstaatlichten-Holding, Oskar Grünwald, eine triste Bilanz der österreichischen Staatsindustrie gelegt hatte. Allein zwischen 1981 und 1985 hatten die Betriebe 30,3 Mrd. Schilling als direkte Hilfe und nochmals soviel als Zinszahlungen aus dem Steuertopf erhalten. Zwischen 1980 und 1990 werden somit mehr als 100 Mrd. Schilling zugeführt.

1985 sind die Verluste der Industriegruppe von 2,5 auf 12,5 Mrd. Schilling sprunghaft angestiegen. In diesem Jahr werden voraussichtlich weitere vier Mrd. Schilling folgen. Allein im ersten Halbjahr 1986 ist der Umsatz der Gruppe um 14 Prozent auf 77 Mrd. Schilling und der Export um 16 Prozent auf 30 Mrd. Schilling gesunken. Die Auftragseingänge haben sich um 26 Prozent verringert. Erstmals ist auch die Zahl der Mitarbeiter unter 100 000 gesunken.

Einzig die staatliche Mineralölgesellschaft ÖMV-AG sowie die Beteiligung an Siemens-Österreich bringen einigermaßen verläßliche Gewinne. Von den 41 Tochter- und Enkelgesellschaften unter dem Dach der in der Staatsholding ÖIAG zusammengefaßten Industriegruppe bilanzierten 1985 nur 21 positiv. Bei einem Gruppenumsatz von 198 Mrd. Schilling konnte die ÖIAG nur Dividenden im Gesamtausmaß von 301 Mill. Schilling kassieren. Der Cash-flow der Gruppe lag erstmals mit 1,7 Milliarden Schilling im negativen Bereich.

Nach wie vor die größten Defizitverursacher unter den verstaatlichten Unternehmen sind die beiden Stahlfirmen Voest-Alpine und deren Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke. Wie der erst vor wenigen Monaten neu formierte Vorstand von Voest-Alpine jetzt bekanntgab, droht Österreichs größtem Industrieunternehmen in diesem Jahr wieder ein schwerer Verlust, nachdem 1985 der Rekordverlust in Höhe von 11,8 Milliarden Schilling die Ablösung des gesamten Führungsteams unter Generaldirektor Heribert Apfalter bewirkt hatte.

Hatten 1985 noch schiefgelaufene Ölspekulationen der Voest-Tochter Intertrading fast den Konkurs des Unternehmens bedeutet, so läßt 1986 ein Auftragseinbruch von 40 Prozent per Ende Mai weitere 4,2 Mrd. Schilling Abgang erwarten. Nach Angaben von Generaldirektor Herbert Lewinsky ist der Umsatz im ersten Halbjahr 1986 um 7,7 Prozent auf 20,3 Mrd. Schilling zurückgegangen. Die in diesem Jahr zu erwartenden Verluste werden zu fast der Hälfte dem Stahlgeschäft, zu einem Viertel dem Finalbereich und zu fast 15 Prozent dem Industrieanlagenbau zugeschrieben.

1985 schlossen mit Ausnahme der Hütte und der Produktion von Ölfeldrohren alle Bereiche negativ. Das Unternehmen beschäftigte im Vorjahr 38 079 Mitarbeiter.

Export stützt die Konjunktur

Frankreichs Unternehmer sind wieder zuversichtlicher

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Konjunkturaussichten werden in Frankreich von den Unternehmern wieder optimistischer eingeschätzt. Nach ihrer jüngsten Befragung durch das statistische Amt Insee erwarten sie für die nächsten Monate bei weiter mäßigen Preisanstieg insgesamt eine Zunahme ihrer Aktivitäten. Bereits im zweiten Quartal hatte sich die französische Konjunktur von ihrem vorangegangenen Rückschlag weitgehend erholt.

Vor allem die Auftragslage der Konsumgüterindustrie hat sich weiter verbessert. Der Kaufkraftzuwachs der Bevölkerung beflügelte nicht nur den laufenden Verbrauch. Auch Automobile wurden verstärkt gekauft. Inzwischen haben die Bestellungen aus dem Ausland ebenfalls zugenommen und erreichen ihr bestes Niveau seit vier Jahren.

Dagegen läßt die französische Investitionsgüterkonjunktur noch sehr zu wünschen übrig. Hier wird nur ein verhältnismäßig schwacher Produktionsanstieg erwartet, obwohl die Hersteller von Zwischenprodukten zur Zeit gut beschäftigt sind. Als schwach bezeichnet das Insee die Lage der Elektro- und elektronischen Industrie. Im Maschinenbau hat sich die Auftragslage etwas verbessert. Die Vorräte an Fertigprodukten liegen allgemein noch über dem Normalstand.

Für fast alle Branchen verspricht die Exportnachfrage stärker als die Binnennachfrage auszufallen, meint das Insee. Die letzte Franc-Abwertung vom 7. April würde allmählich Wirkung zeigen. So könnte die französische Handelsbilanz demnächst wieder aus den roten Zahlen kommen. Im Monat Juni hatte sie noch ein Defizit von 1,3 Mrd. Franc erbracht nach 2,1 Mrd. Franc im Mai.

Zuversichtlich zur Konjunkturentwicklung äußerte sich jetzt auch Premierminister Chirac. Er glaubt insbesondere, daß sich in absehbarer Zeit die Investitionstätigkeit der Unternehmen beleben wird. Einen Abbau der Arbeitslosigkeit erwartet er vorerst allerdings noch nicht, jedoch eine Stabilisierung.

Chirac setzt nicht zuletzt auch auf ein zunehmendes Vertrauen des Auslands, das sich in höheren konjunkturfördernden Direktinvestitionen niederschlagen soll. Bisher waren es allerdings eher die von dem noch ziemlich hohen französischen Zinsniveau angelockten ausländischen Finanzanlagen, welche seit der Franc-Abwertung Devisenzuflüsse von mehr als 12 Milliarden Franc gebracht hatten.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Henkel überrundet Colgate

Düsseldorf (J. G.) – Im Zuge ihrer Forcierung der Akquisitionspolitik hat die Henkel KGaA, Düsseldorf, von der AXA-Versicherungsgruppe die Seifen- und Waschmittelfirma Union Générale de Savonnerie, Marseille, gekauft (150 Mill. DM Umsatz, 590 Leute). 1985 hat Henkel in Frankreich mit breiter Produktpalette (sechs Fabriken) 850 Mill. DM Umsatz erzielt. Im Welt-Waschmittelgeschäft, das anders als daheim im romanischen Teil Europas noch munter wachse, habe Henkel mit diesem Kauf nun Colgate überrundet und liege an dritter Stelle hinter Procter & Gamble und Unilever.

Grünes Licht aus Berlin

Berlin (tb.) – Der italienische Olivetti-Konzern darf die TA Triumph-Adler AG, Nürnberg, übernehmen. Das Bundeskartellamt wird den Erwerb nicht untersagen, teilte die Behörde gestern in Berlin mit. In der Begründung heißt es, die Unternehmen erreichen durch den Zusammenschluß keine marktbeherrschenden Stellungen. Auf dem Markt für elektronische Schreibmaschinen bestehe ein wesentlicher Wettbewerb. Olivetti wird die VW-Beteiligung von 98,4 Prozent an TA übernehmen. Im Gegenzug beteiligt sich VW an Olivetti mit zunächst fünf Prozent und hat eine Option auf insgesamt elf Prozent.

Gewinn im zweiten Quartal

Dallas (VWD) – Die Texas Instruments Inc. hat im zweiten Quartal einen Reingewinn von 12,3 Mill. Dollar erzielt, verglichen mit einem Verlust von 3,9 Mill. Dollar im gleichen Vorjahreszeitraum. Der Umsatz blieb mit rund 1,24 Mrd. Dollar gegenüber dem Vorjahresquartal unverändert. Für die erste Jahreshälfte ergibt sich nach Angaben der Gesellschaft ein Gesamtverlust von 11,5 Mill. Dollar (bei einem Betriebsverlust von 0,7 Mill. Dollar) gegenüber einem Reingewinn von 5,2 Mill. Dollar vor einem Jahr. Umgesetzt wurden im ersten Halbjahr 2,39 (2,52) Mrd. Dollar.

Gutes Geschäftsergebnis

Hannover (dl) – Die Versicherungsgruppe Hannover (VGH/Landschaftliche Brandkasse + Provinzial Lebensversicherung), Hannover, hat im Geschäftsjahr 1985 wiederum ein gutes Geschäftsergebnis erzielt. Die Gesamtbeitragseinnahme belief sich auf deutlich über 1,3 Mrd. DM. Der Versicherungsbestand in der Lebensversicherung stieg 1985 auf über 9,8 Mrd. DM. Das hohe Wachstum in der Lebensversicherung setzt sich auch 1986 fort. In der Autoversicherung erhielten 90 Prozent aller Kfz-Haftpflichtversicherten eine Beitragsrückvergütung.

Werberat rügt Anzeige

Bonn (AP) – Der Deutsche Werberat hat die Anzeige eines privaten Bildungsinstituts in Frankfurt öffentlich als „herabwürdigend und verhöhnend" gerügt, teilte der Zentralausschuß der Werbewirtschaft mit. Das Institut hatte in dem beanstandeten Inserat den vollbesetzten Flur eines Arbeitsamtes gezeigt und mit der Schlagzeile versehen: „Sitzen Sie gut?". Dies könnte beim Betrachter den Eindruck erwecken, „hier würden Arbeitslose, die beim Arbeitsamt sitzen, an ihrem Schicksal selber schuld sein", meint der Werberat.

Einzelhandel investiert mehr

Ifo-Umfrage: Modernisierung ist wichter als Expansion

vos, München

Etwas mehr als geplant hat der Einzelhandel im vergangenen Jahr investiert. Besonders kleine und mittlere Unternehmen unter zehn Mill. DM Jahresumsatz korrigierten aufgrund des günstigen Geschäftsklimas ihre Investitionspläne nach oben. Wie aus einer Umfrage des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, München, unter 1100 Einzelhandelsunternehmen hervorgeht, stiegen die Ausgaben in diesem Bereich gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent auf 7,8 Mrd. DM, das entspricht unverändert 1,9 Prozent des Umsatzes.

Nur 42 (1984: 43) Prozent flossen dabei in Bauvorhaben, bei denen es sich hauptsächlich um Umbauten und Reparaturen handelte. Das Institut stellt fest, daß die meisten Unternehmen weniger auf Expansion als auf Straffung und Modernisierung von Betriebsabläufen setzen. 39 Prozent der Investitionen entfielen dann auch auf Betriebs- und Geschäftsausstattung, wobei Kommunikationstechniken wie EDV-gestützte Warenwirtschaftssysteme oder Computerkassen jetzt nach jahrelanger Erprobungszeit im Vordergrund stehen. Sie lohnen sich bereits für mittlere Unternehmen.

Der Einzelhandel profitierte nur bedingt vom realen Wirtschaftswachstum um 2,4 Prozent. Die Verbraucher gaben nur 1,7 Prozent mehr aus als 1984, den Großteil davon allerdings für Dienstleistungen, so daß sich der Einzelhandel mit einem Absatzplus von 0,7 Prozent zufriedengeben mußte; im Vorjahr wurde dagegen nur ein Plus um 0,4 Prozent erzielt. Am besten schnitten die Branchen Büroeinrichtungen, Fahrzeuge und -zubehör und Verbrauchsgüter ab. SB-Warenhäuser und Verbrauchermärkte verzeichneten den größten Umsatzzuwachs (5,6 Prozent).

Für 1986 rechnet der Einzelhandel mit einer Expansion des privaten Verbrauchs um fünf Prozent. Gründe dafür sind gestiegene Einkommen und geringere Ausgaben für Energie und Kraftstoffe. Ein Plus in dieser Höhe sei zuletzt vor zehn Jahren zu beobachten gewesen, so Ifo. Im Investitionsbereich werden zwischen 20 Prozent Zuwachs oder Kürzungen angekündigt.

Insel-Tourismus nimmt zu

Großbritannien wirbt Reisende aus Nordamerika

fu. London

Zum ersten Mal haben Touristen aus dem In- und Ausland in Großbritannien innerhalb einer zwölfmonatigen Frist mehr als 10 Mrd. Pfund ausgegeben. In dem Tourismus-Jahr zum Ende März 1986 gaben ausländische Touristen 4,93 Mrd. Pfund aus, 750 Mill. Pfund mehr als in der gleichen Vorjahreszeit. Heimische Touristen erhöhten gleichzeitig ihre Ausgaben im eigenen Land um 275 Mill. auf 5,08 Mrd. Pfund.

Wie Duncan Bluck, Chairman der halbstaatlichen Tourismus-Organisation English Tourist Board bei der Vorlage des Jahresberichtes betonte, werde auch das laufende Jahr ein sehr gutes Tourismus-Jahr werden. Daran ändere auch der starke Einbruch im Frühjahr durch das Ausbleiben amerikanischer Touristen nichts. Im April fiel im Zusammenhang mit der Libyen-Bombardierung und verschiedenen terroristischen Zwischenfällen die Zahl der Touristen aus dem nordamerikanischen Raum gegenüber dem Vorjahresmonat um 19 Prozent. Auch der Kernreaktor-Zwischenfall von Tschernobyl wirkte sich negativ auf die Zahl der Besucher von jenseits des Atlantiks aus.

Doch sowohl von den einzelnen britischen Tourist Boards als auch von der Tourismus-Industrie selbst seien große Anstrengungen unternommen worden, diesen Einbruch aufzufangen. So hat etwa die staatliche Fluggesellschaft British Airways in einer großangelegten Kampagne freie Flugscheine nach Großbritannien und zurück an gut 5000 Amerikaner ausgegeben.

Darüber hinaus gibt es nach Angaben des English Tourist Board klare Hinweise dafür, daß der Tourismus in Großbritannien von der Privatwirtschaft ernster genommen wird als bisher. So sind seinen Schätzungen zufolge im letzten Halbjahr 1985 rund 750 Mill. Pfund in Tourismus- und Freizeit-Projekte investiert worden.

Größter Touristen-Magnet in London war im vergangenen Jahr das Britische Museum mit 3,8 Mill. Besuchern, gefolgt von der National Gallery (3,2 Mill.) und dem Wissenschaftsmuseum.

VAW warnt vor Atom-Ausstieg

J. G. Düsseldorf

Mit der Ankündigung einer umfangreichen Stellungnahme in der nächsten Nummer ihrer Quartals-Werkszeitschrift warnt die größte Viag-Konzerntochter Vereinigte Aluminium-Werke AG (VAW), Bonn: „Ohne die Fortführung der Erzeugung von Kernenergie ist der Fortbestand unserer Hütten nicht denkbar."

Ohne diesen wenigstens noch vergleichsweise kostengünstigen Grundlaststrom müßten auch die mit den Hütten verbundenen Produktionen vom Oxid bis zum Standardhalbzeug „auf Dauer" verschwinden. „Es ist eine Illusion zu glauben, daß der Ausstieg aus der Kernenergie ohne erhebliche Opfer der Volkswirtschaft und jedes einzelnen vonstatten gehen könnte."

Im zweiten Quartal 1986 lag der VAW-Umsatz besonders wegen des Hüttenaluminiumgeschäfts mit 934 Mill. DM um 5,1 Prozent niedriger als vor Jahresfrist bei gesunkenem Betriebsgewinn. Offen bleibe, ob der weiter zunehmende Währungsdruck im Rest des Jahres mit Preiserhöhungen auszugleichen sei.

Wabco wuchs mit Neuentwicklungen

dos, Hannover

Die Wabco Fahrzeugbremsen GmbH, Hannover, eine Tochter der American Standard Inc., New York, hat im Geschäftsjahr 1985 die Aufwärtsentwicklung fortgesetzt. Nach Angaben der Geschäftsführung wuchs der Umsatz um 9 Prozent auf 413 (379) Mill. DM. Wesentlichen Anteil daran hatten die elektronischen Produkte und Neuentwicklungen. Das konventionelle Geschäft mit pneumatischen Bremssystemen und deren Komponenten dagegen verharrte auf dem Niveau des Vorjahres.

Die bessere Kapazitätsauslastung, verringerte Reklamationskosten und höhere Beteiligungserträge wirkten sich positiv auf die Ertragslage aus. Den Jahresüberschuß beziffert die Geschäftsführung mit 31,5 Mill. DM. Für 1984 war ein Überschuß von 17,2 Mill. DM ausgewiesen worden; vorab allerdings hatte Wabco an die Mutter 17 Mill. DM überwiesen. Für das laufende Jahr rechnet das Unternehmen mit einem „begrenzten Wachstum". Ende 1985 beschäftigte Wabco 2320 Mitarbeiter, 125 mehr als vor Jahresfrist.

Mailänder Börse immer wichtiger

VWD, Mailand

Der italienische Aktienmarkt gewinnt für die Finanzierung der italienischen Wirtschaft zunehmend an Bedeutung. Im ersten Halbjahr 1986 nahmen die italienischen Börsengesellschaften nach Angaben der Mailänder Börsendirektion am Aktienmarkt mittels Kapitalerhöhungen frisches Kapital im Wert von 7400 Mrd. Lire auf, gegenüber 4693 Mrd. Lire im Gesamtjahr 1985. Gleichzeitig wurden 21 Gesellschaften in den Kurszettel neu aufgenommen, so daß jetzt an der Mailänder Börse rund 160 Unternehmen mit zusammen ungefähr 220 Titeln notiert sind.

Rund 150 weitere Unternehmen haben bereits ihre Absicht bekundet, in den nächsten Jahren Antrag auf Börsenzulassung zu stellen. Davon werden voraussichtlich knapp 60 schon im Laufe des kommenden Jahres an die Börse kommen. Ende Juni belief sich der nominale Börsenwert aller am Mailänder Aktienmarkt notierten Gesellschaften auf 156 400 Mrd. Lire. Das waren 60 Prozent mehr als Ende 1985 und über 200 Prozent mehr als Ende 1984.

Bis Jahresende ausgelastet

Hein, Lehmann beendet dreijährige Dividendenpause

J. G. Düsseldorf

Mit 1327 (1220) Beschäftigten hat die Düsseldorfer Hein, Lehmann AG 1985 ihre Gruppen-Gesamtleistung auf 168 (149) Mill. DM gesteigert und damit den vorjährigen Rückschlag mehr als aufgeholt. Erstmals nach drei dividendenlosen Jahren kehrt die AG zu der zuletzt für 1981 gezahlten Dividende von 6 DM je 100-DM-Aktie auf 8 Mill. DM Aktienkapital zurück, an dem der Luxemburger Arbed-Stahlkonzern über seine deutsche Tochter TechnoArbed zu 89 Prozent beteiligt ist. Dafür wird ihr Jahresüberschuß von 0,4 (0,01) – im Teilkonzern 0,42 (0,02) Mill. DM – nebst Gewinnvortrag komplett ausgekehrt.

Günstig und mit Aussicht auf weitere Ertragsbesserung des relativ breit gelagerten Gruppengeschäfts (Stahl- und Rohrleitungsbau, Draht- und Kunststoffverarbeitung, Massen-Trennungstechnik und Verzinkerei) sieht der Vorstand auch 1986. Bei der AG, deren Gesamtleistung 1985 bei Vollauslastung um 14,6 Prozent auf 130 Mill. DM stieg, sei ein weiteres Leistungsplus von 17 Prozent zu erwarten. Der heutige Auftragsbestand von 67,3 Mill. DM sichere hier bereits bis Jahresende eine „solide Auslastung aller Bereiche". „Recht zufriedenstellend" laufe auch das aktuelle Geschäft der Organtöchter.

Bei einem 1985 auf 29,8 (26,8) Prozent erhöhten Anteil des AG-Auslandsgeschäfts gründet der Vorstand sein positives Urteil vor allem darauf, daß nun die Inlandsnachfrage, von niedrigeren Zins- wie Energiekosten und anderem mehr beflügelt, zur treibenden Kraft des Wirtschaftswachstums geworden sei.

Dem Positiven folgt eine Warnung: Diese Tendenz werde sich nicht in das nächste Jahr fortsetzen, „falls es nicht gelingt, die in den vergangenen Monaten eher schleppenden Auftragseingänge des Stahlbaus im weiteren Jahresverlauf wesentlich zu steigern". Im Gegensatz dazu zeigen jedoch die übrigen AG-Bereiche und die Organgesellschaften auch im Auftragseingang einen Aufwärtstrend ohne Fragezeichen, am stärksten im Rohrleitungsbau.

Neue Molkerei-Fusion erwogen

Milchwerke Westfalen: Umsatzminus durch Quoten

hdt. Herford

Die negativen Folgen der EG-Milchquotenregelung hielten bei der Milchwerke Westfalen eG, Herford, auch 1985 noch an. Die angelieferte Milchmenge, 1984 noch 401 Mill. kg, ging auf 381 Mill. kg zurück, die Umsatzerlöse sanken dadurch von rund 460 auf 435 Mill. DM. Allein 387 Mitgliedshöfe schieden 1985 wegen Produktionsaufgabe aus der Genossenschaft aus, weitere 700 Abmeldungserklärungen liegen bereits für 1986/87 vor.

Eine ähnliche Entwicklung ist im gesamten Bundesgebiet festzustellen. Hier gab es 1950 noch 1,16 Mill. Erzeugerbetriebe mit durchschnittlich fünf Milchkühen. Inzwischen hat sich die Zahl der Betriebe auf 347 000 reduziert, jedoch mit einem Durchschnittsbestand von 16 Kühen, so daß deren Gesamtzahl nur geringfügig abnahm. Parallel zu dieser Entwicklung auf der Erzeugerseite lief eine ähnliche Konzentration auch auf der Verarbeitungsstufe.

Die 4500 bundesdeutschen Molkereien zu Beginn der fünfziger Jahre reduzierten sich durch Aufgabe und Fusionen auf noch rund 500, und dieser Prozeß ist noch nicht abgeschlossen. So lassen die Milchwerke Westfalen derzeit zusammen mit den benachbarten Unternehmen Münsterland in Münster und der Molkerei Paderborn-Riembeck ein Strukturgutachten erarbeiten, um festzustellen, ob eine Fusion dieser drei genossenschaftlichen Betriebe wirtschaftliche Vorteile erbringen kann. Hans-Günther Saalfeld, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Herforder Unternehmens, hält die Zahl der noch 37 selbständigen westfälischen Molkereien als zu groß und weist auf das Beispiel Dänemark hin, wo eine Molkerei nahezu 50 Prozent der gesamten Milchanlieferung des Landes verarbeitet.

Die mögliche Fusion der drei genannten Molkereien würde einen Betrieb mit einer Ablieferungsmenge von 770 Mill. kg Milch entstehen lassen. Die Milchwerke Westfalen eG, ihrerseits 1978 aus der Fusion der Verarbeitungsbetriebe Bielefeld-Herford und Bochum-Dortmund entstanden, würden dabei neben ihrer Markenartikelproduktion im Butterbereich auch ihre Kindernahrung „Humana" einbringen, deren Umsatz 1985 um 8,1 Prozent, im Exportsektor sogar um 21,7 Prozent anstieg. Fast die Hälfte von 9,5 Mill. DM Investitionen fließen in diesen Bereich.

Planungshilfen für die Existenzgründung

Ärzte- und Apothekerbank sieht sich als Finanzberater der niedergelassenen Heilberufe

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die schon seit einigen Jahren verschlechterten Rahmenbedingungen für die Ausübung des Heilberufs, die Verschärfung der Konkurrenzsituation, die einschneidenden Maßnahmen der Kostendämpfung im Gesundheitswesen und die absolut wie prozentual im Verhältnis zum Umsatz steigenden Kosten, haben die Deutsche Ärzte- und Apothekerbank eG, Düsseldorf, dazu geführt, ihre Aufgabe darin zu sehen, mehr als „nur" eine Universalbank zu sein.

Deutschlands größtes genossenschaftliches Primärinstitut sieht gerade in wirtschaftlich zunehmend größer werdenden Belastungen für die Existenzgründung und die Erfolgsaussichten der niedergelassenen Heilberufe seine Funktion als Finanzberater. Das gilt sowohl für jeweils bedarfsbezogene Konzipierung von Anlage- und Kreditangeboten wie auch kundenspezifischer Dienstleistungen. „Qualifizierte Planungshilfe bei der Existenzgründung wird immer häufiger in Anspruch genommen, ebenso die betriebswirtschaftliche Beratung auch bei etablierten Praxen und Apotheken", heißt es im Geschäftsbericht 1985.

Darüber hinaus bindet das mit offiziellem Kürzel als APO-Bank bezeichnete Institut die rund 110 000 Kunden, davon fast 61 000 Mitglieder (Genossen), mit besonderen Annehmlichkeiten: spesenfreie Kontoführung für Guthabenkonten (einschließlich Übernahme der Portokosten), kostenfreie Vermögensberatung und -verwaltung sowie taggleiche Gutschrift der Abrechnungsgelder. Die Ausweitung der Kundenzahlen hat auch zu einer Verdichtung des Filialnetzes, 44 Geschäftsstellen in 35 Städten, geführt.

Trotz vorsichtig dimensionierter Kreditaufnahmen wurden 1985 Neuengagements in Höhe von 1,1 (0,8) Mrd. DM eingegangen. Unter Berücksichtigung der Rückflüsse im Darlehensbereich, die wiederum 30 Prozent des Bestandes ausmachten, betrug der bilanzwirksame Zuwachs im Kreditgeschäft rund 250 Mill. DM.

Die gute Resonanz auf den Anlageservice zur Ersparnis- und Rücklagenbildung sowie zur Liquiditätsvorsorge wird durch die Kundeneinlagen einschließlich Inhaberschuldverschreibungen deutlich, die 77,2 (75,9) Prozent der Bilanzsumme ausmachen. Das Sparaufkommen stellt mit über 2 Mrd. DM mehr als ein Drittel der gesamten Kundeneinlagen dar.

Verringerte Zins- und Provisionsüberschüsse haben 1985 das Betriebsergebnis auf 63,4 (74,6) Mill. DM sinken lassen. Nach den kundenspezifisch wohl notwendigen Rückstellungen für Kreditrisiken wird ein Jahresüberschuß von 22,3 (22,1) Mill. DM ausgewiesen. Davon gehen 15 (15) Mill. DM in die Rücklagen, und 7,3 Mill. DM dienen einer Ausschüttung von erneut sechs Prozent auf die Geschäftsguthaben, das sind einschließlich der Steuergutschrift 9,38 Prozent.

Dt. Ärztebank	1985	±%
Gelder von Banken (Mill. DM)	1236	- 1,0
Gelder v. Kunden	4567	+ 8,2
Forder. an Banken	1048	+ 4,0
Forder. an Kunden	4516	+ 5,8
Kreditvolumen	4950	+ 5,1
Bilanzsumme	7156	+ 6,5
Geschäftsvolumen	7436	+ 5,8
Zinsüberschuß	181	- 0,5
in % d. Bil.-Summe	2,53	(2,71)
Provisionsüberschuß	19	- 2,8
Eigenkapital	346	+ 6,5
in % d. Bil.-Summe	4,84	(4,84)
in % d. Verbindlk.	5,92	(5,90)
Liquide Mittel	1539	+ 13,1
in % d. Verbindlk.	26,4	(24,7)

PERSONALIEN

Prof. Dr. **Georg Bruns**, ehemaliger Syndikus der Frankfurter Wertpapierbörse, Mitglied des Vorstandes des Frankfurter Kassenvereins AG und Mitglied des Vorstandes des Deutschen Auslandskassenvereins AG, wird am 30. Juli 80 Jahre.

Bürgermeister Dr. **Klaus Hahnzog**, München, hat am 11. Juli turnusgemäß den Aufsichtsratsvorsitz der Bayerngas übernommen. Oberbürgermeister **Hans Breuer**, Augsburg, wurde 1. stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender.

Günter Kröger ist mit Wirkung vom 1. Juli 1986 zum Geschäftsführer der Rhein-Lippe Wohnstättengesellschaft mbH, Duisburg, als Nachfolger von **Heinrich Klein** bestellt worden.

Eugen Saier, geschäftsführender Gesellschafter der Kunststoffwerk Eugen Saier GmbH & Co., Alpirsbach-Peterzell, ist am 17. Juli im Alter von 59 Jahren gestorben.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bayreuth: Integral Ges. f. integrierte Organisations-Systeme mbH, Gefrees; **Dannenberg:** Nachl. d. Sieglinde Mann geb. Neinaß, OT Riekau; **Düren:** Christian Heimbeck GmbH, Merzenich; Medi Data Christian Heimbeck GmbH, Merzenich; **Göttingen:** Treubau-Haus GmbH, Rosdorf 1; **Gütersloh:** Effet-Fashion Textilges. mbH, Rietberg 2; **Hamburg:** Nachl. d. Peter Jürgen Clauß; **Herford:** mk Form Möbelelemente GmbH & Co. KG; mk Form Möbelelemente GmbH; **Ibbenbüren:** Liesenkötter GmbH & Co. KG, Saerbeck; **Kleve:** Rainer Megens, Inh. e. Versicherungsagentur; **Krefeld:** Cikalon Teppichwerk GmbH, Kempen; **Lüdenscheid:** Renate Schröder KG, Plettenberg 1; Renate Martin-Schröder, Industriekaufmann, Plettenberg; **Lüneburg:** Eheleute Harry Horstmann und Olga Marina Horstmann geb. Perla, **Brietlingen-Moorburg; Recklinghausen:** STA-WE Betonbau GmbH, Herten; Hoba-Hotel-Ges. mbH & Co. Bau- und Betriebsges. KG, Herten; Christel Friedrich geb. Rühl, Herten; **Stuttgart:** Nachl. d. Helmut William Ansperger, Filmvorführer; **Stuttgart-Bad Cannstatt:** Duma, Dachdeckung und Makadambeläge, Baustoff-Großhandlung, Flaschner- u. Zimmermannsarbeiten GmbH & Co. KG; **Wilhelmshaven:** Norddeutsches Bewachungs-Institut Wilhelmshaven Raeb & Groth KG; Wach- u. Werkschutzdienste Raeb & Groth GmbH; **Worms:** Nachl. d. Otto Walter Heuser.

Vergleich eröffnet: Stuttgart: AFB Agentur für Bauleistungen GmbH, Leonberg.

Vergleich beantragt: Bielefeld: Wende Tapisseriewaren GmbH.

Wer ein Zwischenzeugnis will, riskiert seinen Arbeitsplatz

Bei Abwanderungsabsichten kann der Arbeitgeber kündigen

Arbeitszeugnisse spielen nicht nur beim Wechsel der Firma eine Rolle. Nach dem Betriebsverfassungsgesetz (Paragraph 82 Abs. 2) kann jeder Arbeitnehmer verlangen, daß ihm die Beurteilung seiner Leistung erläutert wird. Dies muß allerdings nicht in Form eines Zeugnisses geschehen. Denn in Betrieben, in denen die Mitarbeiter regelmäßig beurteilt werden, hat der einzelne keinen Anspruch auf ein Zwischenzeugnis. Klaus Rischar, Direktor des Pädagogischen Instituts für die Wirtschaft in Bad Soden, unterscheidet drei Situationen, in denen Beschäftigte ein Zwischenzeugnis anfordern können:

bei der Anmeldung zu Fortbildungskursen und Lehrgängen (hier genügt zumeist eine einfache Arbeitsbescheinigung), bei Versetzungen und bei Bewerbungen.

Versetzung bedeutet in diesem Zusammenhang Wechsel an einen Arbeitsplatz in einem anderen Werk oder in einer Niederlassung, die in personellen Angelegenheiten selbständig ist. Dies gilt entsprechend auch für Angestellte im öffentlichen Dienst; nicht jedoch für Beamte, die ohnehin mindestens alle drei Jahre und beim Wechsel der Dienststelle beurteilt werden.

Für leitende Angestellte gibt es, wie Rischar betont, noch eine Besonderheit: Sie können auch bei wesentlichen Änderungen der Unternehmensstruktur, wie zum Beispiel Wechsel der Rechtsform, Verkauf oder Fusion, ein Zwischenzeugnis verlangen. Eine sehr delikate Angelegenheit ist der Wunsch nach einem Zwischenzeugnis, wenn der Arbeitnehmer sich verändern möchte. Hat er ernsthafte Abwanderungsabsichten, muß der Arbeitgeber ihm auf Verlangen ein Zwischenzeugnis ausstellen. Dabei riskiert der Arbeitnehmer jedoch seinen Arbeitsplatz.

„Nach der gefestigten Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts kann das Unternehmen einen Mitarbeiter, der sich ernsthaft um eine andere Stelle bemüht, unter bestimmten Voraussetzungen von sich aus kündigen", betont Rischar. Möglich ist das, wenn die Position bedeutsam ist, wenn ein Bewerber da ist, der eine Entscheidung verlangt oder wenn die Stelle schwer zu besetzen ist.

Dies wissen selbstverständlich auch die Personalberater. „Wir legen keinen Wert darauf, über das jetzige Tätigkeitsgebiet eines Bewerbers ein Zwischenzeugnis zu bekommen. In solche gefährliche Situationen bringen wir unsere Bewerber nicht", betont Lothar Heimeier von Baumgartner & Partner in Sindelfingen. Heimeier warnt eindringlich davor, außerhalb der normalen Anlässe wie einem Wechsel des Vorgesetzten oder des Verantwortungsbereichs, vom Vorgesetzten ein Zwischenzeugnis zu verlangen. Häufig versuchten „etwas kommunikationsschwache" Mitarbeiter das Zwischenzeugnis als strategisches Mittel einzusetzen, um zu signalisieren: „Tut etwas für mich!" Es sei aber immer besser, offen über die Probleme zu sprechen, empfiehlt der Personalberater.

HEINZ STÜWE

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Versetzung

Wenn einem Arbeitnehmer ein anderer Arbeitsbereich zugewiesen wird und die Arbeit dort voraussichtlich die Dauer von einem Monat überschreitet, handelt es sich nach Paragraph 95 Abs. 3 des Betriebsverfassungsgesetzes (BetrVG) um eine Versetzung, für die eine Zustimmung des Betriebsrats, aus dem der Arbeitnehmer kommt, erforderlich ist. Unter Bezugnahme auf diese Gesetzesbestimmung hat der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts im Beschluß 1 ABR 27/84 vom 18. 2. 1986 festgestellt, daß ein großes Automobilwerk in Köln nicht ohne Zustimmung des Betriebsrats im Januar 1983 mehrere Mitarbeiter für sechs Wochen nach Japan zu einem dortigen Automobilhersteller entsenden durfte.

Urlaubsanspruch

Gewährt ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer vor Ablauf des Urlaubsjahres beziehungsweise des Übertragungszeitraums den Urlaub nicht, obwohl ihm dies möglich ist, tritt nach Zeitablauf an dessen Stelle als Schadensersatzanspruch ein Urlaubsanspruch in gleicher Höhe. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Urteil 6 AZR 169/84 vom 7. 11. 1985 entschieden.

„Die Generation der Schüler widerlegt die These, es fehle ihr an Flexibilität"

In den Jugendforen der Deutschen Bank beantworten Experten Fragen von Jugendlichen

Der rote Teppich für die Berufsanfänger der 90er Jahre ist noch nicht gewebt. Für die Schulabgänger dieser Tage sind Prognosen über die in fünf Jahren einsetzende Jagd auf Auszubildende auch wenig hilfreich. Sie suchen ihre Chancen jetzt, fühlen sich oft von Eltern, Schule, Staat und Wirtschaft allein gelassen.

Die Sorge um die berufliche Zukunft vieler Jugendlicher hat sich die Deutsche Bank zu eigen gemacht. Seit 1982 bietet sie Informanten und Informationen an. In ihren Jugendforen, kürzlich fand das 150. in Essen statt, gibt die Bank Schülern Gelegenheit, Experten aus Wirtschaft und Hochschule, aus Bundeswehr und Berufsberatung nach Ausbildungschancen, Berufsaussichten und Bewerbungsusancen zu befragen – vor ersten Bewerbungsgesprächen, vor ersten möglichen Enttäuschungen.

Die Deutsche Bank sieht ihre Jugendforen als gesellschaftspolitische Aufgabe, eine Zielsetzung, die ihr von Schülern, sogar von kritischen Lehrern abgenommen wird. Mit dem Namen der Bank wird in den Diskussionsräumen nicht geworben, nicht einmal der Notizblock trägt das Banksignet.

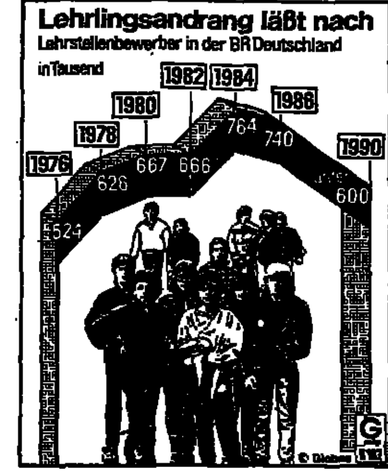
„Wir sind Veranstalter, nicht mehr", sagt Günther Beine, Direktor in der Zentralen Ausbildungs-Abteilung des Instituts. Die Frage nach den Investitionen in die Dauerreisetätigkeit von einem guten halben Dutzend Mitarbeitern wird fast als Zumutung empfunden. Man sehe Verantwortung, heißt es lapidar. So ganz billig ist das Engagement sicher nicht, aber dafür umso erfolgreicher.

Über 75 000 Teilnehmer

In den bisher 150 Veranstaltungen wurden über 75 000 Jugendliche gezählt. Im Durchschnitt sind 500 junge Leute gekommen. Über die allgemeinbildenden Schulen werden Schüler der 9. bis 12. Klasse eingeladen. Mehr als ein Drittel erscheinen regelmäßig, je zur Hälfte angehende Abiturienten und Real- und Hauptschüler.

Die Ausbildungsverantwortlichen der Bank sehen den Erfolg wesentlich im Organisationskonzept: „Die Jugend ist der Hauptakteur. Die Experten, in der Regel Vertreter der Handwerks-, Industrie- und Handelskammer, der Berufsberatung, der Bundeswehr, einer Hochschule, dazu der Personalchef eines ortsansässigen Großunternehmens, stehen Rede und Anwort. Und das oft über die auf zwei Stunden angesetzte Diskussion hinaus, die von einem Rundfunk-Moderator geleitet wird. Er hat meist die „richtige Zunge" im Umgang mit den Jungen und Mädchen, lockt ebenso zusätzliche Fragen heraus wie er bei den Erwachsenen allzu Weitschweifiges stoppt, bei allzu Vagem nachhakt.

Auffallend bei den Jugendlichen: Die vielfach fehlenden Kenntnisse über Berufsaussichten, über das breite Spektrum vieler Berufe. Beides steht in krassem Gegensatz zum Wissen über Studien- und Ausbildungsabläufe, zur zeitlichen Ökonomie von Lehre, Wehrdienst, Studium, in welcher Reihenfolge auch immer.



Die Schulabgänger haben wieder bessere Chancen, eine Lehrstelle ihrer Wahl zu finden. Experten stellen aber immer wieder fest, daß viele Schüler über ihre Berufschancen, vor allem über betriebliche Ausbildungsgänge, unzureichend informiert sind. QUELLE: GLOBUS

Dies alles wird jedoch überdeckt von der bangen Zukunftsfrage: „Was ist günstiger für mich ...?" Das brachte in Essen Gertrud Höhler, Pädagogik-Professorin aus Paderborn, in Harnisch. Ihr fehlte oft „der Biß und der Wille zum Erfolg". Der vorteilhafteste Weg zum Ziel war ihr zu betont. Mit vielen übrigens unterrepräsentierten jungen Damen legte sie sich an, als sie von ihnen mehr Selbstbewußtsein, mehr Selbstvertrauen forderte: „Nur ihr selbst könnt das ändern." Und erhielt Beifall von jungen Männern. Rund die Hälfte der Fragenkomplexe behandelt konkrete Berufswünsche, ein Fünftel der Fragen dreht sich um Ausbildungswege, jeweils zehn bis zwölf Prozent um die zeitliche Folge von Studium, Lehre oder Bundeswehr, um Bewerbungen und Einstellungstests. Viele Fragen nach Einstieg und Chancen, wenig Vorstellungskraft, sich in einem selbständigen Beruf wiederzufinden.

Zu frühe Spezialisierung

Klagen nach wenig individueller Berufsberatung klingen ebenso an wie eine bestimmte Anspruchshaltung nach Berufsinformation als Bringschuld anderer, das Mißverständnis, das Heil allein in möglichst frühzeitiger Spezialisierung des Wissens zu suchen. „Das Gegenteil", so Prof. Gertrud Höhler, gegenüber der WELT, „muß der jungen Generation sozusagen gegen den offiziellen Trend vermittelt werden." Doch das stößt auf Skepsis.

Frau Höhler, die schon bei den ersten Jugendforen der Deutschen Bank dabei war, ist voller Anerkennung für die junge Generation, die längst von „Null Bock" Abschied genommen hat und auf Leistung und Erfolg setzt: „1982 war die große Unruhe, das Mißtrauen zwischen ratgebenden Erwachsenen und den Schülern deutlich, die ihren Weg suchten. Heute hat sich keine Gruppe in diesem Staat so nüchtern und entschieden auf die neuen Schwierigkeiten am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eingestellt wie die Generation der Schüler. Die Jugend an unseren Schulen verdient unsere Bewunderung wegen ihrer neuen Belastbarkeit. Sie widerlegt die Behauptung, es fehle ihr an Flexibilität."

Der Wissenschaftlerin geht diese Problemanpassung schon zu weit: „Die Verzichtbereitschaft vieler gegenüber einem Traumberuf, die Haltung, Wünsche und Neigungen zugunsten eines sicheren Ausbildungsplatzes zurückzustellen, sollten wir korrigieren. Heute müssen die erwachsenen Ratgeber den jungen Menschen zeigen, daß die Erfüllung von Berufswünschen das legitime Recht jedes Jugendlichen ist. Der Wille, sich durchzusetzen, ist bei der Jugend gewachsen."

HARALD POSNY

Zeitarbeitskräfte helfen, Auftragsspitzen zu bewältigen

Verleiher bieten Stellen mit unkonventioneller Arbeitszeit

„Wir sorgen dafür, daß sich die Unternehmen in einer verkrusteten Arbeitswelt die nötige Flexibilität von außen einkaufen können." In dieser betriebswirtschaftlichen Funktion sieht Werner Then, Geschäftsführer der Randstad-Zeitarbeit GmbH, Eschborn, eine der wesentlichen Aufgaben seiner Branche.

Dabei ist die Manövriermasse gar nicht so groß: Die etwa 2000 Arbeitskräfte-Verleiher stellen rund 70 000 Arbeitsplätze, also nur knapp 0,3 Prozent des deutschen Arbeitsmarktes.

Doch im Einzelfall läßt sich damit offenbar einiges ausrichten: „Die Zeitarbeit ist für uns ein Mittel, die Diskrepanz zwischen dem durch Auftragsspitzen kurzfristig höheren und dem langfristig strukturell sinkenden Personalbedarf auszugleichen", meint etwa SEL-Personalleiter Theo Dorschel. Und auch für seinen Kollegen Werner Lahr von der Mainzer Blendax-Tochter Mepag steht der Flexibilitätsgewinn durch Zeitarbeitskräfte im Vordergrund: „Dem räumen wir meist höheren Rang ein als den Kosten."

Freilich gibt es auch andere handfeste Gründe für den Einsatz der Lückenspringer: „Das Entscheidende ist für uns häufig, daß man die Leute schnell bekommt und die Sucharbeit spart", bekennt Hans Sigl, Personalchef im Hausgerätebereich der AEG. Für ihn zählt auch die Kontinuität der Personalpolitik: „Wir stellen nur dann fest ein, wenn wir einen längerfristig sicheren Arbeitsplatz bieten können." Claus Müller vom Druckmaschinenbauer MAN-Roland hat noch eine andere Erfahrung gemacht: „Die Leihfirmen bringen uns noch Facharbeiter, die wir vom lokalen Arbeitsmarkt nicht mehr bekommen."

Dafür werden allerdings auch Anstrengungen unternommen, die weit über den Rahmen eines Arbeitsamts hinausgehen. Randstad etwa, mit 2700 Mitarbeitern und in diesem Jahr voraussichtlich 100 (75) Millionen DM Umsatz in der Spitzengruppe der deutschen Zeitarbeit-Anbieter, hat seine Facharbeiter schon aus strukturschwachen Revieren wie etwa Ostfriesland herangeschafft.

Denn schon längst sind es nicht mehr nur die Bürohilfen, die gelegentlich von außen angemietet werden. Sie machen bei Randstad nur 43 Prozent des Zeitpersonals aus, 45 Prozent sind gewerbliche Arbeitnehmer (davon 30 Prozent ungelernte und angelernte Kräfte sowie 15 Prozent Facharbeiter vom Fernmeldetechniker bis zum Pferdewirt) und sechs Prozent sogar Techniker und Ingenieure. Mit diesem Spektrum, das bei anderen Anbietern ähnlich vorhanden ist, lassen sich denn auch sehr verschiedene Bedarfsspitzen abfangen.

Then hat keine Befürchtungen, daß die anstehende Flexibilisierung des Gesamtarbeitsmarktes dem Branchengeschäft sehr abträglich sein könnte. Spitzenbelastungen und Urlaubslücken werde es immer geben. Zudem löse die Zeitarbeit doch immer wieder das Problem der Unteilbarkeit: „Nur bei uns ergeben viele kleine Zeitnachfragen einen neuen, vollwertigen 40-Stunden-Arbeitsplatz."

Noch tun sich die meisten „normalen" Unternehmen auch sehr schwer mit speziellen Arbeitsangeboten, wie sie zum Alltag des Zeitarbeit-Disponenten gehören: „Zu uns kommen Leute, die genau sieben Monate im Jahr arbeiten wollen, und andere, die fragen, wie lange sie für 2000 Mark schaffen müssen, die sie gerade brauchen", berichtet Then. „Wir bringen das alles unter einen Hut."

JOACHIM WEBER

Ende des Lebens, aber nicht Ende der Liebe.

In Trauer und Dankbarkeit für die Kraft der Geborgenheit nehmen wir Abschied von unserer Mutter, unserem Ömchen und Urömchen

Annelies Becker

geb. Bräuer

* 21. 12. 1898 † 25. 7. 1986

Paul Seebauer
und Frau Ingrid geb. Becker
Claudia Seebauer
Kamel Boujnah
und Frau Christiane geb. Seebauer
Sandra und Julien Boujnah

3360 Osterode am Harz, Schäferbergstr. 3
F-92130 Issy Les Moulineaux/
Paris, Le Mail 5, Raymond Menant

Die Trauerfeier findet am Mittwoch, dem 30. 7. 1986, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Osterode statt, anschließend Beisetzung.

Bestattungshaus Weckmeyer, Osterode am Harz

Gott der Herr, nahm in seinem Frieden meinen geliebten Mann, unseren lieben Vater, Bruder und Großvater

Günther-Gerhard Henning

Pastor i. R.

30. 4. 1910 27. 7. 1986

In Dankbarkeit und Liebe
Erika Henning geb. Wahlen
Kinder und Enkelkinder

2000 Hamburg 76
Eilbektal 60

Trauerfeier ist am Freitag, dem 1. August 1986, um 15 Uhr in der Kirche St. Martinus-Eppendorf.



Bei Antworten auf Chiffreanzeigen immer die Chiffrenummer auf dem Umschlag vermerken!

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Aktien wieder im Sommerloch

Dollar-Schwankungen verunsicherten den Markt

DW. – Wie schon in den letzten Wochen üblich, war das an der Montagbörse vorliegende Ordervolumen gering. Die Ausländer beschränkten sich auf Tauschoperationen. Ein Nettozufluß neuer Mittel war nicht zu beobachten. Die inländischen Anleger fühlten sich durch die Schwankungen des Dollar verunsichert. Da die Zinssenkung augenscheinlich eine Pause eingelegt hat, kamen auch von dieser Seite keine Anregungen mehr. Das überraschend positive Ergebnis der Dresdner Bank im ersten Halbjahr 1986 hat an Ausstrahlungskraft verloren.

Bei den Bankaktien waren die Tageseinbußen teilweise zweistellig. Hier machten sich vor allem Glattstellungen der Börsenkulisse bemerkbar. Aber auch die Titel der Großchemie kamen als dollargeschädigte Papiere wieder ins Rutschen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang der durch eine Kaufempfehlung angeheizte Anstieg von Salzdetfurt, der mit Energiekosten-Einsparungen begründet wird. Wie aktienmüde die Anleger zur Zeit geworden sind, zeigte sich besonders deutlich beim Bezugsrechthandel für die jungen BMW-Aktien. Obwohl der BMW-Aktienkurs zurückgenommen wurde, erreichte das Bezugsrecht am ersten Notierungstag nicht die rechnerische Parität. Von nachgebenden Kursen wurden auch die Warenhausaktien in Mitleidenschaft gezogen, obwohl die Kaufhäuser als importierende Gesellschaften von der Dollarschwäche profitieren sollten. Maschinenbauaktien unsicher. Stahlwerte wenig verändert.

Frankfurt: Springer erholten sich um 10 DM, Aesculap zogen um 15 DM und Kali + Salz um 10,50 DM an. Altana verloren 9 DM, Didier sanken um 10 DM und Goldschmidt um 8 DM.

Düsseldorf: Conc. Chemie verbesserten sich um 10 DM, Dyckerhoff St. befestigten sich um 5 DM und Sinn um 3 DM. Gildemeister gaben um 4 DM nach, Heinrich und Hochtief sanken jeweils um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf verloren 8 DM, Phoenix Gummi büßten 4,50 DM und Bremer Vulkan 2,10 DM ein. Hapag Lloyd stiegen um 0,30 DM und Vereins- und Westbank erhöhten sich um 4 DM.

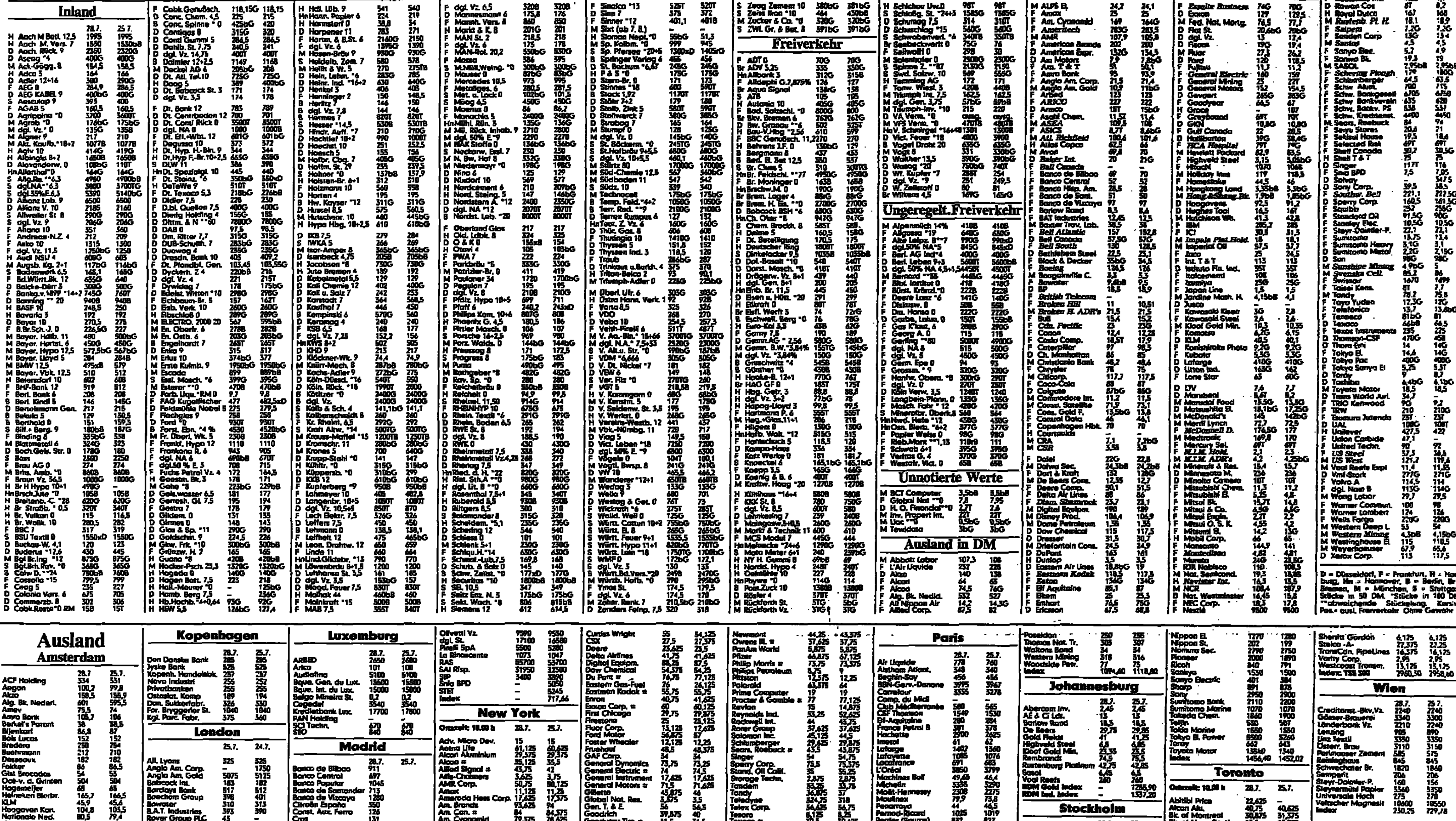
Berlin: Berliner Elektro und Kempinski konnten je 10 DM und Bergmann 4 DM zulegen. Rheinmetall St. büßten 10 DM und Berthold 8,50 DM ein. Herlitz St. gaben um 4 DM nach.

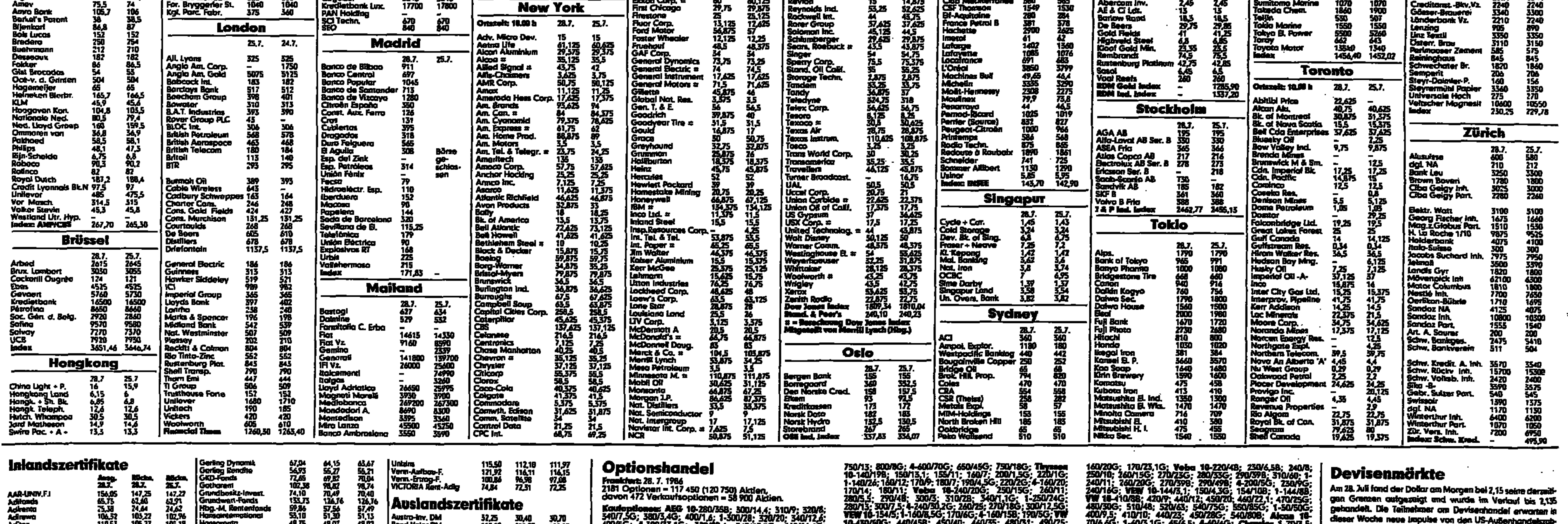
München: Aigner zogen um 7 DM an, Audi AG verbesserten sich um 3 DM und AKS stiegen um 1 DM an. Deckel sanken um 3 DM, Elektro 2000 büßten 28 DM ein und Flachglas verloren 1 DM.

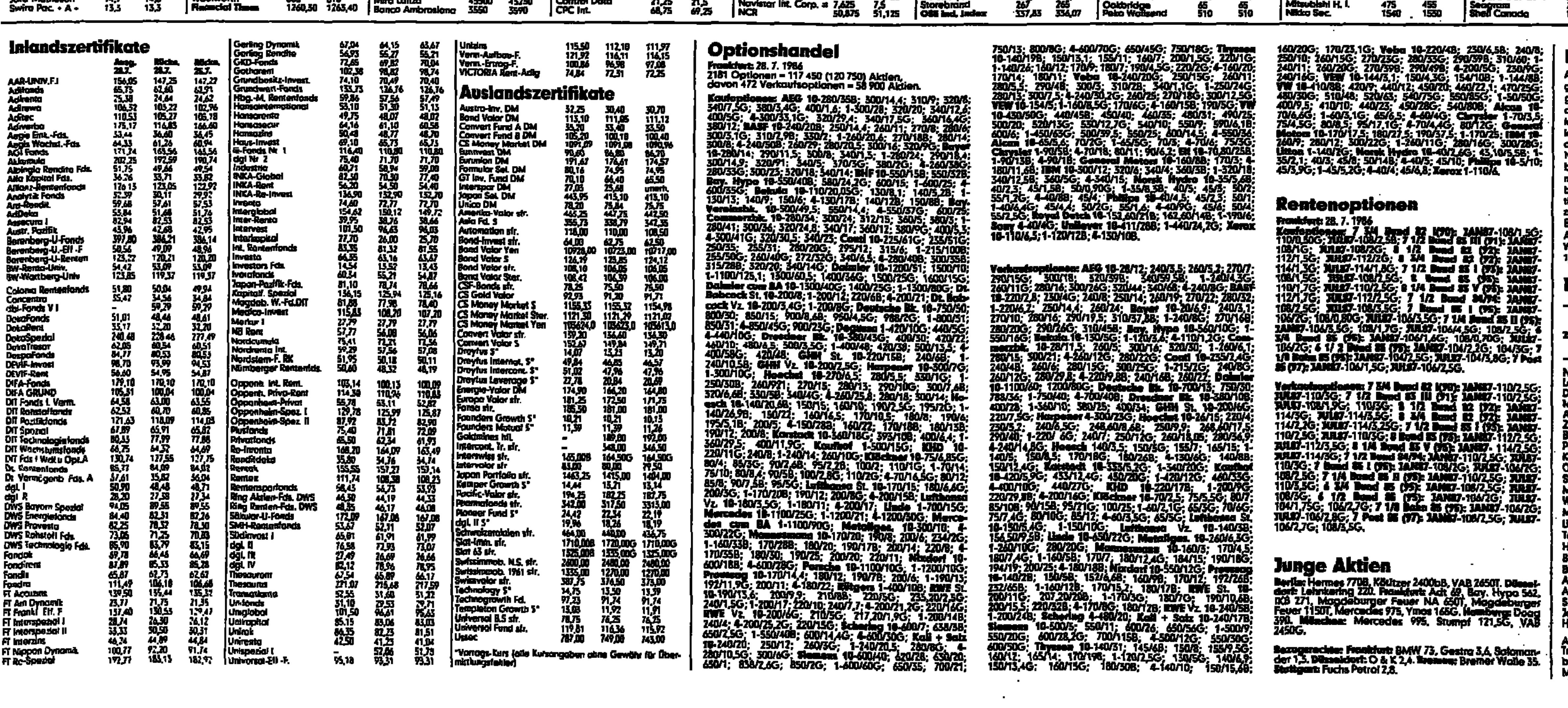
Stuttgart: Daimler mußten 19 DM und Mercedes 9 DM abgeben. IWKA verkehrten 3 DM und Aesculap 7 DM leichter. DLW mußten um 4 DM zurückgenommen werden. Boss erhöhten sich um 50 DM.

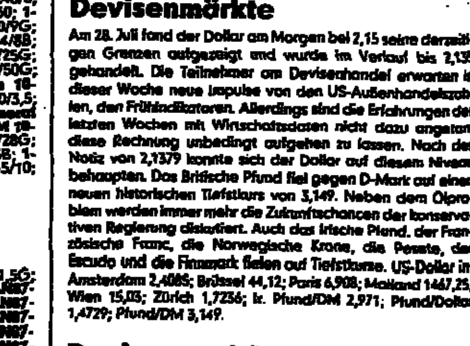
Nachbörse: nachgebend

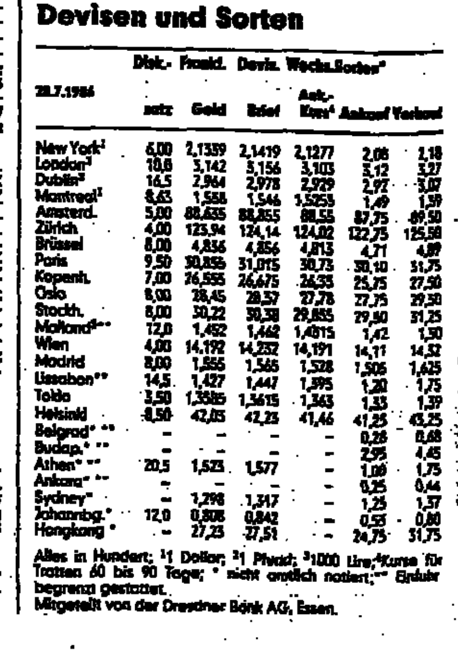
WELT-Aktienindex: 253,25 (255,60)
WELT-Umsatzindex: 2395 (3945)
Advance-decline-Zahl: 78 (129)
38-Tage-Linie: 265,11 (265,45)
200-Tage-Linie: 271,45 (271,31)











Renten teilweise rückläufig

Die Enttäuschung darüber, daß der US-Bondsmarkt in der vergangenen Woche eher nachgebend war und sich damit die Hoffnungen auf eine Zinssenkung in den USA nicht erfüllt haben, schlug sich am deutschen Rentenmarkt in eingeschränkten Anlagekäufen nieder. Inländische Abgaben führten bei öffentlichen Langläufern zu Abschlägen bis zu 0,30 Prozentpunkten. Bei den Pfandbriefen zeigte sich Unsicherheit. Sie machte sich in den Kursen kaum bemerkbar. Die hier gegenüber den öffentlichen Anleihen erzielbaren höheren Renditen erweisen sich als Stabilisierungsfaktor.

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei, PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schuldverschreibung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Warenpreise – Termine

Die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen gaben zum Wochenschluß an der New Yorker Comex nach. Während Kaffee höher bewertet wurde, notierte Kakao niedriger.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	25.7.	24.7.
Sept.	256,75	256,00
Dez.	260,50	261,50
März	258,50	259,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	237,88	237,38
Am. Durum	234,86	235,16

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

25.7.	24.7.
30,00	30,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

17,50	17,50

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Aug.	16,38	16,14

Devisenterminmarkt

Am 28. 7. wurden lediglich die Engl.-Pfund-Abschläge gegen US-Dollar etwas vergrößert genannt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,40-0,30	1,10-1,00	2,15-1,95
Pfund/Dollar	0,43-0,41	1,25-1,22	2,45-2,40
Pfund/DM	2,10-0,70	4,80-3,40	8,90-7,50
FF/DM	15+1	29-13	50-34

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 28.7.: Tagesgeld 4,60-4,75 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,65 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,70 Prozent.
Privatdiskontsätze am 28.7.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,908 Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,908 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 28.7.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 28.7.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-6¾	4½-4¾	5-5¼
3 Monate	6⅝-6¾	4½-4¾	4⅞-5⅛
6 Monate	6½-6¾	4½-4¾	4¾-5
12 Monate	6⅝-6⅞	4½-4¾	4¾-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 28.7. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,50; Verkauf 19,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 28.7. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	925,00	1282,50
5 US-Dollar (Indian)**	595,00	743,65
5 US-Dollar (Liberty)**	345,00	507,30
1 £ Sovereign alt	181,00	229,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	169,75	216,32
20 belgische Franken	135,00	177,84
10 Rubel Tscherwonez	177,50	229,71
2 südafrikanische Rand	164,50	209,19
Krüger Rand, neu	732,00	874,38
Maple Leaf	754,50	900,03
Platin Noble Man	972,50	1148,55
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	207,50	265,05
20 schweiz. Franken „Vreneli"	149,75	199,22
20 franz. Franken „Napoléon"	143,75	192,38
100 österr. Kronen (Neuprägung)	703,25	857,57
20 österr. Kronen (Neuprägung)	140,00	182,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	71,75	98,90
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	325,25	404,99
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	74,50	107,73

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,50, Rendite 5,62.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 28.7.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,006	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	60,00	5,96
Commerzbank	100,00	4.8.00	42,45	6,30
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	139,00	8,95
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	111,67	5,35
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	81,50	5,35
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	57,73	6,50
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	109,95	6,80
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	53,00	6,51
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,50	6,25
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,64	6,72
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	58,02	6,35
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,64	6,83
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,51	6,73
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	27,13	6,85
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,59	6,46
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	57,69	6,40
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,10	6,40
WestLB 603	100,00	1.6.01	38,70	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,15	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	113,45	4,48
WestLB 501	137,01	16.2.90	115,20	5,01
WestLB 503	115,76	3.10.88	105,65	4,29
WestLB 504	141,85	1.10.91	108,35	5,35
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	–
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	64,375	8,12
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	58,00	10,30
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	63,125	8,63
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	65,125	8,53
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.95	60,125	8,04
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	52,875	8,79
Penney (A+)	100,00	17.2.94	52,875	8,77
Sears (AA)	100,00	27.5.94	52,75	8,48
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	51,125	8,61
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	50,125	8,31

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	4,95	(4,95)	100,1	101,8	103,6	105,5	107,4	109,2
3	5,20	(5,20)	99,45	101,9	104,6	107,3	110,0	112,8
4	5,52	(5,50)	97,85	101,4	104,8	108,3	111,8	115,3
5	5,72	(5,71)	96,55	100,8	105,0	109,3	113,5	117,7
6	5,94	(5,95)	94,90	100,3	104,7	109,7	114,6	119,5
7	6,22	(6,20)	92,70	98,80	103,6	109,3	114,8	120,3
8	6,51	(6,50)	90,25	96,30	102,4	108,5	114,5	120,6
9	6,60	(6,59)	88,80	95,40	102,0	108,6	115,2	121,8
10	6,62	(6,61)	87,75	94,90	102,0	109,1	116,2	123,4
15	7,00	(7,00)	81,00	90,05	100,0	108,2	117,2	126,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,024 (113,062)
Performance-Rentenindex: 245,356 (245,274)

Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	25. Juli	6,365-6,189
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	6,25
	60-270 Tage	6,00
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,25
	60 Tage	6,25
	90 Tage	6,20
Certificates of Deposit	1 Monat	6,25
	2 Monate	6,10
	3 Monate	6,10
	6 Monate	6,10
	12 Monate	6,10
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,84
	26 Wochen	5,90
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,34
	30 Jahre	7,42
US-Diskontsatz		6,00
US-Primerate		8,00

Dollar-Anleihen

	25.7.	24.7.
9¾ EEC 90	105,625	105,375
11½ dgl. 90	111	110,875
10¾ EIB 95	109,5	109,25
11 dgl. 91	113,125	113,125
11½ dgl. 90	113,5	113,625

Reportage in Wort und Bild: „Werkstatt Bayreuth"

Gummipuppe im Bassin

Richard Wagners Stoßseufzer nach den ersten Festspielen, „Nächstes Jahr machen wir alles anders", gilt in der „Werkstatt Bayreuth" noch immer. Zumindest seit dem Neubeginn 1951 sieht auf dem Grünen Hügel jede Neuinszenierung bei einer Wiederaufnahme im folgenden Jahr verläßlich anders aus, schlimmer oder besser, je nach dem, meist besser. Hinter die Kulissen dieses einzigen Opernhauses der Welt, das „werktätig" Selbstkritik übt, blickten fünf Jahre lang in der Probenzeit der Hamburger Autor Hermann Schreiber und der Münchner Fotograf Guido Mangold. Das Ergebnis ihres Herumstöberns im Festspielhaus liegt jetzt vor, als farbig bebildertes Buch, das im Gegensatz zu vielen anderen Bilderbüchern wirklich *lesenswert* ist.



„Wir sind Reporter und nicht Theaterkritiker", heißt es in der Vorbemerkung zu diesem „journalistischen Unterfangen". Folgerichtig gehen die Autoren „zurückhaltend mit Wertungen um", obwohl sie von vornherein nicht in Abrede stellen, daß man die von ihnen „heimgesuchte" Festspiel-Ära 1981 bis 1985 wohl nicht zu Bayreuths Glanzzeiten wird zählen können. Denn es sind die mageren Jahre nach Patrice Chéreaus Jahrhundert-„Ring", die Schreiber und Mangold dokumentieren, jene Festspielsommer, in denen der wiederaufgenommene (von Schreiber dankbar einbezogene) „Fliegende Holländer" Harry Kupfers fast wie ein Fremdkörper wirkte.

Doch das steht auf einem anderen kritischen Blatt. Für Schreibers Werkstatt-Reportagen war es eher von Vorteil, daß nicht gar zu viel Genie und Diskussionsstoff von der Arbeit ablenkte – bei Wolfgang Wagners „Meistersingern von Nürnberg" („Harmonie nach Art des Hauses") oder des Prinzipals neuem „Tannhäuser", bei Jean-Pierre Ponnelles „Tristan und Isolde", bei Götz Friedrichs Jubiläums-„Parsifal" und erst recht nicht bei Sir Peter Halls nicht nur von Alberichs Fluch schwer getroffener „Ring"-Produktion. „Die Geschichte ihrer Entstehung ist weit mehr die Geschichte einer Konfrontation denn einer Kooperation", notiert Hermann Schreiber als „neutraler Beobachter", und sie liest sich denn auch viel spannender, als der englische „Ring" auf der Bayreuther Bühne je wirkte (das Musikalische fairerweise völlig ausgeschlossen).

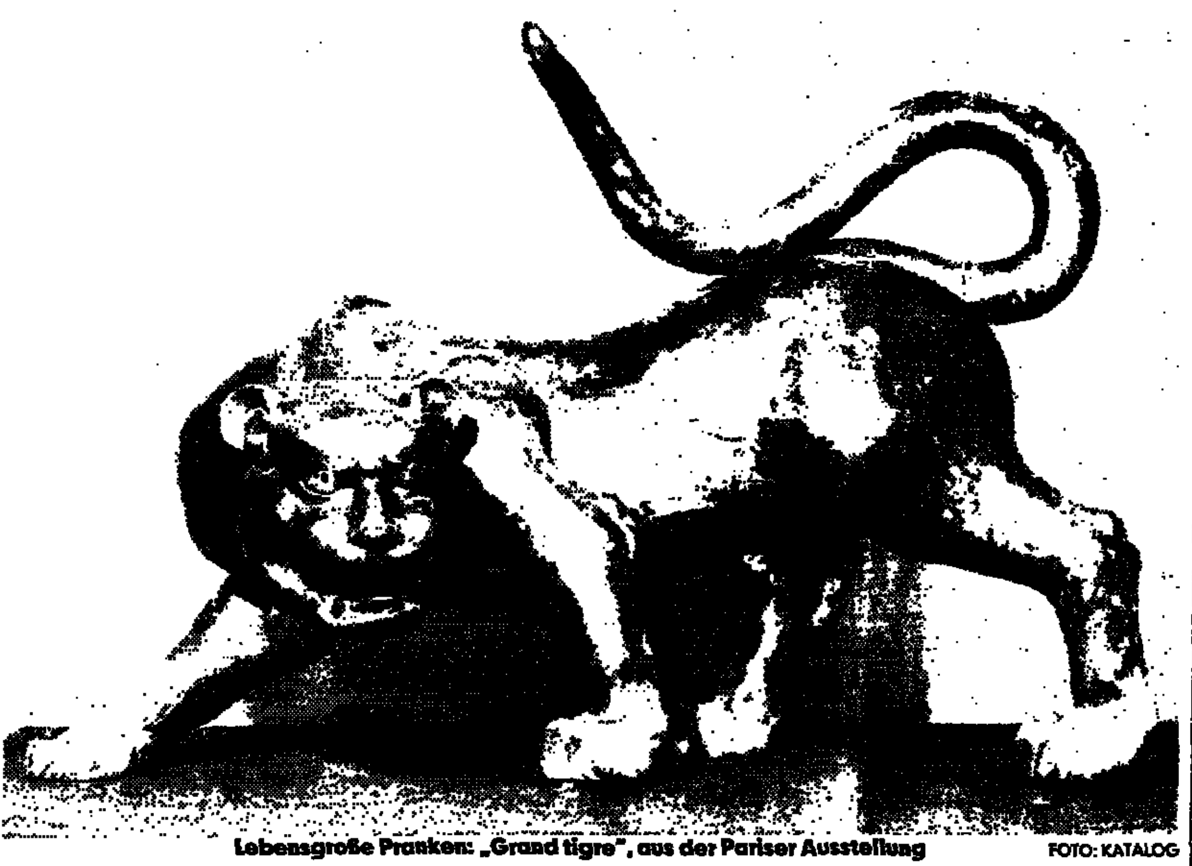
Ein eigenes Kapitel widmet Schreiber dem Festspielchef Wolfgang Wagner: „Das Markenzeichen dieses Bayreuther Prinzipals ist seine prinzipielle Präsenz: Der Chef geht zu den Leuten, nicht umgekehrt." Dieses kritisch bewundernde Porträt enthält – wie überhaupt das ganze Buch – eine Fülle von Anekdoten, die selbst gut unterrichtete Bayreuther Kreise noch nicht kannten, zum Beispiel diese, daß Wolfgang Wagner für eine Bauprobe im winterlich kalten Festspielhaus mit Sir Peter Halls Rheintöchter-Swimmingpool aus einem Bayreuther Sex-Shop eine lebensechte, aufblasbare Gummipuppe herbeischaffen ließ, ein Einfall, den die englischen Inszenatoren als ziemlich „bizarr" empfanden.

Komplettiert wird das Reporter-Werk durch Werkstattgespräche mit Götz Friedrich, Horst Stein, Manfred Jung und Chordirektor Norbert Balatsch. Das letzte köstliche Wort aber hat Loriot, der auf Schreibers Anfrage nach einer Bestimmung des Begriffs „Wagnerianer" zur Antwort gab: „Die Endung ‚janer' kennzeichnet in der Regel bedingungslose Anhängerschaft in Verbindung mit einer gewissen Trotzhaltung gegenüber Andersdenkenden. Zum Beispiel Freudianer, Kantianer. Das ist jedoch nur bedingt richtig: Schon Persianer und Indianer sind auf diese Weise schwer zu definieren ..."

Auch wenn Schreiber selbst nicht wertet – mit dieser Wertung wird er fortan leben müssen: Der Leser hat nach der Lektüre, nach dem Betrachten dieses trotz repräsentativer Aufmachung angenehm lockeren Buches das schöne Selbstgefühl, als Regieassistent bei den Bayreuther Festspielen persönlich mitgewirkt zu haben, ohne als Kaffeeholer mißbraucht worden zu sein.

BERND PLAGEMANN

Hermann Schreiber/Guido Mangold: „Werkstatt Bayreuth", Albrecht-Knaus-Verlag, 240 Seiten, ca. 200 Abbildungen in Farbe, 98 Mark



Lebensgroße Pranken: „Grand tigre", aus der Pariser Ausstellung FOTO: KATALOG

Glückssymbole: Das Museum Cernuschi in Paris zeigt japanische Tierplastiken

Aus Kamejos Wachteln quillt Rauch

Kaum waren wir in Yokohama gelandet, als wir uns auch schon an den Kauf von Nippsachen machten. Wir begannen eigentlich ohne festen Plan, kauften anfänglich dem Zufall folgend, fühlten uns aber schon bald zu den Werken aus Bronze hingezogen. In Edo (dem heutigen Tokyo) kauften wir dann schon mit System. Jeden Tag brachte uns ein Händler Hunderte von Bronzen, aus denen wir unsere Auswahl trafen, so daß unsere Sammlung zusehends wuchs." So beschreibt Théodore Duret die Käufe seines Freundes Henri Cernuschi, eines in Paris ansässigen ehemaligen Mailänder Bankiers, anläßlich ihrer gemeinsamen Weltreise 1871.

Vor allen Dingen Tiere in naturalistischer Darstellung hatten es Cernuschi angetan. Da gab es Wachteln, Reiher, Enten, aber auch Kröten und Frösche, die in Japan Glück verheißen, Krabben und Krebse. Zurück brachte er aber auch einen riesigen, in Meditation versunkenen Buddha, der so groß war, daß er, um ihn unterzubringen, seine Villa eigens um ihn herumbaute. Diese Villa, direkt neben dem eleganten Park Monceau gelegen, vermachte er mitsamt seiner Sammlung chinesischer und japanischer Kunst nach seinem Tode im Jahre 1896 der Stadt Paris. Seit den dreißiger Jahren schlummerten die meisten dieser Bronzen im Depot. Nun werden in der Ausstellung „Die Kunst der Tierdarstellung zur Zeit der letzten Shogune im 18. und 19. Jahrhundert" diese Werke der Öffentlichkeit vorgestellt.

Im Gegensatz zu den großen Bronzefiguren, die, vom Buddhismus inspiriert, religiösen Zwecken dienten, steht die japanische Kleinplastik in enger Verbindung zum konfuzianischen Gedankengut. Dies ist auch der Grund für eine des öfteren zu beobachtende künstlerische Rigidität, denn als Hayashi Razan (1585–1659) die konfuzianische Lehre in Japan einführte, war diese bereits in geistiger Erstarrung versunken.

Doch gab es immer wieder Künstler, deren Schöpfungen auch durch ihre Gestaltungskraft und Konzeption beeindrucken. Dazu gehört im 18. Jahrhundert eine Frau mit Namen Kamejo, die vor allem durch ihre Räuchergefäße in Form von Wachteln zu Berühmtheit gelangte. Ein weiterer Meister um diese Zeit war Murata Seimin, von dem drei aufeinandersitzende Schildkröten und verschiedene Vögel gezeigt werden. Sein Schüler Kimoura Toun entzückt den Besucher mit seinen reich dekorierten, mit chinesischen Glückssymbolen wie Karpfen und Drachen versehenen Räuchergefäßen, die in der Form an europäische Jardinières aus dem 18. Jahrhundert erinnern.

Einmal dienten diese Tiere als Glücksbringer, häufig wurden sie auch zur bloßen Dekoration aufgestellt. Ähnlich wie die Ukiyo-e, die japanischen Holzschnitte, gehörten sie zu den täglichen Freuden eines aufstrebenden Bürgertums, das mit zunehmendem Reichtum auch an Macht gewann.

Der lebensgroße, im nächsten Augenblick mit der Pranke losschlagende Tiger wird sich allerdings bei der exzentrischen Sarah Bernhardt, aus deren Sammlung er höchstwahrscheinlich stammt, wohler gefühlt haben als in diesem bürgerlichen Rahmen. (Bis 12. Oktober; Katalog 160 F.)

BEATRICE SCHAFFHAUSER

Schallplatte: Aus Ella Fitzgeralds Schellack-Zeit

Vom Teenager zur Lady

Er hatte diesen ungelenken Teenager, der sich in der Garderobe vor ihn hinstellte und zwei Schlager sang, eigentlich gar nicht gewollt für seine Band. Er mochte überhaupt keine Vokalisten – sein Sänger war nur eine Konzession ans Publikum, das die aktuellen Tagesschlager komplett hören wollte. Nein, Chick Webb, Schlagzeuger und Bandleader eines der populärsten Orchester der dreißiger Jahre, war überhaupt nicht angetan von dieser fünfzehnjährigen Ella Fitzgerald. Sie hatte zwar einen Amateurwettbewerb gewonnen, aber was bewies das schon?

Es dauerte jedoch nicht lange, und Webb mußte seine Meinung gründlich revidieren. Denn der Ruhm und die Beliebtheit seiner Band stiegen geradezu ins Unermeßliche, nachdem er diesen Teenager unter Vertrag genommen hatte. Wenn „Chick Webb And Ella Fitzgerald" angekündigt wurden, standen die Leute Schlange, um einen Platz im Savoy Ballroom oder im Apollo zu ergattern. Und wer hier leer ausging, wollte wenigstens Schallplatten von dem neuen Stern am Jazzhimmel haben.

Am 12. Juni 1935 war es dann endlich so weit: Ella Fitzgerald nahm ihre erste Schellackscheibe auf. Der Song hieß „Love And Kisses", ein Liedchen, nicht für die Ewigkeit gedacht – und dennoch mittlerweile eine Rarität. Die ist jetzt wieder zu haben – zusammen mit weiteren 27 Songs, die bei der italienischen Plattenfirma „Swingtime" (Contact Records, Mailand) neu aufgelegt wurden: „Ella Fitzgerald – Forever Young, Vol. I/II" (ST 1006/7). Manches Sammlerstück ist auf den beiden Alben zu finden, das weniger durch seine musikalische Substanz, sondern vielmehr durch seinen historischen Wert besticht. Ella-Fans werden mit Begeisterung den längst vergriffenen Schellack-Hits „I'll Chase The Blues Away" (vom 12. Oktober 1935) oder „Under The Spell Of The Blues" und „Crying My Heart Out For You" (beide 7. April 1936) lauschen, und das Herz von Swingenthusiasten dürfte schneller schlagen bei Titeln wie „My Melancholy Baby", „The Darktown Strutters Ball" oder „Baby Won't You Please Come Home".

Während das erste Album Aufnahmen der Jahre 1935 bis 1938 versammelt – darunter zwei Leckerbissen mit dem Teddy-Wilson-Orchestra –, entstanden die Titel auf dem zweiten nach dem Tod von Chick Webb im Juni 1939 bis Januar 1941. Da wurde die Band als „Ella Fitzgerald And Her Famous Orchestra" angekündigt, und zu hören gibt es Skurrilitäten wie „My Wubba Dolly" und leicht Frivoles wie „Hello Ma! I Done It Again". Außerdem enthält dieses Album eine bislang unveröffentlichte Testversion von „Betcha Nickel".

Besonders bei den ganz frühen Aufnahmen wird man das Talent der Sängerin eher ahnen. Dennoch gibt der eine oder andere Titel bereits einen Eindruck von der samtigen Stimme, die später berühmt werden sollte. Die alten Schellack-Platten sind mit großer Sorgfalt überspielt worden, bis auf das historische Rauschen trüben kaum störende Nebengeräusche den Hörgenuß. „Forever Young" ist eine nostalgische Reise zu den Karriere-Anfängen einer Sängerin, der bis heute niemand das Prädikat „First Lady Of Song" streitig machen konnte.

RAINER NOLDEN

KULTURNOTIZEN

Unterhaltungskunst soll an einer in Ost-Berlin geplanten Hochschule gelehrt werden.

Ihre Fossilienfunde zeigen Sammler bis Anfang September im Naturhistorischen Museum Nürnberg.

Iberistik, Psychologie und Kunstgeschichte sind die derzeit bevorzugten Fächer polnischer Studienanfänger.

Religiöse Kunst aus der Dritten Welt zeigt eine Ausstellung des Aachener Bistums vom 8. August bis 14. September unter dem Titel „All ihr Völker, lobet den Herrn".

Vor dem Budapester Südbahnhof ist Victor Vasarelys neue Raumplastik – fast drei Meter hoch und blau schattiert – enthüllt worden.

Im alten Hauptsitz des Braunschweigischen Landesmuseums wird ab 17. August mit einer Ausstellung des 200. Todestages Friedrichs II. gedacht.

Gerd Biegel übernimmt am 1. August die Leitung des Braunschweigischen Landesmuseums.

Marcel Prawy wurde mit dem Internationalen Preis der Operette 1986 von Triest ausgezeichnet.

Bernard Tapie – schillernd in Frankreichs Geschäftswelt

Firmen für einen Franc

Der Öffentlichkeit bekannt geworden ist der französische Erfolgsunternehmer Bernard Tapie (41) als Sponsor des Radrennfahrers Bernard Hinault, den er vor einigen Jahren für umgerechnet drei Millionen Mark Renault „abgekauft" hatte. Er legte damit den Grundstein für eine zweite Karriere als Fernsehstar. Nicht nur mit Hinault, sondern auch mit dem Schlagersänger Sacha Distel, für den er früher komponiert hatte. Inzwischen entdeckte Tapie die One-Man-Show für Wirtschaftsfragen.

Unumstritten ist Tapie allerdings nicht. Während ihn die einen verhätscheln, erscheint er der Geschäftswelt oft als sich etwas fragwürdiger Methoden bedienender Emporkömmling eher suspekt. Hat er sich doch seinen Konzern, dessen Umsatz inzwischen umgerechnet 1,5 Milliarden Mark erreichen dürte, durchweg durch Aufkäufe insolventer Familienunternehmen zu symbolischen Preisen von oft nur einem Franc aus dem Nichts aufgebaut. Sein Trick besteht darin, die in den Bilanzen voll abgeschriebenen, aber zum Teil wertvollen Geschäftsgrundstücke schnell zu verkaufen und aus dem Erlös teilweise Gläubiger abzufinden.

Genie oder Filou? – ZDF, 19.30 Uhr

So machte sich Tapie als „Unternehmensretter" einen Namen, was ihm auch bei den Gewerkschaften Ansehen einbrachte. Selbst wenn er Arbeitskräfte freisetzte, wurden seine Betriebe niemals bestreikt. Auch halfen ihm seine Beziehungen zu den Sozialisten, die ihn als atypischen Kapitalisten aus kleinen Verhältnissen bewunderten und von seinem Fernsehimage bei gemeinsamen Auftritten profitierten, in seiner Karriere.

So geriet seine Affäre mit den Bokassa-Schlössern, die er fast umsonst erworben haben soll, schnell in Vergessenheit. Auch der echte und falsche Luxus, mit dem er sich umgibt, findet kaum noch Anstoß. Der ganz große Coup, die Übernahme des Baumwollkonzerns Boussak, der mit seinen Warenhausinteressen und nicht zuletzt dem Modehaus Dior zum zweiten Mal in Konkurs geraten war, gelang allerdings nicht.

Insgesamt gehören 44 Unternehmen zur Tapie-Gruppe. Die wichtigsten sind die Waagen-Produzenten Terraillon und Testut sowie der zweitgrößte Batteriehersteller des Landes, Pilef Wonder. Dazu kommt der Lebensmittelsektor mit der Reformhauskette „La Vie Claire" an der Spitze. Eine starke Position besitzt Tapie auch bei Sportartikeln mit Look (Skibindungen) und Kickers (Sportschuhe). Daneben verlegt Tapie Video-Clips (Adjani) und ist im Schallplattengeschäft engagiert. Jetzt hofft er von der Privatisierung des französischen Fernsehens zu profitieren.



Bald auch Politiker? Tapie FOTO: DPA

Seinen noch wenig gefestigten Beziehungen zur neuen bürgerlichen Regierung könnte die von Tapie kürzlich eingeleitete Aktion zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dienen. Das weitgesteckte Ziel besteht darin, der Jugend mehr Vertrauen in die Zukunft einzuflößen. Denn eine Wirtschaftskrise gibt es für Tapie nicht, man muß nur die sich immer bietenden Gelegenheiten wahrnehmen, versuchte er in einer Fernsehschau zu suggerieren. So würde es nicht überraschen, wenn Bernard Tapie schließlich auch in die Politik einsteigt.

JOACHIM SCHAUFUSS

„DDR" für mehr West-Pop im Äther

Westliche Rockmusik soll in der ganzen „DDR" ertönen: Für fünf Millionen Devisen-Mark, so schätzen Experten, baut Ost-Berlin eine UKW-Senderkette auf. Denn die „DDR"-Welle „Jugendradio DT 64" – seit März eine Antwort auf Rias 2 – läßt sich im Arbeiter-und-Beat-Staat keineswegs allerorten vernehmen.

Das „Neue Deutschland" meldete, daß die „Post bisher nicht genutzte Kanäle erschließt". Hinter diesen Worten des Vize-Postministers Hammer verbarg sich ein ideologisches Stück Arbeit: Denn „DT 64", das elfstündige Nonstop-Programm von Westmusik und Ost-Nachrichten, soll „in der ganzen Republik" bis 1990 zu hören sein. Dafür muß die Valuta-Kasse angezapft werden: „Ein 100-Kilowatt-Sender westlicher Bauart kostet rund 350 000 D-Mark. Davon braucht die DDR mindestens noch acht. Und zwei Millionen Mark West sind für Leistungssteigerungen vorhandener Anlagen notwendig", rechnet ein ARD-Fachmann. Ausgaben, damit Rias nicht gehört wird ...

Bisher spielt „DT 64" nur über die Sender Leipzig (98,5 MHz) und Putbus auf Rügen (91,5 MHz). Nach dem Genfer Wellenplan kann die „DDR" weitere Frequenzen belegen, zwischen 100 und 108 MHz. Techniker wundern sich aber: „Bis 1980 gab es drüben nur ein Radio zu kaufen, das bis 108 MHz empfängt."

hrk

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Verbraucher
10.00 heute
10.03 „Und das Leben geht weiter" (6)
11.05 Jane Austen in Manhattan
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
Zahnarztgehilfe Charlie
15.05 Unsere kleine Farm
Die Feuersbrunst (1)
15.50 Tagesschau
16.00 Mut gehört dazu
In der Bundesrepublik wird jedes dritte Unternehmen von einer Frau gegründet.
16.40 So sind Kinder
16.45 Spaß am Dienstag
Charlie Chaplin, Tom und Jerry
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Donnerlippchen
Spiele ohne Gewähr
Mit Jürgen von der Lippe
21.00 Report
Themen: Kinder-Angst vor Atombomben. Elterninitiativen gegen Atomtod. Strahlenschutz in Kernkraftwerken. Bundesbürger über innere Sicherheit
21.45 Dallas
Schicksalswende
22.30 Tagesthemen
23.00 Fecht-WM
Finale Florett Herren
Mannschaftswertung
23.20 Kulturweltspiegel
Raub auf Zypern. Denkmalpflege auf Sansibar. Universität Bir Zeit auf der Westbank. Wolfpark, Washington D. C.
0.05 Tagesschau
0.10 Nachtgedanken

15.00 heute
15.03 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
15.30 Ferienkalender
Ferien der Zulu-Kinder. Mini-Golf
16.05 Kleine Welt auf Rädern
16.30 Patrik Pacard
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Rate mal mit Rosenthal
19.00 heute
19.30 Genie oder Filou?
Bernard Tapie
20.15 Bühne frei für Marika
Deutscher Spielfilm (1958)
Mit Marika Rökk, Johannes Heesters, Rudolf Platte, Carla Hagen, Harald Juhnke, Kurt Grosskurth
Regie: Georg Jacoby
Dank Klatsch-Redakteur Frank Flemming weiß jedermann über Marikas Verrücktheiten Bescheid. Alle wollen sie nun sehen und prüfen, ob Marika Karoly wirklich das hält, was die Kolumnen versprechen. Was aber niemand weiß: Hinter dem Künstlernamen verbirgt sich eine bisher wenig erfolgreiche Managerin.
21.45 heute-journal
22.10 Malabrigo
Am Ende der Welt
Spanisches Fernsehspiel
Original mit Untertiteln
23.35 Polizeirevier Hill Street
0.25 heute

SAT 1

15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan und das Ungeheuer
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschl.: Dies war Aubrey
18.30 APF-blick
18.45 Schirm, Charme und Melone
Anschl.: John Denver
19.45 Love Boat
20.40 Fluch über Airwolf
21.30 APF-blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
Kriminell ist nicht das Wort
Anschl.: APF-blick



19.00 Nachbar Europa
Keiner spricht mit mir
Einsamkeit in unserer Zeit
19.45 Grand Café
20.00 Tagesschau
20.15 Jean Christophe
Das Feuer
Jean Christophe sucht in der Schweiz Unterschlupf bei Dr. Braun und seiner Ehefrau Anna. Schon nach kurzer Zeit fühlen sich Christophe und Anna zueinander hingezogen.
21.05 Münchhausen
Mit Richard Münch, Nora Minor, Heinz Weiss, Helmuth Lohner
Regie: Fritz Umgelter
22.40 Auf schwankendem Boden
Frauenschicksale
Amerikanischer Spielfilm (1982)
Regie: Kathleen Collins
Die farbige Professorin Sara Rogers lehrt in New York Philosophie. Ihr Mann Victor ist Maler. Während er sich viel auf seine Kreativität einbildet, betrachtet er Sara als kühle Analytikerin.
0.00 Nachrichten

KRITIK

Wer andere mit sich reißt

Einen besseren Sendeplatz gibt es nicht: eine Viertelstunde zwischen Sport und Muppets. Das **Evangelische Tagebuch** (ZDF) nutzte ihn am Sonntag für einen Bericht über eine ökumenische Drogenstation in Amsterdam. Er ging zunächst ans Herz und dann daneben.

Es gibt kaum etwas Elenderes in Europa als die Heroin-Abhängigen. Sich um sie zu kümmern entspricht darum Matth. 25,40: „Was ihr einem von diesen geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan." Und unsere Achtung sollte diesen christlich motivierten Helfern gelten.

Doch damit beschäftigte sich der Bericht nur am Rande. In der Hauptsache war er eine Anklage gegen das deutsche Rechtssystem und seine Art, Abhängige zu behandeln. Und das ging daneben. Denn der Bericht verzichtete darauf, die Rechtssituation darzustellen – er drosch Phrasen: „Abhängige werden abgedrängt in die Kriminalität", war der Kernsatz. Das leugnet zunächst die Eigenverantwortung des einzelnen.

Davon abgesehen, sehen das Betäubungsmittel-Gesetz und das allgemeine Strafrecht die Möglichkeit vor, von einer Strafe abzusehen, wenn es um Besitz und Beschaffung von Heroin zum Eigenverbrauch geht. Doch die in Amsterdam gestrandeten Fälle – und davon war kein einziges Wort zu hören – liegen in aller Regel anders. Dort fährt man hin, um Heroin einzukaufen und in die Bundesrepublik zu importieren. Man kann davon ausgehen, daß die meisten männlichen Abhängigen (die Frauen gehen auf den Strich) ihre Sucht mit dem Heroin-Handel finanzieren, wenn sie keine anderen Straftaten beherrschen oder Millionäre sind.

Das verschwieg die Sendung: Nicht dem Selbstmord auf Raten gelten unsere harten Strafen, sondern dem Mörder auf Raten – wenn jemand mit Heroin handelt, weil er selbst abhängig ist, macht das keinen Unterschied für das neu angespritzte Opfer. Bestrafung des Handels mit einem widerlichen Gift – was findet das ZDF daran verwerflich?

Der Bericht ging noch weiter. Es gebe in der Bundesrepublik nur die Alternative „Knast oder Therapie", bedauerte er. Doch er nannte keinen besseren Vorschlag. Das ist kein Wunder, denn es gibt keinen. Aber die Republik saß wieder einmal auf der Anklagebank.

da

Faszinierendes Frauenportrait

Hochgewachsen und kräftig ist sie, die Arme schwingen wie Paddel aus den Schultergelenken – auch wenn sie nicht schwimmt, sondern sich lässig bewegt. Dawn Fraser, die australische Schwimmerin, hat die sportliche Welt in Erstaunen versetzt, und die Verfilmung ihres Lebens, **Die Schwimmerin** (am Sonntag im ZDF als deutsche Erstaufführung), war auch erstaunlich gut.

Dawn, die Gewinnerin in Melbourne, Sydney und Tokio, hat mit 30 Jahren alles verloren. Die Eltern sind gestorben, die Männerfreundschaften zerbrochen, ihr Kind hat sie zu Verwandten gegeben, von der einzigen Freundin hat sie sich im Unfrieden getrennt. Die zornige junge Frau sinkt zurück in die kleinbürgerliche Anonymität, wie so viele Talente vor ihr und nach ihr, denen der überstürzte Ruhm nicht treu bleibt.

Die Hauptdarstellerin Bronwyn Mackay-Payne ist eine ebenbürtige Entdeckung. Ihr schwimmerisches Talent kommt ohne Double aus, die Intensität ihrer Darstellung macht aus der Figur des spröden Mädchens einen Star, auch dann noch, als das Leben der 30jährigen nur noch um den Stammtisch kreist: mit Gelegenheitsfahrern wie sie, die Bier trinken und Karten dreschen. Dem Regisseur Ken Hannam ist mit der aufwendigen Produktion weit mehr gelungen als ein spektakulärer biographischer Sportfilm, der die Problematik des alternden Wunderkindes aufgreift. Die subtile Kamera zeichnet ein faszinierendes Frauenportrait nach, wie es nicht alle Tage über die Leinwand flimmert.

INGRID ZAHN

III.

WEST
18.30 Lord Schmetterhemd
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Klaus J. Henning von den Scilly-Islands: Alltag im Riff
20.45 Rückblende
Neandertaler bei Düsseldorf entdeckt
21.00 Der Forellenhof
Fahrerflucht
22.00 Wanderungen durch die DDR
Rund um Rostock
22.45 Kostbarkeiten
Das Dresdner „Goldene Kaffeeservice"
23.00 Bach-Rock
23.35 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
19.15 Kinderkriegen heute (5)
20.00 Tagesschau
20.15 Ein Amerikaner in Berlin
Station eines bewegten Lebens: Hans Bausch über Shepard Stone
21.00 Geheimagenten
Erwin Kienruss betreibt mit seiner Frau Lilly in Frankfurt ein Lokal. Ein neuer Gast, Freddy Starke, freundet sich bald mit dem Wirtsehepaar an. Erwin verschlägt es die Sprache: Freddy hat den Auftrag, die Familie Kienruss als Geheimagenten anzuwerben.
22.25 Patu
In Neuseeland führte er vor fünf Jahren zur Staatskrise, in Europa nimmt er langsam Gestalt an: der Widerstand gegen Kontakte zu Südafrika. Bericht über eine Protest-Gruppe in Neuseeland
23.40 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Beat, Beat, Beat
19.20 Hessenschau
Ab 20 Uhr wie NORD

SÜDWEST
16.00 Wie ein Stein am Wegesrand
Japanischer Spielfilm (1960)
18.00 Sesamstraße
18.30 Ballett der Nußknacker
18.33 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schauplatz Europa
20.15 Den Schatz sollst du ihm geben
Bücher und Handschriften der Bibliotheca Palatina zwischen Rom und Heidelberg
21.00 9 aktuell/Neues um Neun
21.15 Mein Onkel
Regie: Jacques Tati
23.00 Architektur heute (4)
23.45 Nachrichten

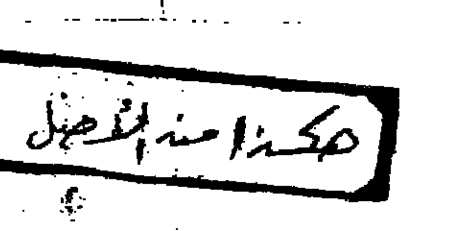
BAYERN
19.00 Jetzt red i
Wirtshausdiskurs
19.55 Z. E. N.
20.00 Reisewege zur Kunst
Schottland
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Fluch des Blutes
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Regie: Anthony Mann
23.05 Rundschau

3SAT

18.00 Mini-ZiB
18.10 Auf dem Weg nach Hollywood
Internationaler Jugendfilm
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Familie Merian
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl.: Nachrichten



18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Verlobung
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Blutiges Öl
Amerikanischer Spielfilm (19[illegible])
Mit Peter Graves, Cameron Mitchell
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.30 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.50 Geheimauftrag für John Drake
23.00 Wetter/Horoskop/Betthupferl



Mit Amadeus gegen Mozart

egs. – Im Salzburger Festspielhaus konnten die Zuschauer bei der Eröffnungszeremonie erleben, wie heutzutage scheinbar unpolitische kulturelle Ereignisse politisiert und ideologisiert werden. Der österreichische Unterrichtsminister Moritz (SPÖ) benutzte seine Festrede, um wieder einmal gegen die „Hochkultur" und den angeblich elitären Charakter Salzburgs zu Felde zu ziehen, wobei eines seiner Argumente lautete, die jungen Leute assoziierten heutzutage den Namen Amadeus mehr mit Rockmusik und dem österreichischen Popstar Falco als mit Mozart.

Nun ist allerdings zu fragen, welche Jugendlichen der Wiener Unterrichtsminister hier meinte. In der Bundesrepublik könnten es jene sein, die durch die scheinbar egalitäre linke Schulpolitik ein Bildungsdefizit verpaßt bekamen, das nur schwer wieder zu reparieren ist. Oder ist etwa die Tatsache, daß manche Leute Bismarck mit einer Heringszubereitung in Verbindung bringen, ein Argument gegen die historischen Wissenschaften? Wenn Popsänger vom Erbe Mozarts mitnaschen, spricht das doch letztlich nur dafür, daß die vielzitierte Hochkultur eine Ausstrahlungskraft besitzt, die weit über ihren eigentlichen Raum hinaus geht.

Auf die fast mit erhobenem Zeigefinger ausgesprochene Mahnung des Unterrichtsministers, daß der österreichische Steuerzahler für jeden Festspielsessel 600 Schillinge an Subventionen zahlen müsse, fand Bundespräsident Kurt Waldheim die richtige Antwort: Wer immer nur kalkuliere, was er für die Kunst ausgebe, der glaube allzu leicht, er sei der Herr über die Kunst und diese sei seine zu Dienstleistungen verpflichtete Handlangerin, sagte das Staatsoberhaupt.

Wenn der Wiener Unterrichtsminister sich dann noch bemüßigt fühlte, dem österreichischen Bundespräsidenten gewissermaßen eins ans Bein zu geben, indem er wortreich die Absage des Soziologen Dahrendorf bedauerte, so zeigt sich hier nicht nur das vielzitierte „Nach-Tarocken", sondern darüber hinaus ein gewisser Mangel an Stil, den man gerade aus Österreich und gerade in Salzburg nicht erwartet hätte.

Die großen Straßen der Welt (III): Auf Madrids „La Castellana" tröstete Spanien sich über den Verlust seines Weltreichs hinweg

Einzige Grenze ist der Horizont der Hochebene

Keine der europäischen Hauptstädte zeichnet in der Anlage ihrer Stadtplanung so deutlich die Jahrhundertringe ihres Entstehens nach wie Madrid. Das ehemalige „Madschrit" der Araber, 1083 endgültig von den Christen zurückerobert, war ein sonnendurchglühtes und staubiges Nest in der Einsamkeit der kastilischen Hochebene, bevor Philipp II. 1561, um sich aus der klerikalen Umklammerung Toledos zu lösen, es zum Verwaltungssitz seines autoritären Zentralismus erkor. An Platz für die Ausdehnung der künftigen Kapitale hat es in der Weite Neukastiliens weder damals noch später gefehlt.

Wohl hatte das alte Madrid der Habsburger, das um die „Plaza Mayor" entstand, sich zunächst noch hinter Stadtmauer und Toren verschanzt. Immerhin besaß es aber neben den verwinkelten Gassen in seiner Hauptstraße, der Calle Mayor, schon eine Avenida von stattlicher Breite, die selbst heute noch, wenn auch notdürftig, mit dem Massenverkehr des modernen Madrid fertig wird. Der angeblich so bürokratische und engherzige Philipp II. hatte im neuen Regierungssitz einen großzügigen Wurf verordnet, der bis ins späte 20. Jahrhundert das Kennzeichen der Millionenstadt geblieben ist.

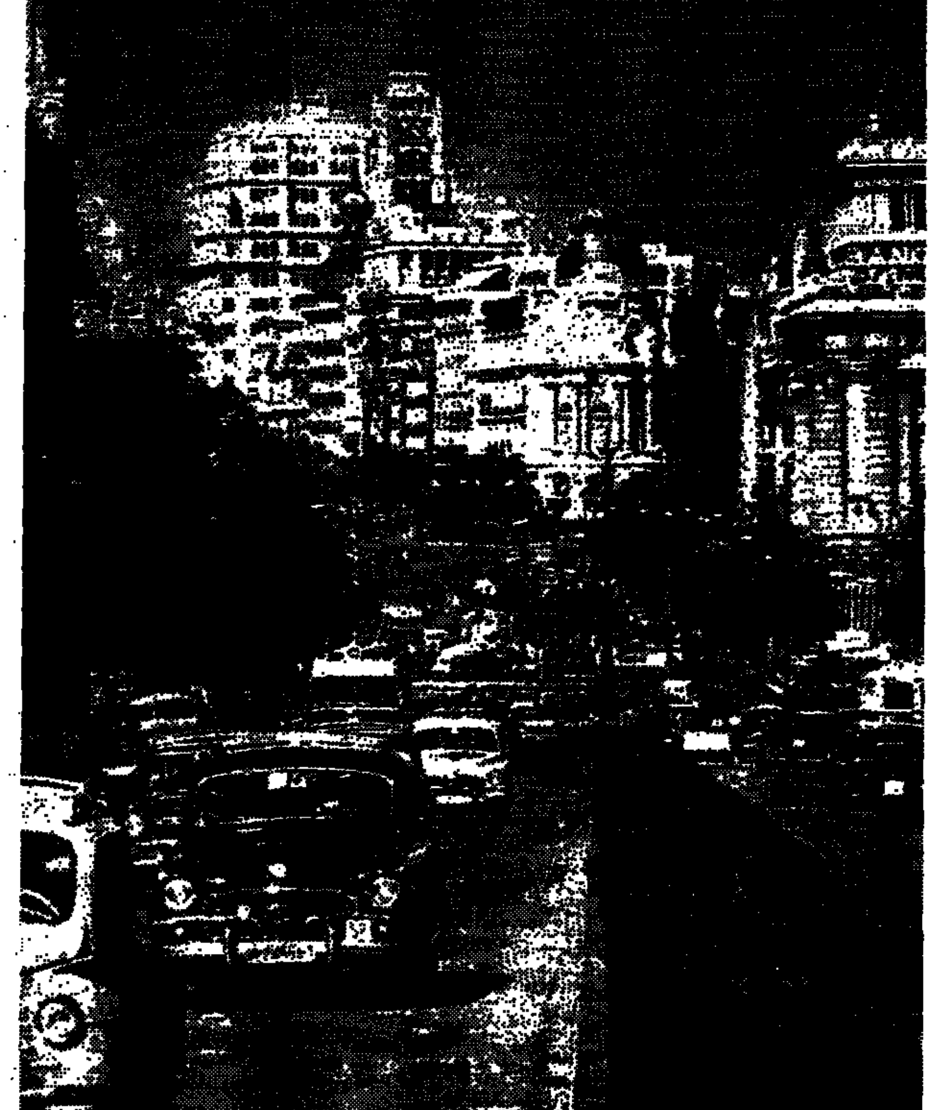
Das Madrid der Habsburger endete beim damaligen Osttor. Es gibt den Namen noch – Puerta del sol –, aber daraus wurde unter den Bourbonen ein Verkehrsknotenpunkt, wo die meisten der damaligen Geschäftsstraßen zusammentrafen. Hier stand der Kilometerstein Null des Sternes der Fernchausseen, der sein Netz über die ganze Halbinsel legte.

Von hier ging auch die über die historische Universität Alcala de Henares nach Barcelona führende Straße aus, die Calle Alcala, aus der inzwischen die Ausfahrt zu der belebtesten Autobahn Spaniens geworden ist. Die Paläste der Banken, die sie säumten, sind längst zu Großbanken umgebaut, soweit sie nicht Bürosilos weichen mußten, die Madrid immer mehr in ein kastilisches Manhattan verwandeln. Madrid ist ohne Zweifel die am meisten amerikanisierte Großstadt Europas.

Aus der Calle Alcala war nach dem Ende der Habsburger-Zeit die zweite Achse Madrids geworden. Sie war ganz bourbonisch ausgerichtet, geformt vom Geist des Fortschritts im ausgehenden 18. Jahrhundert. Um sie scharten sich die königliche Oper, das Stadtschloß Palacio de Oriente, 1754 erbaut, und die durch rigorose Straßen-Durchbrüche entstandene Gran Via, die immer noch die belebteste Einkaufsstraße der Stadt ist.

Madrid hat unter den Großstädten Europas den einzigartigen Vorzug, eine Stadt ohne Korsett zu sein, unbehindert in ihrer räumlichen Ausdehnung. Der Niedergang Spaniens als Weltmacht konnte ihre Entwicklung verlangsamen, aber auf die Dauer *nicht* aufhalten. Weder Bürgerkrieg noch dynastische Konflikte, weder die Irrwege der spanischen Politik noch der Verlust des Imperiums standen dem Wachstum Madrids im Wege. Spät im 19. Jahrhundert war mit der beginnenden Industrialisierung Spaniens und der sich ausdehnenden Regierungsbürokratie eines Tages die Entwicklung erreicht, in der die Stadt reif dafür war, sich einen dritten Jahrhundertring zuzulegen, den einer neuzeitlichen Großstadt.

Es war von vornherein klar, daß die Achse dieser Expansion einen Zug ins Anspruchvolle haben mußte. Wieder war Großzügigkeit das Signum einer weiteren Etappe der Stadtgeschichte. Entschlossen, den Gürtel der Enge endgültig zu sprengen, entwarf man eine grandiose Ausfallstraße. Ein großbürgerliches Madrid begann in Richtung des jenseits von ihm liegenden Altkastilien zu wachsen. Es war folgerichtig, daß die imposante Avenida, die das vornehme Viertel einer neuen Oberschicht durchquerte und als Bindeglied des jungen zum alten Kastilien konzipiert war, „La Castellana" heißen mußte.



Als die Castellana „Avenida del Generalisimo" hieß: Am Cibeles-Brunnen kreuzen sich die prächtige Castellana und die geschäftige Calle Alcala FOTO: DIE WELT

Um einen neuen Brennpunkt, den Cibeles-Brunnen, entstanden pompöse Verwaltungs- und Regierungspaläste wie die Bank von Spanien, das Armee- und das Marineministerium, die Nationalgalerie, die Nationalbibliothek und andere architektonische Symbole eines ausgeprägten Repräsentationsbedürfnisses, mit dem das damalige Spanien das Bewußtsein ertränkte, wie wenig vom Glanz des Weltreiches zurückgeblieben war.

Dieses dritte Madrid, das ins 20. Jahrhundert hineinwuchs, entwickelte sich trotz der psychologischen Problematik seiner Entstehungsgeschichte zu einer liebenswürdigen und attraktiven Stadt, deren man sich leichten Herzens mit dem Verlust einer großen Vergangenheit abzufinden schien. Aus dem Zentrum der Staatsbürokratie, nicht eben beliebt bei Basken, Katalanen und Andalusiern, ging eine moderne Metropole hervor, die mit den gesellschaftlichen Umschichtungen am Ausgang des Feudalismus zunächst wenig Schwierigkeiten hatte.

Das optimistische Madrid, das um die Castellana entstand, markierte den Übergang von einer Stadt, deren Atmosphäre hauptsächlich durch den Hof und die Aristokratie vorbestimmt war, zum Unternehmungsgeist einer bürgerlichen Oberschicht und einer kapitalistischen und unbesorgten Finanz- und Geschäftswelt. Einer zu unbesorgten Welt vielleicht.

Bald schlug der Blitz des Bürgerkrieges ein. Als er zu Ende war, rollten über die mit Schlaglöchern bedeckte Prunkavenida die Panzer der Siegesparade Francos. Optimismus war nicht mehr an der Tagesordnung. In den ersten Jahren nach dem Bürgerkrieg, die mit dem Zweiten Weltkrieg zusammenfielen, aß Madrid ein grausames Brot, aus dem zuweilen Sägemehl rieselte. Doch die einst so fröhliche Kapitale hat nie zur Kenntnis genommen, daß die Castellana, Achse ihres feinen Viertels, jetzt offiziell „Avenida del Generalisimo" hieß.

Man sieht es ihr, trotz der ungeheuren Veränderungen, die sie erlebt hat, noch immer an, daß sie ursprünglich als „Paseo" – als Luxuspromenade gedacht war. Längst promenieren unter den Sonnenschirmen ihrer baumbestandenen breiten Anlage keine adretten Señoritas mehr, die sich wie in einer behaglicheren Vergangenheit zur täglichen Fix-Stunde für die Cavaleros zur Brautschau einfanden.

Weder den Madrileños von heute noch der Vier-Millionen-Stadt Madrid steht gegen Ende des Jahrtausends noch der Sinn nach Brautschau, Sonnenschirmen und Paseo. Obwohl in den fünfziger Jahren der Fremde zwischen spärlichen Regierungsautos noch alle drei Fahrbahnen der Prunkstraßen für sich allein hatte, dröhnt heute ein Verkehr, der mit Sicherheit nicht minder kompakt und nervenzerreißend ist als in jeder anderen Weltstadt.

Schwungvolle Gebilde sind über die Castellana gespannt. Ein kompliziertes System von Querverbindungen und Untertunnelungen hat Mühe, mit einer Blechlawine fertigzuwerden, die sich oft am Temperament ungeduldiger Autofahrer verschluckt. Die „neuen Ministerien", die einst das Ende der Castellana bezeichneten, liegen heute fast schon mitten im Getriebe der Stadt, die wächst und wieder wächst – die weiten Horizonte der Hochebene sind ihre einzige Grenze.

HEINZ BARTH

Innen frostig: *Léa Pools Film „Die Frau im Hotel"*

Zeugin der eigenen Angst

Estelle ist am Ende. Sie träumt von einem Spaziergang am Meer. Mit leerem Blick, gramzerfurchtem Gesicht und müdem Schritt wandert sie durch das winterlich-triste Montreal. Dort träumt sie von einem Spaziergang am Meer, von einem Wind, so scharf, daß er ihren Körper dünner und dünner schneidet und ihn schließlich mit sich fortträgt. Wie sich ihr Leben allerdings in diese düstere Sackgasse verirrte, kann man nur ahnen. Denn die Vergangenheit bleibt ausgesperrt, auch als Estelle im Hotel einen kläglich scheiternden Selbstmordversuch wagt.

In diesem Hotel wohnt auch die Regisseurin Andrea. Gerade will sie, offenbar von Selbstzweifeln angekränkelt, die Krise einer ausgebrannten Sängerin verfilmen. Doch die Inszenierung schleppt sich nur zäh voran, da die Schauspielerin immer wieder in ihrer deprimierenden Rolle versagt. Doch dann sieht Andrea eines Tages die einsame Estelle und ist sofort fasziniert von deren trostloser Traurigkeit.

Ganz allmählich, in kleinen Schritten, wird die Künstlerin zum Vampir, der ein fremdes Schicksal anzapft, da ihre eigene Inspirationsquelle nur noch spärlich sprudelt. Ganz allmählich aber scheint auch Estelle von der künstlerischen Stilisierung ihres Lebens eigentümlich fasziniert. Immer öfter taucht sie als stumme Zeugin am Drehort auf. Und hier begegnet sie erschüttert, weil unvorbereitet, ihren eigenen Ängsten.

Ein schwieriger Film also, der raffiniert über die Spannung von Kunst und Leben, über unaufhebbare Einsamkeit und weibliche Solidarität meditiert. Zwar spendierte der Verleih diesem Werk von Léa Pool nur schlampige Untertitel, doch vergißt man diesen Mangel bald im magischen Sog der Bilder. Denn rostbraune Docks hinter dem Grauschleier des Schneeregens, die leeren Liegestühle eines Sanatoriums oder der kahle Eisenwald aus Parkuhren erzählen eindringlich von der Fremdheit und der Welt.

Oft wandelt die in der Schweiz geborene und seit zehn Jahren in Kanada lebende Léa Pool auf den Spuren Michelangelo Antonionis. Wie der berühmte Italiener drückt sie feinste Stimmungen ihrer Figuren in sorgsam ausgewählter Landschaft, Architektur und Musik aus; wie er in Monica Vitti, hat sie in Louise Marleau eine fast gläsern feinnervige Hauptdarstellerin. Und da eine ausgeklügelte Farbdramaturgie alle Facetten der Begegnung zwischen Estelle und Andrea spiegelt, bleiben wortreiche Erklärungen Mangelware.

So läßt sich Léa Pools Film „Die Frau im Hotel" zum Glück weder als forsch-feministische Attacke noch als plumper Protest gegen die Tristesse der Städte vereinnahmen. Doch diese mit unerbittlichem Stilwillen fotografierte Winterreise in frostige Innenwelten beweist, daß man allein mit der Kraft der Bilder noch immer die besten Geschichten erzählen kann.

HARTMUT WILMES



Stumme Zeugin am Drehort, fasziniert von der Traurigkeit: Louise Marleau in „Die Frau im Hotel" FOTO: TELEFILM CANADA

Postscriptum zur abgelaufenen Theatersaison

Hörtest und Ruhestunde

Freunde pflegen den Kritiker ja immer zu beneiden: „Was hast du für einen schönen Beruf! Theater ist doch keine Arbeit. Und Freikarten kriegst du auch noch!" Sie wissen nicht, wovon sie reden. Über 160 Stunden habe ich in der vergangenen Saison in Theatersesseln verbracht. Das sind 20 volle Arbeitstage. Knapp 50 Vorstellungen in 15 Städten. Der Kilometerzähler meines Theater-Autos ist bei über 20 000 stehengeblieben. Da sage noch einer, ins Theater zu gehen sei keine Arbeit.

Und was einem da alles zugemutet wird! Siebeneinhalb Stunden Goethe in Bremen (Faust I, ungekürzt). Schauspieler, bei denen man Mühe hat, wenigstens jedes dritte Wort zu verstehen (zum Beispiel Arroyos „Bantam" in München). Stücke, in denen in 90 Minuten über 30mal das berühmte Wort mit dem Anfangsbuchstaben „f" vorkommt („Diese Männer" von Mayo Simons in Stuttgart). Autorinnen, die von sich bekunden, sie wären eigentlich weibliche Lustmörderinnen (Elfriede Jelinek im Programmheft zu „Burgtheater" in Bonn). Regisseure, die auch Besuchern, die sonst keine Gelegenheit dazu haben, Fernsehserien wie „Dallas" oder „Schwarzwaldklinik" nahebringen (Peter Zadek mit Shakespeares „Wie es euch gefällt" in Hamburg). Theater ist eben allumfassend: Vom Hörtest bis zur Volksbildung wird einem alles geboten.

Natürlich gab es auch in der vergangenen Saison wieder Theaterabende, die dem leiblichen wie dem seelischen Wohl des Besuchers dienten. Dreimal wurde mir Gelegenheit geboten, mangels Bühnenaktion versäumten Schlaf nachzuholen: Horst Siedes Kölner Inszenierung von Turgenjews „Ein Monat auf dem Lande", Daniel Dopplers Komödie „Die Wachtel" in Osnabrück und Arno Schmidts „Der Vogelhändler von Imst" in Eschede dürfen sich in meiner persönlichen Saisonbilanz den Titel „Entspannendste Inszenierung des Jahres" teilen.

Apropos Vergabe von Titeln: In Bonn sah man angeblich Lessings „Miß Sara Sampson". Aber da muß der Regisseur David Mouchtar-Samorai sich geirrt haben: Bei Lessing sterben am Ende mehrere Personen. In Bonn überlebten sie alle, weswegen ich dafür plädiere, diese Regieleistung als „humanste Inszenierung der Spielzeit" zu ehren.

Der Preis für das Stück mit der geringsten geistigen Anstrengung geht wohl diesmal nach Bochum: Lars Noréns „Nachtwache" unterschied sich in nichts von seinem vorangegangenen Werk „Dämonen". Und schließlich ist noch der Preis für die „nacktesten Tatsachen" auf den deutschen Bühnen zu vergeben: Kroetzens Selbstinszenierung von „Der Nusser" bot unbekleidete Damen und Herren in Kompaniestärke, gefolgt von Günter Krämers Bremer Inszenierung des Büchner-Dramas „Dantons Tod", wo man sich mit dem Anblick von sechs „Textilfreien" zufriedengeben mußte.

Der „faulste Theaterchef" war ganz ohne Zweifel Claus Peymann. Nicht eine einzige Inszenierung bekamen die Bochumer von ihrem Star zu sehen. Er war wohl schon mehr als nur gedanklich an die schöne blaue Donau enteilt. Ganz anders sein Nachbar Günther Beelitz in Düsseldorf, dessen letzte Saison am Rhein – ganz ohne Spott gesagt – zu seinen besten gezählt werden muß.

Sportfans sind in der Spielzeit 85/86 nicht so recht auf ihre Kosten gekommen. Der Abstieg aus der Bundesliga war schon früh entschieden. Die Kölner boten von Spiel zu Spiel immer weniger, so daß der zweite Wunsch-Absteiger, Berlins Staatliche Bühnen unter ihrem verfemten Coach Heribert Sasse, noch Paroli bieten konnte. Aufsteiger der Saison war sicher Bremen, wo Günter Krämer unter anderem mit der wohl interessantesten Uraufführung (Friederike Roths „Das Ganze ein Stück") wichtige Pluspunkte sammelte.

Meine persönliche Statistik führt auf, daß ich mich 22mal sehr gelangweilt habe, sechsmal empfand ich die Aufführung als regelrechte Zumutung. An ganze fünf Theaterabende erinnere ich mich mit Freude oder innerer Bewegung. Pina Bausch hat in Wuppertal mit dem Tanzabend „Viktor" zu alter Größe zurückgefunden – ein Spiel von Leben und Tod, das Vergeblichkeiten in einer empfindsamen Balance zu menschlichen Sehnsüchten hielt. „Falsch" von René Kalisky in Bonn (Regie: Peter Eschberg) wagte sich endlich einmal an die Innenseite der jüdischen Tragödie: Die Ausweglosigkeit von Menschen, deren Identität zerstört wird. Und – neben den schon erwähnten Krämer-Inszenierungen von „Faust I" und „Das Ganze ein Spiel" in Bremen – noch das Robert-Wilson-Gastspiel in Frankfurt mit „Knee Plays": Zarte Bilder von der Gleichzeitigkeit aller Dinge. Das ist ein bißchen wenig für soviel Aufwand.

Aber nehmen wir's mit Humor: Es gab ja auch ein paar Skandälchen, so wie in München, wo Herbert Achternbusch und Sepp Bierbichler uns lehrten, daß Politik Theater und Theater Politik sind. Wenn das so ist, ähnelt Theater eben leicht der Tagesschau: Eine Aneinanderreihung von Sprechblasen. Und sich so etwas zu Gemüte zu führen ist eben doch harte Arbeit.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Basels Kunsthalle zeigt Plastiken von Bruce Nauman

Aus dem Bauch der Erde

Von den Künstlern im Umkreis der Minimal Art ist der 45jährige Amerikaner Bruce Nauman die wohl rätselhafteste Figur. So leicht sich die Konstruktionen eines Sol LeWitt identifizieren lassen, so eindeutig Dan Flavin, Daniel Buren, Carl Andre oder Donald Judd auszumachen sind: In Bruce Naumans Werk gibt es imme wieder geradezu abrupte Volten. Er läßt Werke entstehen, die nichts miteinander zu tun haben.

Um so neugieriger war man auf das Ausstellungsprojekt der Basler Kunsthalle mit plastischen Arbeiten von Bruce Nauman, eröffnet an dem Tage, da im Basler Museum für Gegenwartskunst eine Schau von Naumans Zeichnungen schloß. Letztere geht auf ausführliche Deutschland-Tournee, die Skulpturen wandern weiter nach Paris und London.

Wenn schon Kunst ist, was ein Künstler spuckt, mag sich Nauman denken, um wieviel mehr ist dann ein Kunstwerk, was er direkt von seinem Körper abgenommen hat. So gibt es in Basel zum Beispiel eine Arbeit zu sehen, bei der dünne, gebogene Neonröhren im Abstand von zehn Inches die linke Körperhäfte Naumanns nachformen, gleich den Randlinien von Querschnitten.

In einer anderen Arbeit hat Naumann verschiedene Materialien aufeinandergeschichtet, etwa Filz und Aluminium, jeweils durch eine Fettschicht getrennt, in diese Schicht dann Löcher von der Form seiner Taille und vom Durchmesser seines Arms geschnitten. Diese alten Arbeiten aus den sechziger Jahren zeigen am deutlichsten, wie sehr Nauman in seinem Kunst-Denken von Europa beeinflußt ist, von Beuys und Arte Povera. Und vielleicht liegt da auch der Grund, daß Nauman in Europa, wo er in Sammlungen wie Saatchi, Crex und Panza vertreten ist, eher geschätzt wird als in seiner Heimat.

Aber Naumann liefert auch die glatteren, auf den ersten Blick freundlichen Kunst-Amerikanismen. Wortspiele in Neon zum Beispiel, wo er die Worte „Death" und „Eat" übereinanderblendet, „Run from Fear" (Rennen aus Furcht) zu „Fun from Rear" (Spaß aus dem Hintergrund) verdreht, solche Neonwortspiele auch zu Dreiecken, Kreisen und Kreuzen verschachtelt, daß sie aussehen wie Reklameembleme.

Zu diesen Neonarbeiten sind dann auch figürliche Darstellungen gekommen, Strichmännchen aus verschiedenfarbigem Licht also, bei denen durch relaisgesteuerte Stromzufuhr die einzelnen Phasen einer Bewegung simuliert werden. Irgendwo müssen da auch sexuelle Obsessionen im Spiel sein, denn Naumans Strichmännchen haben stets ein erigiertes Glied. Aus einer optisch ganz anderen Welt kommen Naumans riesige, oft vier, fünf Meter messende Skulpturzeichen, Ringe oder Dreiekke meist, die auch mehrfach ineinander verschachtelt werden, mal einfach am Boden liegen wie ein großer Eisenring, sich auch ineinander veschlingen zu einer Art Kleeblatt, sich auftürmen zu einer Art Pyramide.

Diese Großskulpturen Naumans sind aus ganz schrecklichen Materialien: Glasfiber, Roheisen oder auch Gips und Holz. Die saubere, adrette Ausführung, wie sie etwa LeWitts oder Judds Werke haben, wird von solchen Materialien unmöglich gemacht. Naumans Arbeiten wirken leicht schmuddelig. Das Verlangen, diese Stücke zu berühren, zu befühlen, zu befingern, was sonst von der Plastik gern proklamiert wird, wekken Naumas Stücke gewiß nicht. Eher steckt man die Hände in die Tassche, aus Angst, diese Dinger könnten beißen.

„Hanged Man", Neonarbeit von Bruce Nauman (1985) aus der Basler Ausstellung FOTO: KATALOG

Eben das ist aber wohl auch die Idee hinter diesen Stücken. Sie sollen so etwas darstellen wie Fundsachen aus dem Bauch der Erde oder auch rätselhafte Relikte unbekannter Kulturen, sollen verunsichern über die Welt, in der wir Leben, wollen verdunkeln, was klar ist, wollen Platz schaffen für Mythen. Insofern bezieht Nauman geradezu eine Gegenposition zu den doch meist aufklärerischen Gedankengängen der Minimal Art. Das zumindest läßt die Basler Ausstellung als Quintessenz zu. (Bis 7. Sept., ARC Paris vom 8. Okt. bis 7. Dez., Whitechapel Art Gallery London 16. Jan. bis 22. Feb. 1987; Katalog 25 sfrs.)

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Wagners Pläne für die Bayreuther Festspiele

dpa, Bayreuth

Wolfgang Wagner hat seine Pläne für die nächsten beiden Festspiele konkretisiert. Der gegenwärtige „Ring"-Dirigent Peter Schneider wird 1987 die Leitung der „Lohengrin"-Neuinszenierung übernehmen, für die Werner Herzog als Regisseur verpflichtet wurde. Namen von Solisten wollte Wagner ebensowenig nennen wie die Besetzung für die „Ring"-Neuinszenierung 1988 von Harry Kupfer, die Daniel Barenboim musikalisch leiten wird. Im „Ring"-losen Jahr 1987 wird Götz Friedrichs „Parsifal" ins Programm zurückkehren. Komplettiert werden die 30 Vorstellungen mit den „Meistersingern von Nürnberg", „Tannhäuser" und „Tristan und Isolde". Für den 1987 in Salzburg ausgelasteten Horst Stein wird mit dem 33jährigen Dänen Michael Schønwandt ein Bayreuth-Neuling die „Meistersinger" dirigieren.

Glasunow-Ausstellung wird verlängert

AP, Moskau

Hunderttausende haben in den letzten Wochen in der Moskauer Manege die zweite große Ausstellung des Malers Ilja Glasunow besucht. Die Schau wird jetzt verlängert. In den 50er Jahren war der gebürtige Leningrader vorübergehend wegen der „politischen Aussage" einiger seiner Bilder in Ungnade gefallen. Den offiziellen Durchbruch schaffte Glasunow mit einer staatlichen Auftragsarbeit, einem Porträt von Leonid Breschnew aus Anlaß des 70. Geburtstages des Staats- und Parteichefs. Zahlreiche Prominente ließen sich von ihm porträtieren, unter ihnen Salvador Allende, König Carl Gustaf von Schweden und Indira Gandhi.

Steven Spielberg plant dritten „Indiana Jones"

AFP, Le Touquet

Der amerikanische Erfolgsregisseur Steven Spielberg sucht in der Umgebung des französischen Badeorts Le Touquet nach Drehorten für den dritten Film der „Indiana Jones"-Reihe, der in Frankreich und im Senegal entstehen soll. Wie sein Drehbuchautor Stephen King bekanntgab, ist das Projekt „zu 70 Prozent" sicher. Drehbuch und Besetzung des Nachfolgewerks von „Raiders of the Lost Arch" und „Indiana Jones and the Temple of Doom" sind noch nicht bekannt.

Boris Christoff gründet Akademie der Künste

JGG, Rom

Eine „bulgarische Akademie der Künste und Kultur" entsteht gegenwärtig in Rom. Sie wird von dem bulgarischen Opernsänger Boris Christoff finanziert und soll junge Talente fördern: Musiker, Bildende Künstler, Schriftsteller und Architekten.

Besucherandrang bei „Friedrich dem Großen"

AFP, Berlin

Über 15 000 Menschen haben bisher die Ausstellung „Friedrich II. und die Kunst", besucht, die vor einer Woche im Potsdamer Neuen Palais anläßlich des 200. Todestages Friedrichs des Großen eröffnet wurde. Das Interesse der Bevölkerung an der Ausstellung ist nach den Worten des Direktors der Schlösser von Potsdam-Sanssouci, Hans-Joachim Giersberg, auf das „Wissen um die Widersprüchlichkeit des Monarchen" zurückzuführen. Hochrangige „DDR"-Vertreter hatten an der Eröffnung der Ausstellung, die bis zum 12. Oktober dauert, nicht teilgenommen.

Clownerien beim Freiluftfestival

DW. Hagen

Mini-, Hobby- und Profi-Clowns sucht das Kulturamt der Stadt Hagen für ein dreitägiges Freiluftfestival vom 3. bis 5. Oktober. Geplant sind neben Auftritten der Spaßmacher auch Talkshows, in denen sie hinter die Kulissen ihrer Clownerien blicken lassen.

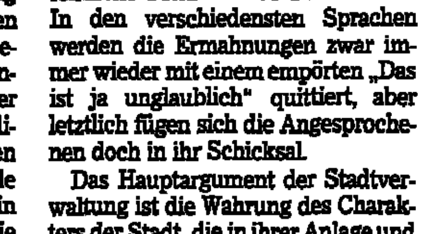
DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Predigtsammlungen, früher eine beliebte Lektüre, liest heute kaum noch jemand. Albert Schweitzer, einst Ideal einer ganzen Generation, lebt hauptsächlich nur noch im Namen von Schulen weiter. Und doch: Albert Schweitzer: „Straßburger Predigten" wäre einer großen Verbreitung wert. Was der junge Theologe ohne jedes „Kanzelschmalz" von 1902 bis 1913 und dann – nach dem ersten Aufenthalt im afrikanischen Lambarene – kurz nach Ende des Ersten Weltkriegs seiner Gemeinde sagte, das ist von einer manchmal verblüffenden Aktualität, bis hin zu zwei Predigten über „Ehrfurcht vor dem Leben" aus dem Februar 1919.

ohn

Albert Schweitzer: Straßburger Predigten, 175 S., 12,80 Mark, Beck'sche Schwarze Reihe 307

Kein Nachtquartier mehr an der Seufzerbrücke



Venedig hat den Rucksacktouristen den Kampf angesagt

F. MEICHSNER, Venedig

In Venedig geht, wie in den Tagen des Niedergangs der mächtigen Seerepublik von San Marco, die Türkenangst um. Die „neuen Dogen" der Lagunenstadt haben zum Verteidigungskampf aufgerufen. Von seinen Brückenköpfen am Canale Grande aus, so geht der Alarmruf, bedroht ein Invasionsheer von „Neutürken" die „Serenissima", ein Heer aus Schlafsack-bewaffneten Nomaden des Okzidents.

Mit einem Erlaß hatte der sozialistische Bürgermeister, Nereo Laroni, im Mai das Biwakieren auf öffentlichen Plätzen, das Flanieren in Strandkleidung auf dem Markusplatz und in den Gassen der Stadt sowie das Fastfood-Picknick auf Kirchen- oder Palasttreppen und in öffentlichen Anlagen untersagt. Jetzt ist der Erlaß wirksam geworden. Bei Verstößen wird nun ein Bußgeld fällig. Die Diskussion über diesen Beschluß wird weit über Venedig hinaus in ganz Italien geführt, denn andere Städte stehen vor ähnlichen Problemen.

In der Lagunenstadt selbst werden unterdessen die ersten Scharmützel zwischen der voll mobilisierten Ordnungsstreitmacht und den Invasoren ausgetragen. Die Polizei hat vorläufig noch nicht zur Waffe der schweren Strafe gegriffen, sondern versucht, mit gutem Zureden und Ermahnungen weiterzukommen. Auf dem Platz zwischen Hauptbahnhof und Canale Grande, wo allabendlich Hunderte von Rucksacktouristen aus aller Welt ihre Schlafsäcke ausrollen, werden diese jetzt des Nachts von Patrouillen geweckt und aufgefordert, in ein Campinglager außerhalb des historischen Stadtzentrums umzusiedeln. Die meisten bewegen sich freilich nur einige Meter weiter und legen sich dann erneut aufs Pflaster.

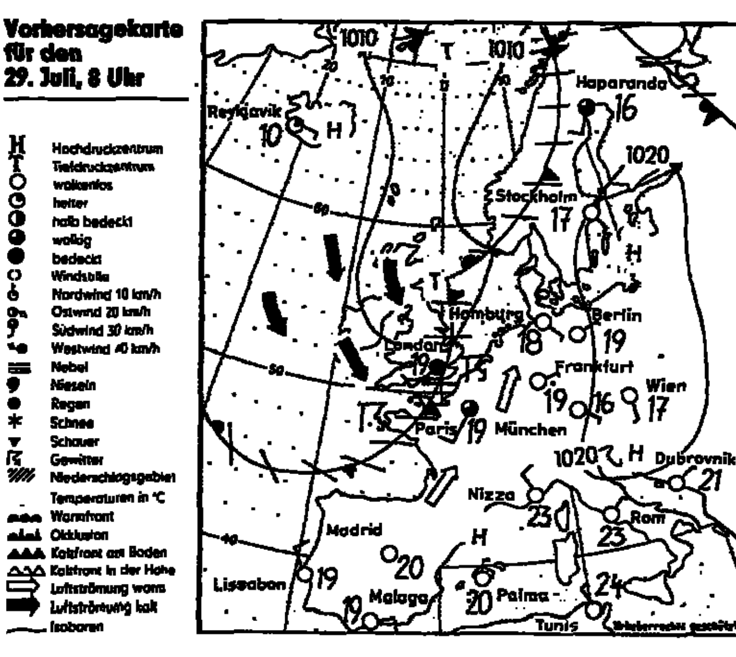
Mehr Erfolg haben die Polizisten in ihrem Kampf gegen den sommerlichen „Striptease" und gegen das öffentliche Picknick aus Plastiktüten. In den verschiedensten Sprachen werden die Ermahnungen zwar immer wieder mit einem empörten „Das ist ja unglaublich" quittiert, aber letztlich fügen sich die Angesprochenen doch in ihr Schicksal.

Das Hauptargument der Stadtverwaltung ist die Wahrung des Charakters der Stadt, die in ihrer Anlage und mit ihren Kunstwerken einmalig ist in der Welt. Daß dieser Charakter Schaden nimmt, wenn der Bewunderer des Abends am Canale Grande über Schlafsäcke stolpert, wenn überall auf den Plätzen und in den Gassen der Snack-Müll herumliegt und wenn sich immer mehr Touristen in einer Kleidung präsentieren, in der sie sich daheim nicht einmal zum nächsten Krämer um die Ecke wagen würden, steht außer Frage.

Auf der anderen Seite – und das ist das unwiderlegbare Gegenargument der Erlaßkritiker – hat nicht nur der relativ mittellose Jungtourist in Venedig von Jahr zu Jahr immer mehr den Eindruck, unter die Räuber gefallen zu sein. Die Hotel- und Menüpreise sind selbst für finanziell gut gestellte Besucher kaum noch erschwinglich. Ganz abgesehen von den Luxushotels und den renommiertesten Restaurants, die nur noch einer ganz dünnen Schicht von „Nabobs" oder Geschäftsreisenden mit exorbitanten Spesensätzen zugänglich sind, reizt das gesamte venezianische Beherbergungs- und Bewirtungsgewerbe die Karte von Angebot und Nachfrage skrupellos voll aus.

Venedig ist anerkanntermaßen die teuerste Stadt Italiens – und wohl nicht nur Italiens. Ein Mini-Zimmer mit den Maßen und dem Lichteinfall einer Gefängniszelle in einem Hotel der sogenannten 1. Kategorie kostet pro Nacht und Person 389 Mark. Und wenn ein Tourist die Stirn haben sollte, einem vollen Menü zum Preis von mindestens 50 Mark einen Teller Pasta asciutta vorziehen zu wollen, wird er – wenn überhaupt – entsprechend bedient.

Für die Jugendlichen, von denen erstaunlich viele der Kunstwerke und Ausstellungen wegen in die Lagunenstadt kommen, wurde bisher herzlich wenig getan. Die wenigen Campingplätze liegen entweder auf dem Festland oder auf einer entfernten Insel. Die Jugendherberge ist viel zu klein und immer überbelegt. Das Projekt zum Umbau eines verfallenen alten Hospitals am Canale Grande in eine Jugendherberge wird seit Jahren diskutiert. Geschehen aber ist bisher nichts. Statt dessen kam der Erlaß.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE



Einsames Leben bei minus 40 Grad / Die deutsche Forschungsstation in der Antarktis



Ein Abstecher zu der Pinguin-Kolonie gehört zu den wenigen Abwechslungen der acht deutschen Forscher FOTO: URSULA RÖHNERT

In der größten Kühltruhe der Welt

„Die Temperatur hier ist heute minus 35° Celsius, das wären also fast 65° Differenz zu Ihnen da oben." Für den deutschen Arzt Friedrich Schuster (37), Leiter der Georg-von-Neumayer-Station am nordwestlichen Rand der Antarktis, ist das ein ganz normaler Wert. „Während bei Ihnen jetzt Sommer ist, kann man diese Grade für unseren polaren Winter hier als durchaus gemäßigt bezeichnen. Kürzlich hatten wir sogar einmal minus 43,8°."

Das Telefongespräch mit Friedrich Schuster läuft so einfach wie ein Überseegespräch ab: Über das Hamburger Fernamt wird zum Inmarsat-Nachrichtensatelliten in 36 000 Kilometer Höhe aufgeschaltet, Sekunden später ist der Teilnehmer am „unteren Ende" der Welt, wo man uns – zeitlich gesehen – zwei Stunden hinterherhinkt, in perfekter Qualität zu vernehmen.

Die Gesprächsminute kostet 23 Mark; das 25minütige Gespräch zwischen Bonn und dem rund 14 000 Kilometer entfernten Funkraum am Rande des Schelfeises wird also auf der monatlichen Telefonrechnung mit 575 Mark zu Buche schlagen. Die Wissenschaftler haben pro Woche zweieinhalb Freiminuten für Telefonate in Richtung Heimat, „die natürlich auch voll ausgeschöpft werden".

Dr. Schuster macht sich gerade zu einer Fahrt mit dem von Gummiraupen angetriebenen, offenen Motorschlitten fertig, um die 14 Kilometer entfernte Kolonie von Kaiserpinguinen zu besuchen, die „hier bei uns quasi vor der Haustür liegt. Es sind die einzigen Tiere, die im Moment hier anzutreffen sind. Kaiserpinguine sind die einzige Vogelart überhaupt, die im Winter brütet."

Nicht nur, was Flora und Fauna angeht, stellt die Antarktis einen Kontinent der Superlative dar: Er ist der entfernteste, der stürmischste, der kälteste (niedrigste bisher gemessene Temperatur: minus 88,3° C), der trockenste, der höchste (mittlere Höhe: 2040 Meter) und unwirtlichste Erdteil. „Zudem leben wir hier mitten auf dem Eis, auf einem großen Gletscher. Wir haben eigentlich gar keinen festen Boden unter uns."

Das Hauptgebäude der Station – sie besteht seit fünf Jahren – ist aus zwei Stahlröhren von 50 Meter Länge und einem Durchmesser von 7,50 Meter konstruiert. Die Röhren sollen den Druck des meterhohen Schnees auffangen, der auf der Station liegt. Wohnräume, ein Hospital, Laboratorien, eine Werkstatt, ein Funkraum, zwei Energiezentralen liegen so versteckt, daß an der Oberfläche nur noch Masten und Schächte herausschauen.

Leiter der deutschen Station in der Antarktis ist der Arzt Friedrich Schuster. Seine heimatliche Dienststelle ist das Alfred-Wegener-Institut für Polarforschung in Bremerhaven.

„Wir arbeiten jetzt hier mit neun Mann – und keiner Frau", gibt Friedrich Schuster lachend zu verstehen. „Sie können sich sicher vorstellen, daß das in der Abgeschiedenheit doch leicht Probleme geben könnte." Er selbst ist, zusammen mit dem Stationskoch, am 12. Dezember letzten Jahres mit dem Schmuckstück der deutschen Forschungsflotte, der „Polarstern", gekommen.

Zur neunköpfigen Mannschaft gehören weiter zwei Meteorologen, zwei Geophysiker, ein Ingenieur, ein Elektriker und Funker. Die Überwinterer werden insgesamt 14 Monate hier leben und arbeiten; über neun Monate sind sie von der Außenwelt völlig abgeschnitten und nur per Funk erreichbar. Persönliche Gegenstände konnten – in Maßen – aus Deutschland mitgenommen werden, aber keine Haustiere und Zimmerpflanzen. So gingen für Friedrich Schuster eine umfangreiche Fotoausrüstung und ein kleiner Computer mit auf die lange Reise.

Von Sonnenschein werden die Männer in der Kälte nicht gerade verwöhnt: „Bei uns ist erst vor fünf Tagen die Sonne wieder aufgegangen, vorher herrschte noch Polarnacht. Hell war es die letzten Monate nur um die Mittagszeit herum, so zwischen elf und vierzehn Uhr. Der Rest des Tages war dann mehr oder weniger stockdunkel."

Der Stationsleiter und seine Mannschaft haben sich an die Außentemperaturen gewöhnt: „Die 35 Grad minus empfinden wir als gar nicht mehr so kalt. Wissen Sie, man paßt sich einfach an." Die Räume in den Containern sind auf 18 bis 20 Grad geheizt, „also auf durchaus wohnliche Temperaturen". Am abwechslungsreichen Essen mangelt es nicht: „Wir haben von allem reichlich dabei." Im Container während des „Polarstern"-Transportes vorgefrostet bleiben die Lebensmittel in der größten Tiefkühltruhe der Welt lange frisch. „Auch einen großen Vorrat an Äpfeln haben wir noch, die Orangen sind alle weg."

Alkoholverbot herrscht hier nicht: „Wir sind reichlich bestückt. Zu Geburtstagen gibt's hier traditionell Sekt. Und wenn man mal von draußen reinkommt und so richtig durchgefroren ist, ist es ganz gut, wenn man mal 'nen Schuß Rum in den Tee gibt." DIETER THIERBACH

In fünf Tagen zehn Bergtote in der Schweiz

AP, Bern/Zürich

Mindestens zehn Menschen sind seit letztem Mittwoch in den Schweizer Bergen ums Leben gekommen. Der Schweizer Alpen-Club (SAC) führt diese Häufung auf das schöne Wetter der vergangenen Tage zurück, das wie üblich sehr viele Menschen in die Berge gelockt habe. „Leider ist eine derartige Unfallserie während der Ferienzeit im Hochsommer fast normal", sagte ein SAC-Sprecher. So fanden im Juli vergangenen Jahres 35 und im August sogar 50 Menschen in den Schweizer Bergen den Tod. Mit insgesamt 157 Bergtoten war 1985 das opferreichste Jahr seit 1975. Wenn das Wetter weiter schön bleibt, müsse befürchtet werden, daß diese Zahl wieder erreicht werde, hieß es.

BKA meldet Erfolg

AP, Wiesbaden

Über zunehmende Erfolge beim Versuch, den Zustrom illegaler Drogen schon vor den Grenzen einzudämmen, hat das Bundeskriminalamt berichtet. Mit Hilfe westdeutscher Drogenfahnder haben ausländische Polizeidienststellen im ersten Halbjahr 1986 eine Viertel Tonne Heroin, rund einen Zentner Amphetaminerzeugnisse und mehr als 800 Kilogramm Cannabisprodukte sichergestellt.

Briten immer ärmer

AFP, London

So arm waren die Briten noch nie. Knapp jeder dritte Einwohner der britischen Inseln lebt an der Armutsgrenze, wie eine jetzt in London veröffentlichte offizielle Statistik zeigt. Danach wuchs die Zahl derer, die mit dem amtlichen Existenzminimum auskommen müssen, von 11,5 Millionen Menschen im Jahr 1979 auf 16,3 Millionen Menschen im Jahr 1983. Dies ist der höchste Stand in Großbritannien im 20. Jahrhundert. Die Untersuchung war vom Ministerium für Gesundheitswesen und Soziale Sicherheit in Auftrag gegeben worden.

Gärtner als Brandstifter

AFP, Nizza

Ein Gärtner in der südfranzösischen Ortschaft Eze ist nach den verheerenden Waldbränden am Wochenende in Südfrankreich der fahrlässigen Brandstiftung angeklagt worden. Augenzeugen hatten beobachtet, wie der 40jährig Daniel Ribero in seinem Garten trockene Zweige und Blätter anzündete. Das Dorf Eze an der Cote d'Azur ist bei den Bränden zu zwei Dritteln verwüstet worden.

„Hunderter"-Rekord

dpa, Düsseldorf

Neuer „Hunderter"-Rekord bei der Landesversicherungsanstalt (LVA) Rheinprovinz: Unter den 1,14 Millionen LVA-Rentnern waren im vergangenen Jahr genau 104 über 100 Jahre alt. 1984 zählte die LVA, der größte Träger der Arbeiter-Rentenversicherung, 92 über Hundertjährige, 1980 waren es gar nur 65.

Radio-Verbot in New York

SAD, New York

Sogenannte „radiofreie Zonen", die New York in Parks und an Stränden eingeführt hat, haben sich bewährt. Deshalb wird die Stadtverwaltung weitere Regionen „radio-frei" machen: An diesen Plätzen dürfen keine Rundfunkgeräte oder Plattenspieler ohne Kopfhörer betrieben werden.

WETTER: Warm und gewittrig

Lage: Mit Annäherung atlantischer Tiefausläufer aus Südwest verstärkt sich die Gewitterneigung in Deutschland.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Westen uneinheitlich, ztw. stark bewölkt. Einzelne, zum Teil gewittrige Regenfälle. Nachmittags um 26, nachts um 15 Grad. Mäßiger Südwestwind. Im Süden und Osten zunächst meist sonnig. Nachmittags starke Quellbewölkung und Bildung von Wärmegewittern. 27 bis 30, am Oberrhein bis 32 Grad. Nachts um 15 Grad. Gewitterböen, sonst schwacher Südwind.

Weitere Aussichten: Leicht unbeständig. Im Ganzen nicht unfreundlich. Weiterhin sommerlich warm.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.43 Uhr*, Untergang: 21.13 Uhr; **Mondaufgang:** 0.15 Uhr, Untergang: 16.38 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 29. Juli, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:		
Berlin	26	he
Bielefeld	26	bw
Braunlage	22	bw
Bremen	25	bw
Dortmund	26	he
Dresden	25	he
Düsseldorf	26	he
Erfurt	25	he
Essen	26	he
Feldberg/S.	19	bw
Flensburg	23	he
Frankfurt/M.	26	he
Freiburg	26	he
Garmisch	24	bw
Greifswald	27	he
Hamburg	25	bw
Hannover	27	he
Kahler Asten	20	bw
Kassel	24	bw
Kempten	24	he
Kiel	24	bw
Koblenz	26	bw
Köln-Bonn	26	he
Konstanz	24	he
Leipzig	26	bw
List/Sylt	20	bw
Lübeck	25	bw
Mannheim	28	bw
München	26	he
Münster	25	bw
Norderney	21	bw
Nürnberg	26	wl
Oberstdorf	25	he
Passau	26	he
Saarbrücken	24	he
Stuttgart	24	he
Trier	25	he
Zugspitze	9	he

Ausland:		
Algier	28	he
Amsterdam	21	bd
Athen	30	wl
Barcelona	26	wl
Belgrad	26	he
Bordeaux	29	wl
Bozen	29	he
Brüssel	27	he
Budapest	26	wl
Bukarest	23	Rs
Casablanca	25	he
Dublin	14	R
Dubrovnik	26	he
Edinburgh	19	bw
Faro	18	bw
Florenz	32	he
Genf	25	he
Helsinki	25	wl
Hongkong	31	he
Innsbruck	25	he
Istanbul	28	he
Kairo	32	wl
Klagenfurt	26	he
Konstanza	24	he
Kopenhagen	22	he
Korfu	27	bw
Las Palmas	22	he
Leningrad	26	wl
Lissabon	22	he
Locarno	28	he
London	21	R
Los Angeles	17	bd
Luxemburg	23	he
Madrid	25	he
Mailand	30	he
Malaga	27	he
Mallorca	28	he
Moskau	25	wl
Neapel	31	he
New York	–	–
Nizza	28	he
Oslo	19	he
Ostende	24	bw
Palermo	30	he
Paris	28	he
Peking	27	bd
Prag	24	he
Rhodos	30	wl
Rom	30	he
Salzburg	26	he
Singapur	31	bw
Split	30	he
Stockholm	24	he
Straßburg	27	he
Tel Aviv	30	wl
Tokio	29	he
Tunis	32	wl
Valencia	28	he
Varna	26	bw
Venedig	28	wl
Warschau	23	he
Wien	25	he
Zürich	26	wl

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Geheimnisvolles Meeresleuchten

dpa, Lübeck

Auf der vor Travemünde gelegenen Halbinsel Priwall beobachteten Urlauber in der Nacht auf Montag im Meer ein Leuchten. Was zunächst wie ein Umweltschutzdelikt aussah, entpuppte sich als eine äußerst seltene Naturerscheinung.

Erst der von der Polizei herbeigerufene Leiter des Umweltamtes in Lübeck, Veith Morgenroth, brachte Aufklärung: Das geheimnisvolle Meeresleuchten war durch „Noctiluca milliori" aus der Familie der Geißeltierchen verursacht worden. Bei besonders günstiger Witterung und reichlichem Nahrungsangebot vermehren sich diese Einzeller, die winzige, druckempfindliche Leuchtdrüsen besitzen, rapide, sterben aber auch genauso schnell durch Wetterumschwünge und Strömungen ab – oder sie werden gefressen.

Der Sturm um die Maß ist beigelegt

Auf dem Oktoberfest wird zum ersten Mal auch alkoholfreies Bier ausgeschenkt

hd, München

Acht Wochen vor Beginn des größten Volksfestes der Welt hat sich der Sturm im Wasserglas gelegt. Von einem solchen zu sprechen, ist indes nahezu frevelhaft. Handelt es sich doch um das bayerische Volksgetränk Bier, dem der Alkohol entzogen werden soll. Wer die Entziehungskur initiiert hat, ist für die Gegner des alkoholfreien Gerstensafts unerheblich. Sie sind lediglich besorgt, daß die seit nunmehr 176 Jahren jeweils zweiwöchige Hochstimmung leiden könnte. Selbst das speziell gebraute Wiesn-Bier enthält zwar nur 5,6 Prozent Alkohol, aber die fördern nach Meinung der Festwirte und ihres Publikums eben das, was man weltweit Gemütlichkeit nennt.

Nun hat ein Kompromiß den Streit beendet. Wer will, darf in diesem Jahr erstmals auf dem Oktoberfest auch alkoholfreies Bier zapfen. Um Irrtümer auszuschließen, wird es den durstigen Besuchern nicht in den mittlerweile üblichen Glaskrügen, sondern in althergebrachten Steinkrügen kredenzt.

Ob es wieder, wie im Vorjahr, sieben Millionen sein werden, ist eine noch offene Frage. Viele Festwirte und Schausteller halten ein Plakat, das in fast 500 000 Exemplaren gedruckt wurde, eher für eine Antiwerbung, obwohl dem abgebildeten stilisierten Maßkrug mit einer Brezel als Henkel die Symbolwirkung nicht abzusprechen ist.

Zumindest die aus Übersee erwarteten Besucher haben sich weder davon noch von dem zunehmenden Terrorismus abschrecken lassen. Die Hotels in der bayerischen Landeshauptstadt und deren Umgebung berichten übereinstimmend, daß keine der seit langem vorliegenden Buchungen bislang storniert wurde. An zusätzlichen Attraktionen kann dies nicht liegen: Neu sind lediglich eine 28 Meter hohe Achterbahn, ein nachgebauter Mississippi-Dampfer, als „Show-Boat" eingesetzt, und ein als atemberaubend bezeichnetes Karussell mit dem Namen „Breakdance".

Da ist es nachgerade tröstlich, daß sich gegenüber der modernen und ungeheuer kostspieligen Technik zumindest ein uraltes Unternehmen behaupten konnte: Der Flohzirkus mit seinen rar gewordenen Mini-Artisten rechnet auch in diesem Jahr mit den seit Beginn dieses Jahrhunderts gewohnten Zuschauerzahlen. Sein Inventar ist nicht in Gefahr – im Gegensatz zu dem der Festwirte: 1985 verschwanden rund 250 000 Maßkrüge.

Die gefährliche Mär von den Eichen und Buchen

Die Urangst der Menschen vor Blitz und Donner ist auch in unserem aufgeklärten Zeitalter kaum geringer geworden. Und sie ist auch beim heutigen Stand der Wissenschaft nicht ganz unbegründet: Blitzschläge verursachen Jahr für Jahr nicht nur immense Sachschäden, sondern fordern immer wieder Menschenleben. Die vor allem von den Versicherungen betriebene Aufklärung hat noch nicht allzuviel bewirkt.

Offenbar ist die alte Volksweisheit, von Eichen zu weichen und Buchen zu suchen, noch tief verwurzelt: Auch im vergangenen Jahr kamen wieder acht Menschen ums Leben, die bei richtigem Verhalten wahrscheinlich unversehrt geblieben wären. Daß vor wenigen Wochen bei Hannover ein zwölfjähriger Junge einen Blitzschlag überlebte, bezeichnen selbst Fachleute als ein Wunder. Er blieb zwar vier Tage ohne Bewußtsein, kann jedoch bereits wieder gehen und wird voraussichtlich auch die noch bestehenden Lähmungserscheinungen überwinden.

Wieviele Menschen durch Blitzschläge vorübergehend oder auf Dauer geschädigt wurden, ist nicht bekannt. Von der Statistik erfaßt werden nur die Todesfälle. Genau aufgeschlüsselt ist hingegen die Höhe der von Blitzeinschlägen verursachten Sachschäden. Die Versicherungen können denn auch darüber genaue Auskunft geben: Sie zahlten beispielsweise 1983 mehr als 100 Millionen Mark allein für Gebäudeschäden, die bei über 50 000 Blitzeinschlägen entstanden waren. Die Zerstörung von Kunstwerken und Umweltschäden durch Waldbrände sind mit Geld ohnehin nicht wieder gutzumachen.

Der von Werner von Siemens mitbegründete Ausschuß für Blitzforschung und Blitzschutz (ABB) bemüht sich seit nunmehr hundert Jahren, die Öffentlichkeit aufzuklären. Unter der Mitwirkung dieses Ausschusses hat die „Winterthur"-Versicherung eine Wanderausstellung zusammengestellt, die jetzt in Schulen und in Schalterhallen von Banken und Sparkassen gezeigt wird.

Die in einer Broschüre zusammengefaßten Verhaltensregeln lassen den Schluß zu, daß „Leben mit Blitzen" – so der Titel der Ausstellung – weitgehend ungefährlich ist. In einem Auto beispielsweise oder in Gebäuden sind wir so sicher wie nirgendwo sonst. Auch der Wanderer, der in ein Gewitter gerät, kann sich schützen, wenn er nicht auf die alte Pseudoweisheit vertraut: Ihm droht in aller Regel nur dann Gefahr, wenn er unter alleinstehenden Bäumen oder an einem Waldrand Schutz sucht.

Immerhin ist wenigstens eine uralte Erfahrung der Menschheit von der modernen Wissenschaft bestätigt worden: Folgt der Donner dem Blitz erst in mehr als fünf Sekunden, dann besteht noch keine Gefahr. Die Erklärung ist einfach. Die Entfernung eines Blitzes in Metern ergibt sich aus der Multiplikation der Sekunden mit der Schallgeschwindigkeit von 330 Metern/Sekunde – bei fünf Sekunden also 1600 Metern.



Mehr als 50 000 Mal im Jahr schlägt der Blitz ein FOTO: KLAUS BARGE

Absolut unbegründet ist die weitverbreitete Angst, während eines Gewitters das Telefon zu benutzen. Das Fernsehgerät kann jedoch zum Gefahrenherd werden, wenn es nicht durch ein Schutzgerät gesichert ist. Es kann durch einen Blitzeinschlag in das Stromnetz oder die Antenne beschädigt werden und in Brand geraten. Den Menschen im Raum droht dagegen keine Gefahr. Sie tun jedoch gut daran, während eines Gewitters sowohl den Gerätestecker als auch den Antennenstecker herauszuziehen – oder für rund 100 Mark einen „HE-Protector" zu kaufen.

Die Wissenschaftler haben längst ermittelt, daß bei Gewittern Spannungen von mehreren hunderttausend Volt auftreten und die Stromstärken in einem Blitz 100 000 Ampère und mehr erreichen. Diese nur sehr kurz auftretende, ungeheure Energie nutzen zu wollen, ist aber beim heutigen Stand der Technik illusorisch. HORST DALCHOW

ZU GUTER LETZT

„Die Zukunft wird anders als die Vergangenheit" (Artikelüberschrift aus Heft 2/1986 der „Berliner Bauwirtschaft")